

Bundesarbeits-
gemeinschaft
Umwelt - Energie - Verkehr

Ökologische Plattform
bei der Partei
DIE LINKE

Beiträge

zur

Umweltpolitik

Tagung
11.09.2010
Berlin

**Linke ökologische
Programmatik**

2/2010

DIE LINKE.

Beiträge zur Umweltpolitik 2/2010

Linke ökologische Programmatik

**Tagung
der Ökologischen Plattform
bei der Partei DIE LINKE
und der Bundesarbeitsgemeinschaft
Umwelt - Energie - Verkehr**

11.09.2010

Berlin

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE

Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt – Energie - Verkehr

1. Aufl. (02/2010, Mai 2011); Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE, Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt - Energie - Verkehr; 2011.

Redaktion und Gestaltung:
Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
oekoplattform@die-linke.de
www.oekologische-plattform.de
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Berlin, Mai 2011

Inhalt

Vorwort	5
1. Sozial und ökologisch. Die Zentralität der ökologischen Frage erfordert Zentralität der ökologischen Antwort. Ein Beitrag zur Programmdiskussion	8
<i>Wolfgang Methling</i>	
2. Einladung	13
3. Informationsmaterialien zur Tagung	15
3.1. Zustimmung und kritische Anmerkungen zum Entwurf des Parteiprogramms auf dem Bundestreffen der Ökologischen Plattform 2010	15
<i>Götz Brandt, Manfred Wolf</i>	
3.2. Ökologie im Programmentwurf der Partei DIE LINKE. Anregungen zur Diskussion aus der Ökologischen Plattform bei der LINKEN	21
<i>Ökologische Plattform bei der LINKEN</i>	
3.3. 12 Mainzer Thesen wider den globalen Kollaps.....	31
<i>Conny Baudisch, Hartwig Daniels, Roman Haug, Bruno Kern, Theo Tekaas</i>	
4. Presseinformationen	48
4.1. Was ist linke Umweltpolitik?.....	48
<i>Pressemeldung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE, August 2010</i>	
4.2. Welche Umweltpolitik braucht DIE LINKE?.....	49
<i>Pressemeldung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE, August 2010</i>	
5. Ökologie als zentrale Frage in einem linken Parteiprogramm	51
<i>Aus dem Audiomitschnitt übertragener und überarbeiteter Text der Rede von Thies Gleiss, Mitglied im Landesvorstand und stellvertretender Landesprecher der LINKEN in Nordrhein-Westfalen.</i>	
6. Müssen die Industriestaaten das Wirtschaftswachstum bereits heute einstellen und den Rohstoff- und Energieverbrauch drastisch senken?	62
<i>Aus dem Audiomitschnitt übertragener, überarbeiteter und leicht gekürzter Text der Rede von Prof. Dr. Elmar Altvater, Freie Universität Berlin</i>	

7.	Überwindung der traditionellen Ökonomie durch eine nachhaltige Ökonomie als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung	71
	<i>Aus dem Audiomitschnitt übertragener und überarbeiteter Text der Rede von Prof. Dr. Holger Rogall, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin</i>	
8.	Die Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik	81
	<i>Aus dem Audiomitschnitt übertragener und überarbeiteter Text der Rede von Prof. Dr. Wolfgang Methling, Mitglied des Parteivorstands der LINKEN und Sprecher der BAG Umwelt – Energie - Verkehr</i>	
9.	Thesen	89
9.1.	Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus. Für eine gemeinsame Strategie der ArbeiterInnen- und Umweltbewegung	89
	<i>Thies Gleiss, Stellvertretender Landessprecher DIE LINKE Nordrhein-Westfalen</i>	
9.2.	Die Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik (und Politik)	97
	<i>Prof. Dr. Wolfgang Methling</i>	
10.	Konferenzauswertung	100
10.1.	Weiterer Schritt der Verständigung über Grundsatzfragen des Programmentwurfs	100
	<i>Götz Brandt, Manfred Wolf</i>	
10.2.	Sozialismus muss solar sein. Ökolinke Debatte über Zusammenarbeit und Alleinstellungsmerkmale von Parteien	102
	<i>Marko Ferst</i>	

Vorwort

Nach der Vereinigung der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) wird gegenwärtig erstmals ein Parteiprogramm erarbeitet. In Vorbereitung der Vereinigung wurde 2007 bereits ein sogenanntes Eckpunktepapier veröffentlicht, das bisher die Basis für die Arbeit der Partei bildete. Auf dieser Grundlage wurde Anfang 2010 ein erster Entwurf für ein neues Programm vorgelegt. Im Oktober 2011 soll auf einem Parteitag das neue Programm beschlossen werden. Dazu konnten bis Ende März 2011 Stellungnahmen und Vorschläge zur Änderung eingereicht werden.

Die Ökologische Plattform und die BAG Umwelt - Energie – Verkehr hatten deshalb im Januar 2010 eine gemeinsame Programmgruppe gebildet, die insbesondere den ökologischen Teil des Entwurfs kritisch analysieren und Vorschläge ausarbeiten sollte. In diesem Rahmen wurde auch die Konferenz zur „Linken ökologischen Programmatik“ am 11.09.2010 durchgeführt, die im vorliegenden Heft dokumentiert wird.

Als Einführung in das Thema wird ein Artikel von W. Methling vorangestellt, der im Disput 8/2010 veröffentlicht wurde und der die Prämissen, unter denen die Konferenz stand, verdeutlicht:

- Die Ökologie muss das Programm als „roter Faden“ durchziehen.
- Die Zentralität der ökologischen Frage ist einem eigenen Kapitel überzeugend und umfassend darzulegen.

Im nächsten Teil der Broschüre werden die Dokumente abgedruckt, die im Zusammenhang mit der Einladung für die Konferenz verteilt wurden und danach die Pressemitteilungen, die die Ökologische Plattform im Vorfeld verbreitet hatte.

Im Hauptteil ist die Konferenz selbst dokumentiert. Neben den vier auf der Tagung gehaltenen Vorträgen, die nach der Übertragung in die Schriftform von den Referenten durchgesehen und z. T. bearbeitet wurden, werden auch die von zwei Rednern zur Verfügung gestellten Thesen berücksichtigt. Das in der Einladung ausgewiesene Referat zu Einschätzung des Programmentwurfs aus Sicht der Naturschutzverbände konnte wegen Krankheit des vorgesehenen Referenten nicht gehalten werden. Auf Auszüge aus der Diskussion muss in dieser Veröffentlichung aus Platzgründen verzichtet werden.

Die Reden und Thesen können im Internet (Mai 2011) unter

www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/oekologischeplattform/konferenzen/linkeoekologischeprogrammatik/

heruntergeladen oder angehört werden.

Am Ende steht ein Resümee der Konferenz. Dazu sind die im „Neuen Deutschland“ und in der „Tarantel“ nach der Konferenz erschienenen Beiträge aufgenommen worden.

Wir danken ATTAC, dem „Disput“ und dem „Neuen Deutschland“ für die Möglichkeit, die in die Broschüre aufgenommenen Materialien und Artikel abdrucken zu dürfen.

Die Anregungen aus der Konferenz sind inzwischen in die Vorschläge eingeflossen, und die gemeinsame Programmgruppe von Ökologischer Plattform und BAG Umwelt - Energie - Verkehr hat in ihren Sitzungen vom 15.01.2011 und 25.02.2011 die endgültige Formulierung der Vorschläge abgeschlossen.

Hauptkritikpunkt am Programm bleibt aus ökologischer Sicht vor allem die Verhaftung im Keynesianismus und dem damit verbundenen Wachstumsfetischismus. Denn wenn letztendlich im Produktionsprozess die Reproduktion der Natur als Produktivkraft nicht mehr gewährleistet werden kann, hat die menschliche Gesellschaft keine Zukunft mehr.

Schon Marx hat dargestellt, dass der Antrieb für das ständige Wachstum vom Zwang nach Profit ausgeht. Deshalb wird Wachstum von den eigentlichen Nutznießern dieser Entwicklung auch immer als unabdingbares Muss dargestellt. Leider gehen mit dieser Ansicht auch große Teile der Gewerkschaften konform, in der Annahme, dass nur permanentes Wachstum Arbeitsplätze und Lebensqualität für die abhängig Beschäftigten sichern kann, dass die sozialen Probleme mit den „Brosamen“ der Profitmaximierung gelöst werden können und sollen – damit man andererseits nicht an den grundlegenden Fundamenten dieser Gesellschaft rütteln muss. Aber Reichtum ist bekanntlich genug vorhanden, nur an der Verteilung auf allen Ebenen hapert es aufgrund systemimmanenter Konstruktionsfehler.

Mögen die Linken durchgehend eine kritische Haltung zur Wachstumsfrage behalten bzw. erwerben - nichtsdestotrotz sind die Gewerkschaften wichtige Bündnispartner! Die Grünen haben inzwischen bewiesen, wo man landet, wenn man sich immer weiter anpasst. Auch bei den Mitgliedern und den Sympathisanten unserer Partei besteht natürlich die Tendenz, in dieser Gesellschaft „anzukommen“, weil man dazugehören will und es anstrengend ist, immer wider „den Stachel zu löcken“. Die Gefahr liegt darin, dass damit der Blick über den Tellerrand verloren geht und nur noch in den vom Mainstream vorgegebenen Kategorien gedacht wird, korrumpiert von materiellen Pseudowerten, garniert mit der Aura der Freiheit, d. h. dem Ausleben des individuellen Egoismus auf Kosten der anderen – wie es Daniela Dahn einmal so schön ausgedrückt hat – und begleitet von christlich-pseudoideologischen Heucheleien.

Möge das neue Parteiprogramm den ökologischen Part im Dreieck Ökonomie – Soziales – Ökologie endlich gebührend würdigen und korrekt darstellen. Um dazu beizutragen, dass die Menschheit auch in Zukunft noch existieren und diskutieren kann! Diese Broschüre will dazu beitragen.

Mai 2011

Die Redaktion

1. Sozial und ökologisch. Die Zentralität der ökologischen Frage erfordert Zentralität der ökologischen Antwort. Ein Beitrag zur Programmdiskussion

Wolfgang Methling

(Erstveröffentlichung in „Disput“ 8/2010, S. 20 – 21)

Der im März 2010 veröffentlichte Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE hat verdientermaßen und erfreulicherweise ein breites Echo innerhalb und außerhalb der Partei gefunden. In regelmäßigen Abständen publiziert das Neue Deutschland Stellungnahmen, Wortmeldungen und Leserbriefe zu diesem Entwurf. Entsprechend der im Programmentwurf postulierten Zentralität der ökologischen Frage gibt es erstaunlich viele Positionierungen zur Bedeutung des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft und der Ökologisierung der Gesellschaft sowie zur Stellung der Umweltpolitik in der Programmatik und politischen Praxis der Partei DIE LINKE und in der Linken überhaupt. Ein Grund für diesen Umstand könnte darin liegen, dass der Programmentwurf zwar von einer Zentralität der ökologischen Frage ausgeht, die ökologische Antwort jedoch alles andere als zentral ist. Überraschenderweise räumte Michael Brie in seinem Auftaktbeitrag (wie alle folgenden Verweise: Neues Deutschland, 22.3.) dem Ökologischen keine zentrale Bedeutung ein. In weiteren Statements spielte jedoch die ökologische Frage eine wesentliche Rolle, vor allem bei Mario Candeias (29.3.), Dieter Klein (6.4.), Saral Sakar und Michael Schlecht (9.4.), Eva Bulling-Schröter (23.4.), Franz Groll (17.5.), Hubert Fetzer (31.5.), Georg Fülberth (7.6.), Elmar Altvater (14.6.) sowie Klaus Müller (18.6).

Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt/Energie/Verkehr und in der Ökologischen Plattform organisierten Mitglieder und SympathisantInnen haben in ersten Beratungen den vorliegenden Programmentwurf diskutiert. Am 11. September 2010 werden sie sich in einer diesbezüglichen Arbeitstagung weiter zu Änderungsvorschlägen verständigen.* In den bisherigen Diskussionen wurden folgende Positionen herausgearbeitet: Die Programmgruppe der ökologisch Engagierten in der LINKEN ist der Auffassung, dass der Programmentwurf eine gute Grundlage für die Entwicklung eines anspruchsvollen Programms des Kampfes für eine andere Gesellschaft darstellt, auch wenn wir durchaus großen Änderungsbedarf sehen und dafür Vorschläge unterbreitet haben bzw. unterbreiten werden.

Die ökologischen Programmteile sind nach Inhalt und Umfang bestenfalls ebenbürtig mit denen der SPD, nicht konkurrenzfähig mit dem Programm der

* Anmerkung d. Red.: Diese Konferenz wird in dieser Broschüre dokumentiert.

Grünen; selbst die CDU äußert sich ausführlicher zur Umweltpolitik als unser Programmmentwurf.

Durch den Programmmentwurf zieht sich weitgehend sichtbar auch ein „grüner Faden“, wenngleich manche Formulierung zu „sozial-ökologischen Erfordernissen“ eher plakativen Charakter trägt. In diesen Passagen muss eine inhaltliche Vertiefung bzw. Präzisierung erfolgen.

Grundsätzlich positiv ist die Verbindung der sozialen und ökologischen Frage. Diese muss ausgebaut und vertieft werden. Das kann und muss unser Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Grünen und anderen Parteien sein.

Der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft, aber auch anderer Bereiche der Gesellschaft kann nur gelingen, wenn das auf höchste Profite orientierte Monopolkapital zurückgedrängt wird, durch staatliche, kommunale, genossenschaftliche und andere Eigentumsformen ersetzt wird, privates Eigentum einer strikten demokratischen und öffentlichen Kontrolle unterworfen wird. Allerdings entscheidet die Form des Eigentums nicht allein über die soziale und ökologische Qualität der Entwicklung (siehe auch Dieter Klein, 6.4.). Staatliches oder kommunales Eigentum ist nur dann „besser“, wenn der Eigentümer dieses für nachhaltige Entwicklung nutzt. An dieser Stelle sei angemerkt, dass zum Beispiel Vattenfall ein schwedischer Staatskonzern ist und die Deutsche Bahn sich im Bundeseigentum befindet.

Von überragender Bedeutung ist die Stärkung des öffentlichen Eigentums in der Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Mobilität, Energie, Wasser/Abwasser u. a.), insbesondere in der Energiewirtschaft.

Die Erkenntnis der „Zentralität der ökologischen Frage“ ist ein großer programmatischer Fortschritt. Die sich daraus ergebende Konsequenz ist die „Zentralität der ökologischen Antwort“. Diesem Anspruch wird der Programmmentwurf keinesfalls gerecht.

Sehr zu begrüßen ist die an verschiedenen Stellen zu findende Wachstumskritik. Diese muss jedoch wesentlich verstärkt und inhaltlich umgesetzt werden. Wir sollten unser Anliegen ökologisch nachhaltiger Entwicklung ohne den Begriff Wachstum deutlich machen, denn auch ein „reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Energien“ wird keine nachhaltige Entwicklung gewährleisten können.

Angesichts der Erkenntnis: „Die große Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel“ müsste unter den linken Reformprojekten auch der Kampf gegen den Klimawandel auftauchen.

Im Abschnitt „Umverteilung und gerechte Steuern“ (in „Linke Reformprojekte“) sollten wir uns für eine Ökosteuer mit einer wirksamen Lenkungsfunktion in Richtung Senkung des Ressourcenverbrauchs, Abschaffung schädlicher und

nicht erforderlicher Produktionen und Technologien, Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit von Gebrauchsgegenständen einsetzen. Es müssen Steuern sein, die die Produktion ohne Ausnahme und nicht den Endverbraucher belasten.

Die Darstellung des „sozial-ökologischen Umbaus“ als eines von vier linken Reformprojekten ist prinzipiell die richtige Konsequenz aus der Zentralität der ökologischen Frage, bleibt jedoch in Umfang, Detailliertheit und inhaltlicher Tiefe weit hinter dem Anspruch zurück:

- Die Konsequenzen für den Lebensstil müssen deutlicher werden.
- Die Energiepolitik muss konkreter und konsequenter werden (klare Haltung zur Kohleverbrennung, CCS-Technologie, dezentralen und regionalen Energieerzeugung und -versorgung u. a.).
- Im Abschnitt „Regionale Wirtschaftskreisläufe und Verkehrswende“ müssten auch der Begriff Raumplanung und die Zusammenführung von Wohnen, Arbeiten, sozialem Umfeld und Kultur mit dem Ziel der Verminderung des Verkehrs sowie der Reduzierung der Zersiedelung und Bodenversiegelung aufgenommen werden. Wir sollten ebenso den Stopp des weiteren Ausbaus des Autobahnnetzes und weitergehende Geschwindigkeitsbegrenzungen fordern.
- Die Verkehrspolitik muss konkretisiert werden und ist ebenfalls mit der Eigentumsfrage zu verbinden. Es muss klargestellt werden, dass der erste Zweck der Verkehrspolitik die Sicherung der Mobilität ist. Nicht nur der Güterverkehr, sondern auch der Personenverkehr muss weitgehend auf die Schiene verlagert werden. Es sollte noch stärker deutlich werden, dass die Verkehrspolitik zu Recht einen beträchtlichen Teil der öffentlichen Ausgaben in Anspruch nimmt, eine hohe soziale Bedeutung hat und wesentlich das Erreichen der Klimaschutzziele beeinflusst.
- Die Forderung nach Dezentralität und Regionalität gilt nicht nur für die Energieversorgung, sondern auch für andere Bereiche der Daseinsvorsorge (Wasser/Abwasser, Abfall, Gesundheit, Bildung, Kultur, soziale Betreuung u. a.).
- Viele wichtige Bereiche der Umweltpolitik fehlen (Biodiversität, Naturschutz, Gewässerschutz, Emissionsschutz, Bodenschutz, Gentechnik, Umweltbildung, Forschungs- und Technologiepolitik u. a.). Sie müssten in diesen oder anderen Kapiteln berücksichtigt werden.

Der Zusammenhang zwischen Umwelt- und Ressourcenpolitik und Friedenspolitik muss bedeutend stärker herausgearbeitet werden. Der Kampf um Energie, Bodenschätze und Wasser ist eine große Gefahr für den Frieden.

DIE LINKE sollte sich auch aus ökologischen und Ressourcenschutzgründen für vollständige Abrüstung aussprechen. Diese Forderung würde auch den Anstoß für eine diesbezügliche längerfristige Debatte geben. Krieg tötet nicht nur Menschen, sondern zerstört und belastet auch die Umwelt.

Der Umgang mit den Begriffen Ökologie, ökologisch, Umweltschutz und ähnlichen sollte präziser werden.

Obwohl die BAG Umwelt/Energie/Verkehr bzw. die Ökologische Plattform nur begrenzt zuständig sind, weisen wir darauf hin, dass zum Beispiel Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, ländlicher Raum, Verbraucherschutz vollkommen fehlen oder nur mit einzelnen Begriffen in anderen Kapiteln auftauchen (zum Beispiel Agrosprit). Das ist aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen nicht akzeptabel.

Es sollten nicht „nur“ soziale und friedenspolitische rote Leit- bzw. Grenzlinien für Regierungsbeteiligungen, sondern ebenfalls grüne Grenzlinien für Beteiligungen an Regierungen und die Übernahme von Verantwortungen formuliert werden. Diese müssen übrigens auch für das politische Agieren in der Opposition gelten, wenn man glaubwürdig sein will.

Wir dürfen uns auch nicht vor schwierigen Fragen und Antworten auf Konflikte zwischen sozialen und ökologischen Zielen drücken, zum Beispiel zu Arbeitsplätzen in ökologisch unsinnigen Branchen (wie Rüstungsindustrie, Kohlekraftwerke, Automobilindustrie u. a.) und zur Entfernungspauschale.

Wir hoffen, dass in den im September stattfindenden Regionalkonferenzen und auf dem Programmkonvent am 6. November in Hannover deutlich wird, dass in der Programmatik und in der praktischen Politik der Partei DIE LINKE das Ökologische tatsächlich von zentraler Bedeutung für die Lösung der Zukunftsfragen der Gesellschaft in Deutschland und in der Welt ist. Letztendlich sind weder die sozialen noch die ökologischen, kulturellen, emanzipatorischen und anderen Probleme unter kapitalistischen Bedingungen zu lösen. Es wird keinen „grünen Kapitalismus“ geben. Deshalb wollen wir eine andere Gesellschaft, die wir „demokratischen Sozialismus“ nennen. Ich fände auch die Bezeichnung „ökologischer Sozialismus“ passend und sympathisch. Denn man kann sehr wohl ökologisch engagiert sein, ohne Sozialist zu sein, aber man kann nicht Sozialist sein, ohne zugleich ökologisch engagiert zu sein. Das ist auch eine meiner Schlussfolgerungen aus dem misslungenen Sozialismusversuch in der DDR.

Eines muss den demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten klar sein: Eine solche Gesellschaft werden wir auf demokratischem Wege nicht erreichen, wenn wir nicht eine breite Mehrheit für unsere Ziele und Wege gewinnen, Bündnispartner in Parlamenten, außerhalb der Parlamente, in der Wirtschaft, in Verbänden, in Gewerkschaften, auch in anderen (linken) Parteien

haben. Ich gebe Hermann Scheer Recht, wenn wer meint: „Dabei kommt es darauf an, die Grenzen der eigenen Partei zu überschreiten ... Das Gift jeder Diskussion ist, unkritisch gegenüber dem Eigenen und überkritisch gegenüber dem Anderen zu sein.“ (ND, 19.7.).

Prof. Dr. Wolfgang Methling ist Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE, Sprecher für Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik und Mitglied des Sprecherrats der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt/Energie/Verkehr.

2. Einladung

**Einladung
zu einer Tagung mit dem Thema
„Linke ökologische Programmatik“**

am 11.09.2010 in Berlin
im Karl-Liebknecht-Haus im Rosa-Luxemburg-Saal
Beginn 10 Uhr - Ende 16 Uhr

Am Vormittag 5 Impulsreferate mit je 30 min Dauer

Moderation: Prof. Götz Brandt,
Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der
Partei DIE LINKE

1. Ökologie als zentrale Frage in einem linken Parteiprogramm

Referent: Thies Gleiss,
Mitglied im Landesvorstand und stellvertretender
Landessprecher der LINKEN in Nordrhein-Westfalen

2. Programmkritik aus Sicht der Umweltverbände

Referent: Axel Kruschat,
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland,
Landesverband Brandenburg

3. Müssen die Industriestaaten das Wirtschaftswachstum bereits heute einstellen und den Rohstoff- und Energieverbrauch drastisch senken?

Referent: Prof. Elmar Altvater,
Freie Universität Berlin

4. Überwindung der traditionellen Ökonomie durch eine nachhaltige Ökonomie als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung

Referent: Prof. Holger Rogall,
Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin

5. Die Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik

Referent: Prof. Wolfgang Methling,
Partei Vorstand der LINKEN

Am Nachmittag Diskussion zu den Referaten und weiteren Programmproblemen

Wir bitten um eine Tagungsgebühr von 5 €, um die Versorgung zu sichern.

3. Informationsmaterialien zur Tagung

Zusammen mit der Einladung zur Konferenz wurden drei Materialien als Grundlage für die Diskussion versandt.

3.1. Zustimmung und kritische Anmerkungen zum Entwurf des Parteiprogramms auf dem Bundestreffen der Ökologischen Plattform 2010

Götz Brandt, Manfred Wolf

Die Teilnehmer des Bundestreffens begrüßten eine deutliche Hinwendung im Programmentwurf zu den drängenden Fragen eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft. Sie fanden aber in den einzelnen Abschnitten des Entwurfs neben Begrüßenswertem auch Schwach- und Fehlstellen.

Zu Beginn des Programms, meinten sie, sollte eine Gesellschaftsanalyse stehen, die zum übergreifenden Verständnis der einzelnen geforderten Programmziele führt. Dabei sollte klar gemacht werden, warum der Kapitalismus nicht zukunftsfähig ist.

Die grundsätzliche Abwendung vom Kapitalismus in allen Abschnitten des Entwurfs sowie der Versuch einer Definition des Zieles „Demokratischer Sozialismus“ wären in diesem Zusammenhang erforderlich.

Ein rot-grüner Faden, so wurde eingeschätzt, sollte im Programm deutlicher und durchgehend sichtbar werden.

In der **Präambel** wird das Ziel der LINKEN, ein „anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“, der „demokratische Sozialismus ohne Profitdominanz“ als notwendig bezeichnet, weil die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse auch „die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören“. Hier sollte sich gleich ein Hinweis anschließen, dass die Menschheit dadurch gezwungen ist, dringend eine postkapitalistische sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Das Wirtschaftssystem dieser Ordnung kann nur durch eine gewichtige Reduzierung des Material- und Energiedurchflusses gekennzeichnet sein. Denn diese Reduzierung ist eine Tagesaufgabe und keine Zielstellung für spätere Zeiten. Deshalb muss auch deutlich werden, wie die Wirtschaft kurzfristig umorganisiert werden soll. Wir haben nämlich keine Zeit mehr, der Klimawandel hat begonnen und verschärft sich, der Peak Oil ist überschritten der Peak Everything (Fördermaximum von allem) naht.

Weiterhin werden in der Präambel die drei Grundideen des Programms hervorgehoben. Neben 1.) Freiheit durch Gleichheit und 3.) Überwindung des Kapitalismus in einem langen Prozess zum demokratischen Sozialismus wird

als 2.) **Grundidee** genannt: „die **Unterordnung von Wirtschafts- und Lebensweisen unter** die solidarische Entwicklung und **den Erhalt der Natur. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.**“ Das können wir voll unterstützen, denn dieser Umbau schließt Wachstum aus. Hinzuzufügen wäre, was denn nun an die Stelle des profitorientierten Wachstums treten soll. Da sollte u. a. klar gesagt werden, dass die Industrieländer in einer ersten Phase die Produktion und den Material- und Energieverbrauch zurückfahren müssen, bis sie naturverträglich sind, und dass danach in einer zweiten Phase ein Produktionsniveau gehalten wird, mit dem ein bescheidener Wohlstand und ein menschenwürdiges Leben für alle gesichert werden können.

In diesem Sinne wäre der Widerspruch in einer der 10 nachfolgenden Forderungen auszuräumen, wo es um den „**sozial-ökologischen Umbau in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens**“ geht, dann allerdings wieder Wachstum eingefordert wird. „Wir brauchen ein reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Energien.“ Die Aufklärung dazu, wie gleichzeitig Ressourcen gespart und Wachstum organisiert werden können, muss das Programm schuldig bleiben. Der Entwurf ist in der Frage Wirtschaftswachstum widersprüchlich.

Dieser Widerspruch muss korrigiert werden. Ein Wirtschaftswachstum, ob nun selektiv oder qualitativ, ist bei drastischer Einschränkung von Material und Energie nicht vorstellbar. Wissenschaftler (Club of Rome 1972) fordern seit 40 Jahren, den Materialverbrauch um 90 % zu senken (Faktor 10). Deshalb müssen alle Produkte, Technologien und verwendete Materialien auf den ökologischen Prüfstand. Überflüssiges muss unterbleiben, mit technischen Raffinessen überladene Produkte, umweltschädliche Materialien und Technologien sind aus der Produktion zu verbannen, das Top-Runner-Prinzip (nur die besten Produkte werden vom Staat mit Forschungsmitteln unterstützt und wirtschaftlich gefördert) muss nach japanischen Erfahrungen angewendet werden. Das ist eine umfangreiche ingenieurtechnische Aufgabe, die das Kapital aus Profitgründen nicht stellt.

Wir sollten im Programm unseren Wählern auch sagen, was wir unter einem „**sozial-ökologischen Umbau**“ verstehen. Der soziale Umbau ist hinreichend erklärt. Nicht aber der ökologische Umbau. Wodurch sind neue Produktions- und Lebensweisen gekennzeichnet? Was unterscheidet unsere Zielstellung für den Umbau der Gesellschaft und der Produktion von der Zielstellung der Grünen? Warum glauben wir nicht an die Möglichkeit eines „grünen Kapitalismus“ oder eines „Green New Deals“?

Im Abschnitt II: „Krisen des Kapitalismus - Krisen der Zivilisation“ werden fast nur ökonomische Zusammenhänge untersucht. Es wird aber festge-

stellt, dass **das Kapital an der Natur Raubbau betreibt** und die Kommunen und Staaten der EU das auch noch mit **laschen Umweltauflagen für Kapitalanleger** fördern. Erkannt wird, dass der **Kapitalismus zu gewaltigen ökologischen Schäden führt**. „Der Finanzkapitalismus hat die Elemente einer vierfachen Krise aufgehäuft.“ Eine von diesen **Krisen** ist „**das Verhältnis von Natur und Gesellschaft**“ sowie „**die Produktions- und Lebensweise**“. Diese Krisen sind nicht näher erläutert, es sollte gesagt werden, wie die einzelnen Krisen überwunden werden können.

Der drohende Kollaps der menschlichen Gesellschaft durch Klimawandel, Rohstoff-Ende, Bevölkerungswachstum, Hunger und Unterernährung wird im Programm an dieser Stelle nicht herausgearbeitet. Es wird so getan, als wenn es noch Jahrzehnte so weiter gehen könnte wie bisher.

Im Abschnitt II ist ein für Ökologen wichtiger Teil aufgenommen worden: „**Die Zentralität der ökologischen Frage**“. Hier wird ausgeführt: „Der globale **Kapitalismus versagt** nicht nur sozial und ökonomisch, sondern **auch ökologisch**.“ „Kurzfristiges Profitkalkül steht in tiefen Widerspruch zur Berücksichtigung langer Zyklen der Natur.“ Das Wachstum der letzten 200 Jahre basierte auf fossiler Energie. Diese Energien sind begrenzt und nahezu erschöpft. „Es ist zu einer Krise der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen eine Krise der Reproduktion gekommen.“ Die heutigen Gesellschaften zehren von der Substanz und führen zur Vernichtung der biologischen Vielfalt. Um den Klimawandel aufzuhalten, sind solche Maßnahmen wie die CCS-Technologie und der Emissionshandel abzulehnen.

Der Satzsatz dieses Abschnittes kann von uns nur voll unterstützt werden: „**Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht in Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage.**“ Den gestellten Fragen dieses Abschnitts kann man nur voll zustimmen, es werden aber vor allem Fragen gestellt und keine **Antworten gegeben**. Die Systemfrage muss im Einklang und auf der Basis des Grundgesetzes beantwortet werden. Zum Beispiel keine Enteignung der Produktionsmittel, sondern Erringung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel (z. B. durch Treuhandnahme).

Im Abschnitt III „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ wird festgestellt: „Eine Gesellschaft, in der die Natur bewahrt wird, ist nur möglich, wenn die Vorherrschaft des Kapitals über die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Natur zurückgedrängt und gebrochen wird.“ Diesen Satz kann jeder Ökologe unterschreiben. Gefordert wird weiterhin „**eine andere Art zu arbeiten und zu leben und eine andere Weise der gesellschaftlichen Produktion und des Verhältnisses zur Natur**“. Wichtigste Grundlage dieser Entwicklung ist die Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft und ein sozialer Rechtsstaat. Der de-

mokratische Sozialismus orientiert sich an sozial-ökologischer Nachhaltigkeit. Erreicht werden soll der demokratische Sozialismus durch einen „**großen transformatorischen Prozess der gesellschaftlichen Umgestaltung**“. Alle Eigentumsformen müssen ökologischen Maßstäben unterworfen werden. Diese Maßstäbe müssen aber genannt werden.

Die Wirtschaft soll Bedürfnisse befriedigen in Wohlstand und sozialer Sicherheit, ökologisch nachhaltig wirken, innovativ sein und Ressourcen sparsam einsetzen. Diese Forderungen kann man in fast allen Parteiprogrammen lesen. Wir müssen darüber hinaus Forderungen stellen, die eine sozialistische Wirtschaft von der kapitalistischen qualitativ unterscheiden.

In diesem Abschnitt werden auch einige Detailprobleme genannt: Die Grundversorgung muss in die öffentliche Hand (Energie, Wasser, Mobilität, Infrastruktur, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Kultur). Es muss eine preisgünstige umweltverträgliche Alternative zum Individualverkehr geschaffen werden. Die Güter müssen von der Straße auf die Schiene. Große Naturreichtümer gehören in die öffentliche Hand. Das sind alles Forderungen, die von uns unterstützt werden.

Im Abschnitt IV: „Linke Reformprojekte“ wird wieder ein „**sozial und ökologisch gesteuertes selektives Wachstum**“ gefordert. Zu beantworten wäre hier die Frage, von wem die Steuerung der Wirtschaft, und die Selektion der Unternehmen und ihrer Produktion erwartet werden.

Ein öffentlicher „**Zukunftsfonds**“ soll den sozial-ökologischen Umbau fördern. **Der Unternehmenserfolg soll an langfristigem Wachstum**, den Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit **gemessen werden**.

In einem Unterabschnitt „**Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau**“ wird ausgeführt: „Das 21. Jahrhundert muss ein **Jahrhundert ... eines** qualitativen und selektiven, die Umwelt schonenden **Wachstums werden**.“ Hier wird die Quadratur des Kreises versucht. Mit dem Reformziel Wachstum können wir nicht einverstanden sein.

Wichtig ist das Ziel, eine Schädigung der Umwelt von vornherein zu vermeiden und nicht nachträglich zu reagieren.

„**Absolute Priorität hat die drastische Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen**.“ Wie kann das mit Wirtschaftswachstum einhergehen?

Auch das Ziel der Herausbildung neuer, mit der Umwelt verträglicher **Lebensweisen** und eines **neuen Wohlstandstyps** (ohne Askese), können wir nur voll unterstützen. Wir müssen hier Vorstellungen entwickeln, wie diese Lebensweisen aussehen könnten, um sie den Menschen nahe zu bringen.

„**Jeder hat das gleiche Recht auf Nutzung der irdischen Ressourcen**“ soll auf die internationale Dimension des Umgestaltungsprojekts hinweisen.

Die **Energiewende wird als „Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus“** bezeichnet. Der unverzügliche Ausstieg aus der Atomenergie wird gefordert. Keine Agrarflächen für die Produktion von Agrotreibstoffen, regionale Wirtschaftskreisläufe mit minimiertem Material- und Energieaufwand sind Forderungen, denen wir zustimmen können.

Was fehlt im Programm oder ist ungenügend berücksichtigt?

- Die Verantwortung und Sorge für unsere Nachfahren. Damit diese in einer intakten Natur leben können.
- Die Forderung nach einer Wirtschaftspolitik, die nicht auf Kosten der Natur erfolgt.
- Die Bedeutung der Effizienzsteigerung beim Material- und Energieverbrauch.
- Die Bedeutung eines Steuersystems, das ökologische Zielstellungen hat.
- Klimaschutz bedeutet auch, den Neubau von Kohlekraftwerken zu verhindern.
- Die Bedeutung von Energiespeicheranlagen bei wachsendem Anteil der erneuerbaren Energie, die diskontinuierlich Strom liefert.
- Die Unterbindung von Inlandflügen und Umleitung der Passagiere auf die Bahn.
- Die Umgestaltung der Autogesellschaft in mehreren Schritten.
- Die Bedeutung von Wärmedämmmaßnahmen für den Klimaschutz und die Abhängigkeit von fossilem Energieimport.
- Die Notwendigkeit, alle Häuser mit Thermosolaranlagen auszurüsten.
- Das Stoppen des Flächenverbrauchs für Siedlungen und Verkehrsanlagen.
- Die gesetzliche Pflicht, zukünftig nur noch Niedrigenergiehäuser zu bauen.
- Die Notwendigkeit die Forschungsmittel für die Nukleartechnologie auf die erneuerbaren Energien umzuleiten.
- Die Suche nach Atommüllstandorten auch in den südlichen Bundesländern.
- Verbot der Exporte von Nukleartechnologie.

- Ausdehnung und Verknüpfung von Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten und anderen Inseln geschützter Lebensräume.
- Kein Ausbau der Flüsse zu Schiffsautobahnen.
- Starke Förderung des biologischen Landbaus
- Keine überdimensionierten Großanlagen für die Massentierhaltung.
- Keine Subventionen für Agrarexporte und Reduzierung der Futtermittelimporte.
- Höhere Besteuerung von Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel und Hormonpräparaten für die Tierhaltung.
- Kein Verbrennen von Abfall. Kein Im- oder Export von Müll.
- Keine grüne Gentechnik.
- Bedeutung und Grenzen des Recyclings von Abfallmaterial. (Stand 23.07.2010)

3.2. Ökologie im Programmentwurf der Partei DIE LINKE. Anregungen zur Diskussion aus der Ökologischen Plattform bei der LINKEN

Ökologische Plattform bei der LINKEN (Stand 23.07.2010)

Nr.	Fundstelle (bezieht sich auf PDF- Dokument von die-linke.de)	Aussage	Bewertung	Änderungsantrag
1	Präambel, Seite 3 - 4	keine	Die Präambel beginnt unvermittelt mit dem Vorschlag einer Alternative, ohne vorher den Stand der Gesellschaft und Wirtschaft zu charakterisieren, zu dem die Alternative angeboten wird. Es fehlt eine kurze Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen Wirtschafts- und Naturentwicklung. Verstreut im Programm finden sich darauf zwar Hinweise, aber die Alternative der LINKEN wird erst durch einen solchen Vergleich deutlich.	Die heutige Wirtschaftsform der neoliberalen, globalen kapitalistischen Marktwirtschaft ist nicht zukunftsfähig. Durch übermäßigen Ressourcenverbrauch, Raubbau und Zerstörung der Natur und den Klimawandel wird die weitere Existenz der Menschheit gefährdet. Das Wirtschaftsmodell der Industriestaaten kann nicht weltweit verbreitet werden. Nur die Linkspartei bietet dazu eine Alternative an: Umbau der Macht- und Eigentumsverhältnisse und Wirtschaftsdemokratie. Alle anderen Parteien wollen nur die größten Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaft mildern, am Profitsystem aber nichts ändern.
2	Präambel, Seite 3, 1. Spalte, 3. Absatz	Wir setzen uns für eine <i>lebenswerte Umwelt</i> ein.	Das Verhältnis von Mensch zu Natur ist einseitig dargestellt. Wir sind Teil der Natur und von ihr abhängig. Wir brauchen eine Umwelt, in der der Mensch überleben kann.	Wie setzen uns für eine lebenserhaltende Umwelt ein.

			Die Formulierung „lebenswerte Umwelt“ findet sich auch im Grundsatzprogramm der CDU von 2007 und bezieht sich auf den Wert der Natur für unsere Gesundheit, den Urlaub, die Freizeit. Das ist wesentlich zu kurz gegriffen, Natur kann nicht allein für ihre Nützlichkeit für das Leben der Menschen bewertet werden.	
3	Präambel, Seite 3, 2. Spalte, 1. Absatz	<i>Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerech- tigkeit, Internationalis- mus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Wer- ten.</i>	Die genannten Werte können nur reali- siert werden, wenn die Natur erhalten und nicht weiter zerstört wird und der Ressourcenverbrauch eingeschränkt wird.	Als grundlegende Werte müssen aufge- nommen werden: Umwelt- und Genera- tionenverantwortung.
4	Präambel, Seite 4, 1. Spalte, 2. Absatz, Sozial-ökologi- scher Umbau	<i>Wir brauchen regu- liertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerba- ren Energien.</i>	Seit 40 Jahren ist bekannt (Bericht des Clubs of Rome), dass die Grenzen des Wachstums durch die kapitalistische Profitwirtschaft überschritten wurden und der Rohstoffverbrauch und Ener- gieverbrauch in den Industrieländern um 90 % zurückgefahren werden muss. In der Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ist Wirtschaftswachstum mit immer höherem Ressourcen- verbrauch ausgeschlossen. Anstelle von Wachstum den Begriff Entwicklung einzuführen ignoriert, dass Entwicklung „das kontinuierliche Sich- fortsetzen eines Geschehens“ ist (Syn- onymwörterbuch). Damit wäre durch die Hintertür wieder Wachstum im Pro-	Wir brauchen eine bedürfnisgerechte stoff- und energiesparende regulierte Wirtschaft.

			gramm. Der Begriff Wachstum sollte aus dem Programm verschwinden.	
5	Präambel, Seite 4, 2. Spalte, 1. Absatz	Die LINKE kämpft für ein gerechtes Steuersystem, das Gering- und Mittelverdiener entlastet, Spitzenverdiener stärker belastet und große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und <i>zum sozial-ökologischen Umbau heranzieht</i> .	Das Steuersystem muss nicht nur so umgestellt werden, dass Einkommensstarke stärker zur Finanzierung herangezogen werden, sondern auch die Belastung der Umwelt muss finanziell unattraktiv werden.	Die LINKE kämpft für ein gerechtes Steuersystem, das Gering- und Mittelverdiener entlastet, Spitzenverdiener und den Umweltverbrauch stärker belastet ...
6	Präambel, Seite 4, 2. Spalte, 4. Absatz	Die LINKE kämpft für eine Erneuerung der Europäischen Union ... für hohe ... europaweite Mindeststandards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Vermögenssteuern ... und eine europäische Wirtschaftsregierung.	Das Steuersystem muss so umgestellt werden, dass auch die Belastung der Umwelt finanziell unattraktiv wird.	Die LINKE kämpft ... sowie der Unternehmens-, Vermögens- und Umweltsteuern ...
7	Abschnitt II, Die Zentralität der ökologischen Frage,	In diesem Abschnitt wird sehr gut die Zentralität der ökologischen Frage darge-	Es fehlt in diesem Abschnitt die zentrale Antwort auf die ökologische Frage. Es genügt nicht, die ökologische Frage mit der Systemfrage gleichzustellen.	Die Antwort könnte sein: Nur durch Überleitung des Eigentums an Produktionsmitteln an Kommunen, Genossenschaften und an die Belegschaften

	Seite 9 - 10	estellt. Das kann von uns nur unterstützt werden. Aber es fehlen Ausführungen zur „ökologischen Antwort“ auf diese ökologische Frage.		sowie weitgehende demokratische Kontrolle der Produktion und Reproduktion können die ökologische Frage gelöst werden und eine umweltgerechte Gesellschaft entstehen.
8	Abschnitt II, Die Zentralität der ökologischen Frage, Seite 10, 1. Spalte, 3. Absatz	<i>Um den Anstieg der Temperaturen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energie radikal eingeschränkt werden.</i>	Zur Klarstellung sollte hier die wichtige Grenze des Temperaturanstiegs von 2 °C eingefügt werden.	Um den Anstieg der Temperaturen um 2 Grad Celsius zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energie radikal eingeschränkt werden.
9	Abschnitt II, Die Zentralität der ökologischen Frage, Seite 10, 1. Spalte, 3. Absatz	<i>Der Erwerb von Emissionsrechten durch die Verursacher von Treibhausgasen in den Industrieländern von den Entwicklungsländern ist ein zynisches Tauschgeschäft von Umweltverschmutzung gegen Armut.</i>	Der Schutz eines Waldes im Süden führt nicht automatisch zum Schutz von Wald in einer anderen Gegend, der dann an dessen Stelle abgeholzt wird.	Der Erwerb von <i>Emissionsrechten durch die Verursacher von Treibhausgasen in den Industrieländern von den Entwicklungsländern ist ein zynisches Tauschgeschäft von Umweltverschmutzung gegen Armut. und führt oft nur zu reinen Mitnahmeeffekten, ohne dass tatsächlich eine Emissionsreduzierung stattfindet.</i>
10	Abschnitt II. Imperialismus und Krieg, Seite 10, 2. Spalte, 1. Absatz	<i>Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen ...</i>	Offensichtlich sind hier nur die führenden kapitalistischen Staaten gemeint, denn bis auf wenige Ausnahmen, gibt es nur noch kapitalistische Staaten, aber nur wenige führende beherrschen die Weltwirtschaft.	Die führenden kapitalistischen Staaten sorgen dafür ...
11	Abschnitt II,	Deutschland war eine	Mittlerweile ist die Bundeswehr weltweit	Deutschland war eine ... beteiligt sich

	Imperialismus und Krieg, Seite 10, 2. Spalte, 3. Absatz	treibende Kraft im Krieg gegen Jugoslawien, ... <i>beteteiligt sich am Krieg gegen Afghanistan.</i>	vertreten.	am Krieg in Afghanistan und setzt auch in anderen Weltgebieten die Bundeswehr ein.
12	Abschnitt III, Öffentliches und Belegschaftseigentum, Seite 12, 2. Spalte, 6. Absatz	<i>Im Unterschied zu privaten Unternehmen sind öffentliche Unternehmen nicht an kurzfristige Renditeerwartungen gebunden.</i>	Nur bei Konzernen ist die kurzfristige Renditeerwartung obligatorisch. Das kann für kleine Unternehmen und das Handwerk aber nicht das Ziel sein, hier sind eher Bestrebungen nach langfristiger Rendite üblich.	„ kurzfristig “ streichen
13	Abschnitt IV, Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Seite 15, 1. Spalte, 4. Absatz	Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. <i>Sie muss für ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum sorgen</i> und ...	Grundsätzlich ist aus Erwägungen der Ressourcenknappheit, des Klimawandels und der Naturzerstörung ein Wirtschaftswachstum abzulehnen. Im Kapitalismus sind eine Steuerung des Wachstums nach sozialen und ökologischen Zielstellungen sowie eine Selektion des Wachstums prinzipiell nicht möglich und gegen die Macht der Konzerne auch nicht durchsetzbar. DIE LINKE muss die Schädlichkeit von Wirtschaftswachstum in den Industrieländern beweisen.	<i>In den Industrieländern muss zukünftig auf Wirtschaftswachstum verzichtet werden. Um den erreichten Wohlstand zu erhalten, müssen alle Produkte und Technologien auf den Prüfstand, um den Material- und Energieeinsatz zu minimieren, ohne den erforderlichen Gebrauchswert zu schmälern. Das wird zukünftig eine der Hauptaufgaben deutscher Ingenieurskunst sein müssen und nicht die Bemessung der Produkte und Technologien auf deren Beitrag zur Profiterhöhung. Ziel der LINKEN ist es, den Ressourcen- und Energieverbrauch drastisch zu senken. Dazu muss das Steuer- und Abgabensystem grundsätzlich nach ökologischen Zielen umgebaut werden. Auch die Mehrwertsteuer ist unter ökologischen Ge-</i>

				sichtspunkten umzugestalten. Für nicht nachhaltige Güter muss ein höherer Steuersatz festgelegt werden.
14	Abschnitt IV, Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Seite 15, 1. Spalte, 5. Absatz	<i>Das kann und muss durch eine sozial gerechte Steuerpolitik, die Reiche und finanzstarke Unternehmen verstärkt heranzieht, dauerhaft solide finanziert werden.</i>	Das Steuersystem muss nicht nur so umgestellt werden, dass Einkommensstarke stärker zur Finanzierung herangezogen werden, sondern auch der Umweltverbrauch muss finanziell unattraktiv werden.	Das kann und muss durch eine sozial gerechte und ökologische Steuerpolitik , die Reiche, finanzstarke Unternehmen und den Umweltverbrauch verstärkt heranzieht, dauerhaft solide finanziert werden.
15	Abschnitt IV, Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Seite 15, 2. Spalte, 1. Absatz	Die heutige Renditefixierung ... muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg <i>am langfristigen Wachstum, an den Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.</i>	Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit schließen sich aus. Diese Ziele des Wirtschaftens dürfen nicht gemeinsam aufgezählt werden. Auch im Grundsatzzprogramm der CDU von 2007 wird ein „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ und „ein Streben nach Gewinn“ verlangt. Die LINKE muss sich deutlich von der Kapitalpartei abgrenzen.	... das den Unternehmenserfolg an der Einsparung von Material und Energie je Produkteinheit , an den gesellschaftlichen Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.
16	Abschnitt IV, Förderung strukturschwacher Regionen, Seite 16, 1. Spalte, 2. Absatz	Wir wenden uns gegen Wettbewerbsföderalismus, in dem die Länder gegeneinander <i>mit unterschiedlichen Steuern, Standards und Bedingungen</i> im öffentlichen Dienst konkurrieren.	Umweltdumping ist ebenfalls ein Problem.	Wir wenden uns gegen Wettbewerbsföderalismus, in dem die Länder gegeneinander mit unterschiedlichen Steuern, ökologischen Regulierungen , Standards ...
17	Abschnitt IV,	Erforderlich ist eine	Wenn wir uns konsequent gegen Wirt-	Erforderlich ist eine verbesserte Zusam-

	Förderung strukturschwacher Regionen, Seite 16, 1. Spalte, 4. Absatz	verbesserte Zusammenarbeit und Verflechtung von <i>Wachstumszentren</i> und strukturschwachen ländlichen Gebieten.	schaftswachstum aussprechen, dann darf es auch keine von uns eingerichteten Wachstumszentren geben.	menarbeit und Verflechtung von Innovationszentren und strukturschwachen ländlichen Gebieten.
18	Abschnitt IV, Einwanderungsland Deutschland, Seite 19, 1. Spalte, 3. Absatz	<i>Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden.</i>	In den Tropen und Subtropen werden die Menschen zuerst von den Auswirkungen des Klimawandels, an dem sie keine Schuld tragen, erfasst und haben darunter zu leiden. Die Industriestaaten tragen die Hauptschuld am Klimawandel und müssen diesen Menschen helfen.	Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen, der Klimaerwärmung und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden.
19	Abschnitt IV, Wissens- und Kulturgesellschaft, Seite 20, 1. Spalte, 3. Absatz	<i>Dies schließt die Nutzung der Wissenschaft zur Erhaltung und Bewahrung der natürlichen Umwelt ein.</i>	An dieser Stelle sollten wir auf die nicht bekannten und noch nicht erforschten Risiken von Technologien aufmerksam machen.	Dies schließt die Nutzung der Wissenschaft zur Erhaltung und Bewahrung der natürlichen Umwelt ein. Aus diesem Grunde betrachten wir die ungeprüfte Einführung der Nanotechnologie kritisch.
20	Abschnitt IV, Sozial-ökologischer Umbau, Seite 20, 2. Spalte, 5. Absatz – Seite 21, 1. Spalte, 1. Absatz	<i>Das 21. Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Verteilungsgerechtigkeit, der nachhaltigen Entwicklung und eines qualitativen und selektiven, die Umwelt schonenden Wachstums werden.</i>	Ein die Umwelt schonendes Wirtschaftswachstum ist ein Widerspruch in sich. Jede Produktion von Gütern und vor allem eine wachsende Produktion von Gütern schädigen die Natur. Auch ein qualitatives und selektives Wachstum schädigt die Natur. Unter einem selektiven Wachstum kann man doch nur ein Schrumpfen der Gesamtwirtschaft verstehen, weil ja nur einige Wirtschaftszweige wachsen sollen. Unter qualitativem Wachstum soll man wohl einen verbesserten Gebrauchswert der	... und einer Senkung des Material- und Energieverbrauchs zur Schonung der Umwelt werden. Der Produktionsumfang, der Material- und Energieverbrauch müssen soweit zurückgefahren werden, bis sie naturverträglich sind.

			Produkte verstehen. Aber gerade dadurch wird immer mehr Material verbraucht. Wird unter Qualität ein geringerer Schadstoffausstoß in der Produktion und durch die erzeugten Produkte verstanden, dann wird an der Produktmenge und damit dem Materialverbrauch keine Kritik geübt.	
21	Abschnitt IV, Sozial-ökologischer Umbau, Seite 21, 1. Spalte, 1. Absatz	<i>Dringlich ist, nicht mehr nur auf Umweltschäden nachträglich zu reagieren, sondern dafür zu sorgen, dass eine Schädigung der Umwelt von vornherein vermieden wird.</i>	Die ungelösten Probleme beim Einsatz der Grünen Gentechnik sind ein weltweites Problem und müssen im Parteiprogramm, das ja ein Jahrzehnt gültig sein sollte, Erwähnung finden.	Im Anschluss an diesen Satz: Auch aus diesem Grund lehnen wir den Einsatz der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft sowie den Verkauf gentechnisch kontaminierter Produkte ab.
22	Abschnitt IV, Sozial-ökologischer Umbau, Seite 21, 1. Spalte, 1. Absatz	<i>Der Naturschutz muss verstärkt und der Tierschutz konsequent durchgesetzt werden.</i>	Die Aussagen zum Tierschutz sind in dieser Form bei Weitem nicht ausreichend, viele Wähler erwarten hier eine klare Position.	Im Anschluss an diesen Satz: Tiere haben Rechte. Daher wollen wir Tierversuche reduzieren und durch alternative Methoden ersetzen. Überfällig ist ein bundesweites Verbandsklagerecht für den Tierschutz.
23	Abschnitt IV, Sozial-ökologischer Umbau, Seite 21, 1. Spalte, 3. Absatz	<i>Der sozial-ökologische Umbau erfordert die Herausbildung neuer, mit der Umwelt verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps.</i>	Unsere Wähler würden gerne wissen wollen, wie denn die neue Lebensweise und der neue Wohlstandstyp aussehen sollen. Der wird auch von den Grünen versprochen, ohne etwas Konkretes auszusagen. An dieser Stelle müssen einige kennzeichnenden Merkmale genannt werden, wie wir uns das konkret vorstellen.	Mit der Umwelt verträgliche Lebensweisen der Bevölkerung sind z. B. durch eine Elektromobilität beim öffentlichen und privaten Fuhrpark gekennzeichnet, der erneuerbare Energien verwendet. Eine mit der Umwelt verträgliche Lebensweise verzichtet auf fossile und atomare Energie im Haushalt und stützt sich auf Fotovoltaik und Fotothermie bei Strom und Heizung. Eine mit der Umwelt verträg-

				<i>liche Lebensweise ist gekennzeichnet durch eine Halbierung des Fleischverzehrs.</i>
24	Abschnitt IV, Energiewende, Seite 21, 1. Spalte, 6. Absatz - 2. Spalte, 1. Absatz	Alles gut so, aber es fehlen einige grundsätzliche Positionen.	In der Energiepolitik sollten wir unsere politischen Standpunkte vollzählig auflisten.	Nach: Wir wollen den unverzüglichen Ausstieg aus der Atomenergie: Atom-müll muss auf Kosten der Konzerne an sicheren Orten gelagert werden. Wir sind gegen den Neubau von Kohlekraftwerken, für ihre schrittweise Stilllegung und gegen die Untertage-lagerung von Kohlendioxid. Der überwiegende Anteil der Forschungsmittel für Atomkraft und fossile Energiesysteme muss unverzüglich auf erneuerbare Energiesysteme und Energieeffizienz umgeleitet werden.
25	Abschnitt IV, Energiewende, Seite 21, 2. Spalte, 1. Absatz	<i>Daher ist es notwendig, den Umbau des Energiesystems in Richtung erneuerbarer Energien, von der Photovoltaik über die Windenergie ...</i>	Es muss auf den Import von Biomasse in Form von Öl, Holz oder Biotreibstoffen aus den Tropen verzichtet werden, sonst wird die Energiebeschaffung nur in andere Länder durch Raubbau an der Natur verlagert. Auch die DESERTEC-Pläne der Energiekonzerne sind keine Alternative.	Daher ist es notwendig, den Umbau des Energiesystems in Richtung heimischer erneuerbare Energie, von der Photovoltaik über die Windenergie ...
26	Abschnitt IV, Eine demokratische, friedliche und soziale EU, Seite 22, 2. Spalte, 1. Absatz	Sie muss durch eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für <i>qualitatives Wachstum</i> , Vollbeschäftigung durch gute ...	„Qualitatives Wachstum“ sollte durch „Entwicklung“ ersetzt werden, weil die LINKE kein Wirtschaftswachstum vertreten darf.	Sie muss durch eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für qualitative Entwicklung , Vollbeschäftigung durch gute ...

27	Abschnitt V, Auseinandersetzung mit neoliberaler Ideologie, Seite 24, 1. Spalte, 2. Absatz	Die <i>Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme</i> verstehen wir vor allem ...	Die gegenwärtigen ökologischen Probleme wie Klimawandel, Artensterben und Raubbau an den natürlichen Ressourcen sind auf den (neoliberalen) Kapitalismus zurückzuführen und spitzen sich ebenfalls zu.	Die Zuspitzung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme verstehen wir vor allem ...
28	Abschnitt V, Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen, Seite 24, 2. Spalte, 3. Absatz	Sie wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt.	Ein wesentliches Ziel der LINKEN ist die Energiewende. Auch diese muss in den Katalog der unbedingten Forderungen bei einer Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Auch auf Bundesebene müssen nicht nur eine Friedenspolitik, sozial gerechte Verteilungs- und Bildungspolitik und andere Forderungen in einen Koalitionsvertrag hinein, sondern auch die Förderung der erneuerbaren Energie und ein Moratorium beim Bau von Kohlekraftwerken und ein sofortiger Ausstieg aus der Atomkraft müssen in den Forderungskatalog aufgenommen werden.	Hinzugefügt werden muss: ... und die die fossile und atomare Energiegewinnung fördert. Im Abschnitt, der sich mit dem Mitregieren auf Bundesebene befasst, sollte ergänzt werden: Darüber hinaus wird sich die LINKE auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die weiterhin den Bau von fossilen Kraftwerken erlaubt, den Atomausstieg weiter verzögert und die erneuerbaren Energien nicht ausreichend fördert.
29	Abschnitt V, Europäische und internationale Zusammenarbeit, Seite 25, 1. Spalte, 1. Absatz	Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der Linken und kann die Kräfteverhältnisse in Richtung <i>eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas</i> verschieben.	Das Europa, das wir anstreben, muss ökologisch sein, und das muss hier deutlich gemacht werden.	Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der Linken und kann die Kräfteverhältnisse in Richtung eines sozialen, demokratischen, ökologischen und friedlichen Europas verschieben

3.3. 12 Mainzer Thesen wider den globalen Kollaps

Conny Baudisch, Hartwig Daniels, Roman Haug, Bruno Kern, Theo Tekaas

(ATTAC http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/jenseits-des-wachstums/12MainzerThesen_20100718.pdf (2010-05))

Inhalt

These 1: Die CO₂-Emission ist rigoros zu begrenzen. Das Ziel heißt: eine weltweite Reduktion innerhalb der nächsten vierzig Jahre um mindestens die Hälfte. Für die Industrieländer bedeutet das aufgrund ihrer bisherigen überproportionalen Emissionen eine Reduktion um etwa 90 %.

These 2: In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, dass der Ausbau der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen die CO₂-Emission ganz wesentlich reduzieren wird. Zwar ist der Einsatz von erneuerbaren Energiequellen notwendig, er wird jedoch in der geplanten Form nicht annähernd ausreichen, das geforderte Reduktionsziel zu erreichen.

These 3: Technische Lösungen zur Reduzierung der CO₂-Emission wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung (**C**arbon **C**apture and **S**torage) oder das Elektro-Auto können zwar die CO₂-Emission verringern. Diese Effekte werden aber nicht wesentlich zur CO₂-Senkung beitragen.

Auch durch eine sogenannte „Effizienzrevolution“ ist die geforderte CO₂-Reduktion nicht erreichbar.

These 4: Das von den Grünen, aber auch einigen sozialen Bewegungen propagierte „qualitative Wachstum“, also ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts **ohne** Energie- und Rohstoffverbrauch (New Green Deal), ist ebenso eine Schimäre wie die „saubere Dienstleistungsgesellschaft“.

These 5: Das Gesundschrumpfen der Wirtschaft und die deutliche Verringerung des Konsums sind mindestens in den reichen Ländern unvermeidlich.

Eine Ökonomie, die zu deutlichem „Gesundschrumpfen“ gezwungen sein wird, um letztendlich einen nachhaltigen Gleichgewichtszustand zu erreichen, stellt Wirtschaftssystem und Politik vor nie gekannte Herausforderungen. Dieser Wandel der Ökonomie wird politisch nur dann durchsetzbar sein, wenn Reichtum umverteilt und soziale Gerechtigkeit hergestellt werden.

These 6: Wir müssen als soziale Bewegung die „Quadratur des Kreises“ bewältigen: Wir brauchen eine Strategie der Nachhaltigkeit mit einem **Weniger** an Produktion und Konsum, aber mit einem **Mehr** an Lebenszufriedenheit und Lebensqualität als heute. Bisherige Ansatzpunkte greifen zu kurz, wenn sie **nur** auf eine gerechtere Verteilung des bestehenden Reichtums zielen, denn dieser Reichtum selbst ist schon nicht nachhaltig erzielbar.

These 7: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bedeutet größeren Ressourcenverbrauch. (s. These 3). Nicht nur deshalb ist das BIP als Zielgröße des Wirtschaftens ungeeignet.

Wir brauchen andere Indikatoren, um die Wirtschaft zu steuern. Die neuen Zielgrößen müssen dazu führen, dass weniger Energie und Rohstoffe verbraucht und die Bürger zufriedener mit ihren Lebensbedingungen werden („Glückliches Schrumpfen“).

These 8: Der **Kapitalzins** erzwingt Wachstum oder Umverteilung von unten nach oben: In einer **schrumpfenden** Wirtschaft sinken die Einkommen der in der Realwirtschaft Beschäftigten, während die Vermögen der Kapitalbesitzer weiterhin steigen.

Deshalb sind Kapitalgewinne rigoros zu begrenzen und die Finanzmärkte streng zu regulieren.

These 9: Vieles spricht dafür, dass der Zwang zum Wachstum unvermeidlich aus der kapitalistischen Organisationsweise unserer Wirtschaft folgt. Dann muss Logik der Kapitalverwertung um ihrer selbst willen durchbrochen werden. Das kann nur schrittweise erfolgen.

These 10: Das Thema „Bevölkerungspolitik“ muss neu auf die Agenda kommen und zwar in einer Weise, die mit den Menschenrechten vereinbar ist. Insbesondere muss die Zahl der Menschen mit einem großen ökologischen Fußabdruck abnehmen. Der Rückgang der Bevölkerung in Deutschland ist keine „demographische Katastrophe“, sondern eine positive und förderungswürdige Entwicklung.

These 11: Elemente einer möglichen neuen Wirtschaftsordnung existieren bereits, z. B. als Unternehmen und Projekte der „Solidarischen Ökonomie“. Ihre Prinzipien könnten eine fortschreitende demokratische Transformation zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsform begründen, die letztlich ohne ein Wachstum im Sinne des BIPs auskäme.

These 12: Wenn die oben geforderten Maßnahmen nicht konsequent ergriffen werden – und alle Anzeichen deuten darauf hin – dann werden nicht nur die westlich geprägten Industriegesellschaften kollabieren.

A) Ausgangspunkt

Unser Wirtschafts- und Sozialsystem muss aus mehreren Gründen grundlegend umgebaut werden. Nach unserer Meinung sind insbesondere zwei Hauptgründe für die Notwendigkeit dieses Umbaus anzuführen:

a) Der Einsatz von Kohle, Öl und Erdgas bei der Verbrennung und bei chemischen Prozessen¹ führt zum Anstieg des CO₂-Gehalts der Atmosphäre mit der bekannten Folgen-Kette: Erwärmung der Erde, Abschmelzen der Gletscher, Anstieg des Meeresspiegels und wahrscheinlich katastrophale Veränderung der Lebensbedingungen für Flora und Fauna. Das bedeutet für große Teile der Weltbevölkerung eine Bedrohung der Lebensgrundlagen durch u. a. Überflutung, Dürre- und Hungerkatastrophen, Trinkwasserknappheit, epidemische Ausbreitung von Infektionskrankheiten.

Die CO₂-Emission muss also radikal reduziert werden.

b) Während weltweit immer mehr Menschen ökonomisch und sozial völlig ausgegrenzt werden, läuft in den Industrieländern zurzeit gesellschaftspolitisch ein Prozess der Refeudalisierung: Einkommen und Vermögen konzentrieren sich mehr und mehr in den Händen einer kleinen Oberschicht. Dieser Prozess muss gestoppt werden.

Um den Umbau unseres Wirtschaftssystems zielführend planen zu können, haben wir folgende 12 Thesen formuliert.

B) Thesen zur Senkung der CO₂-Emission

These 1: Die CO₂-Emission ist rigoros zu begrenzen. Das Ziel heißt: eine weltweite Reduktion innerhalb der nächsten vierzig Jahre um mindestens die Hälfte. Für die Industrieländer bedeutet das aufgrund ihrer bisherigen überproportionalen Emissionen eine Reduktion um etwa 90 %.

Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre ist in den letzten 80 Jahren um 50 % gestiegen, dadurch wurde eine globale Erwärmungsperiode eingeleitet. **Will man den globalen Temperaturanstieg auf 2 °C begrenzen, so müsste**

¹ Der größte Teil der von uns benutzten Dinge wird aus Erdöl hergestellt, oder Erdöl- bzw. Kohleprodukte werden zu ihrer Herstellung oder Bearbeitung benötigt (Farben, Insektizide, Kunstdünger, Klebstoffe, Reinigungsmittel, Autoreifen, Medikamente, Stahl, Zement ...).

Deutschland seine CO₂-Emission in den nächsten 10 Jahren um ca. 40 %, und bis 2050 um mindestens 90 % reduzieren.²

These 2: In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, dass der Ausbau der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen die CO₂-Emission ganz wesentlich reduzieren wird. Zwar ist der Einsatz von erneuerbaren Energiequellen notwendig, er wird jedoch in der geplanten Form nicht annähernd ausreichen, das geforderte Reduktionsziel zu erreichen.

Erneuerbare Energien müssen aus folgenden Gründen rasch die traditionellen Energieträger ersetzen:

- 1) Wegen Erschöpfung der Vorräte hat die Fördermenge von Erdöl und in wenigen Jahren auch die Förderung von Erdgas den Höhepunkt überschritten („Peak Oil“).³
- 2) Die Verwendung fossiler Energieträger ist wegen des Klimawandels nicht mehr zu verantworten.

Von Politikern, Unternehmen und Medien wird der Eindruck erweckt, dass unsere Wirtschaft durch den Ausbau der Stromerzeugung aus regenerierbaren Quellen von Öl und Kohle unabhängig wird. Zurzeit sind etwas mehr als 20 % des deutschen **Endenergieverbrauchs** der Erzeugung von elektrischer Energie zuzuordnen. Selbst wenn man also den gesamten Strom aus erneuerbaren Quellen herstellen würde, wäre dieses nicht annähernd hinreichend zur Aufrechterhaltung des heutigen Verbrauchs an fossilen Energieträgern. Insbesondere verbrauchen das gesamte Transportwesen und energieintensive Wirtschaftsbereiche (z. B. Chemie, Zementindustrie und Metallindustrie) einen großen Teil der fossilen Energieträger.

Anders sieht es für die CO₂-Emission aus. Wegen des hohen Anteils an Abwärme bei der Erzeugung der elektrischen Energie ist der Anteil der Stromerzeugung an der **Gesamt-CO₂-Emission** in Deutschland ca. 40 %; diese CO₂-Emission würde durch den Einsatz regenerativer Energieträger wesentlich reduziert. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass auch die Erzeugung von elektrischer Energie aus regenerativen Quellen durchaus **nicht CO₂-neutral** ist. Die notwendigen technischen Anlagen wie Windräder, Photovoltaikzellen, Spiegel, Windräder, die Generatoren, Transformatoren und die Hochspannungsleitungen in den neu zu errichtenden europaweiten Stromnetzen können nur mit konventioneller Technik und entsprechend hoher CO₂-

² Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (2009): „Kassensturz für den Welt-Klimavertrag“.

³ Nahezu alle von der Erdölindustrie unabhängigen Schätzungen zeigen, dass das Maximum der Erdölförderung praktisch erreicht ist. Die Erdgasförderung wird stark ausgebaut und wird in den nächsten Jahren gleichfalls ihr Maximum erreichen. Für die Reichweite der Kohlevorräte gibt es sehr unterschiedliche Schätzungen; in den letzten Jahren sind jedoch frühere Mengenschätzungen deutlich nach unten korrigiert worden. In jedem Fall würde bei Ausbeutung dieser Vorräte die CO₂-Emission pro Jahr deutlich zunehmen.

Emission gebaut und montiert werden. Dadurch wird die CO₂-Emission im Vergleich zur konventionellen Strom-Erzeugung nicht gänzlich vermieden, sondern nur um etwa den Faktor 5 bis 10 reduziert. Eine Technik, die auch diese CO₂-Emissionen vermeidet, ist nicht in Sicht.

Die Erzeugung von Bio-Sprit steht in Konkurrenz zur viel wichtigeren Nahrungsmittelproduktion und ist somit nicht in großem Maße zu verantworten.⁴

Folgerung: Selbst wenn es möglich wäre, unsere Stromerzeugung bis 2050 zu 100 % auf regenerative Quellen umzustellen – was allerdings eine erhebliche Reduktion des Stromverbrauchs insgesamt voraussetzen würde - wäre diese Erzeugung aber zum einen nicht CO₂-neutral, zum anderen deckte diese Strommenge nur einen Bruchteil unseres Gesamtenergieverbrauchs.

These 3: Technische Lösungen zur Reduzierung der CO₂-Emission wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung (**C**arbon **C**apture and **S**torage) oder das Elektro-Auto können zwar die CO₂-Emission verringern. Diese Effekte werden aber nicht wesentlich zur CO₂-Senkung beitragen.

Auch durch eine sogenannte „Effizienzrevolution“ ist die geforderte CO₂-Reduktion nicht erreichbar.

Es gibt unterschiedliche Wege, die Emission von CO₂ in die Atmosphäre zu reduzieren:

- 1) Das bei der Verbrennung von fossilen Energiequellen entstehende CO₂ wird aus den Abgasen herausgefiltert und dann unterirdisch gespeichert (Carbon-Capture-and-Storage-Verfahren).

Das aus den Abgasen abgetrennte CO₂ wird unter einem Druck von etwa 80 bar verflüssigt und unter diesem Druck in unterirdische Kavernen gedrückt. Das verflüssigte CO₂ muss unter diesem Druck für alle (!) Zeiten in diesen Kavernen bleiben. Wegen des hohen Risikos werden die Energieversorgungsunternehmen die Sicherheit dieser Lager nur für höchstens 30 Jahre garantieren. Folgerung: Diese CO₂-Lager sind tickende Zeitbomben.

Diese Zeitbombe könnte man vermeiden, wenn man das CO₂ in eine feste Verbindung, z. B. Magnesiumkarbonat (Magnesit) überführt und diese dann unterirdisch speichert. Eine kurze Abschätzung zeigt, dass für die weltweit anfallenden Mengen bei weitem kein ausreichendes unterirdisches Lagervolumen zur Verfügung steht.

⁴ Der Ausbau der Kernkraftwerke wird hier nicht diskutiert, da dieser Ausbau wegen fehlender Sicherheit, nicht geklärter Entsorgung und auch wegen der CO₂-Emission bei Förderung, Anreicherung des Urans, Entsorgung der Abfälle und Abbruch der alten Kernkraftwerke nicht zu verantworten ist.

- 2) Ersatz von benzin- oder dieselgetriebenen Motoren durch Elektromotoren, die dann wieder mit regenerativ erzeugtem Strom betrieben werden.

Selbst „nur“ den Autoverkehr komplett mit Strom zu betreiben, erscheint uns, wenn überhaupt, dann nur sehr langfristig erreichbar: Sogar die Bundesregierung peilt bis 2020 nur 1 Mio. Elektroautos an – insgesamt haben wir jedoch ca. 45 Mio. Automobile alleine in Deutschland. Wenn man den gesamten Energieverbrauch im Verkehr (derzeitiger Verbrauch ca. 2,8 Exajoule⁵) auf Elektroantrieb umstellte, müssten wir unsere derzeitige Stromerzeugung (ca. 2,2 Exajoule) mehr als verdoppeln. Dabei gibt es für den LKW-Verkehr noch keine technische Lösung für die Batterien mit der notwendigen Kapazität. In diesem Zusammenhang wird oft die Umstellung auf die Wasserstoffwirtschaft, d. h. Erzeugung von Wasserstoff H₂ mittels Elektrolyse, Transport des Wasserstoffs zum Verbraucher und Einsatz in Brennstoffzellen diskutiert. Die europaweite Einführung dieser Technologie ist mit einer großen Zahl von technisch noch nicht gelösten Problemen verbunden. Insbesondere sind die Sicherheitsprobleme bei Transport und Verteilung des hochexplosiven Wasserstoffs zu nennen. Aus diesen Gründen ist nicht zu erwarten, dass diese Technologie in den nächsten 30 Jahren wesentlich zur Reduktion der CO₂-Emission beitragen wird. Außerdem liegt Energieeffektivität wegen der mehrfachen Energieumwandlung und wegen des aufwändigen Wasserstofftransports (solare Strahlung ⇒ elektr. Strom ⇒ Wasserstoff ⇒ Transport ⇒ elektr. Strom ⇒ mechanische Energie) nur zwischen 10 und 20 %.

- 3) Die fossilen Energieträger werden effizienter genutzt.

In der Vergangenheit wurden Effizienzsteigerungen nahezu immer durch steigende Nutzungen zumindest teilweise kompensiert: Wurden Autos billiger oder sank der Benzinverbrauch pro 100 km, dann erhöhte sich die Zahl der Automobile und/oder die Kilometerleistung pro Jahr stieg. Das ist dadurch verständlich, dass das durch die Effizienzsteigerung eingesparte Geld im Konsumkreislauf blieb und anderweitig konsumiert werden konnte. Diese sogenannten „Rebound“- bzw. „Backfire“-Effekte⁶ lassen sich nur vermeiden, wenn die durch die Effizienzsteigerung eingesparten Kosten dem Konsumkreislauf entzogen würden.

Aber sind die Effizienzsteigerungen, die notwendig sind, überhaupt realisierbar?

Um den Klimawandel zu stoppen, ist eine Reduktion der CO₂-Emission bis 2050 um mindestens 90 % notwendig. Wenn wir unterstellen, dass die ge-

⁵ 2,8 Exajoule = $2,8 \times 10^{18}$ Joule = ca. 7 800 TWh = $7\,800 \times 10^{12}$ Wh.

⁶ Marcel Hänggi: Wir Schwätzer im Treibhaus (Zürich 2008).

Ein schönes Beispiel für einen „Backfire“-Effekt ist das papierlose Büro, das durch die Einführung der Computer ermöglicht werden sollte. Tatsächlich hat sich der Papierverbrauch vervielfacht.

samte Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen erfolgt, so bleibt noch eine CO₂-Emission von etwa 60 % des heutigen Werts.

Diese teilt sich folgendermaßen auf: a) sonstige Verbrennung fossiler Rohstoffe einschließlich Verkehr ca. 50 % und b) Industrieprozesse ca. 10 %. Auch diese Emissionen müssen auf ca. ein Zehntel reduziert werden, d. h. wir bräuchten bis 2050 eine Steigerung der Energieproduktivität um den **Faktor 10** gegenüber 1990 – wohlgemerkt: bei unterstelltem Nullwachstum des BIP. Ist das realistisch? Machen Sie sich selbst ein Bild: Das Statistische Bundesamt konstatiert in den 18 Jahren von 1990 bis 2008 eine Steigerung der Energieproduktivität (BIP pro Einheit Primärenergieverbrauch) von gerade mal 40 %, also Faktor 1,4 - wobei der gesamte Effekt der Modernisierung der Ex-DDR-Ökonomie dort bereits mit eingerechnet ist. Neuere Studien halten weltweite Effizienzsteigerungen von 1990 bis 2100 um einen Faktor 3 für möglich – kaum mehr!

Folgerung: Es werden verschiedene technische Lösungen vorgeschlagen, den Anteil von regenerativen Energiequellen am Primärenergieverbrauch zu erhöhen. Selbst bei optimistischen Annahmen lässt sich das geforderte Reduktionsziel allein durch technische Lösungen nicht erreichen.

Der Befund ist also eindeutig: Wir müssen uns selbst bei Ausschöpfung all unserer Effizienzpotenziale vom derzeitigen Wachstumspfad schnell und radikal verabschieden.

These 4: Das von den Grünen, aber auch einigen sozialen Bewegungen propagierte „qualitative Wachstum“, also ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts **ohne** Energie- und Rohstoffverbrauch (New Green Deal), ist ebenso eine Schimäre wie die „saubere Dienstleistungsgesellschaft“.

Das BIP und sein Wachstum bildet eine **monetäre** Größe ab, der Verbrauch von Naturressourcen hingegen wird in Mengen- oder Gewichtseinheiten erfasst. Daraus wird oft abgeleitet, dass beides nichts miteinander zu tun habe und es eine „Entkoppelung“ von BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch gebe oder geben könnte (oft umschrieben mit „qualitativem Wachstum“, bei dem allerdings stets vorausgesetzt wird, dass am Ende gesamthaft eben auch „Wachstum“ herauskommen müsse). Bislang hat ein wachsendes BIP immer auch einen Anstieg des Ressourcenverbrauchs bedeutet, denn eine höhere Ressourceneffizienz wurde stets durch Mengeneffekte mindestens teilweise kompensiert. (s. oben) Absolut sinkender Ressourcenverbrauch wurde nur in historischen Ausnahmesituationen erzielt, die sich eben genau dadurch auszeichneten, dass hier das BIP drastisch zurückging (u. a. Zusammenbruch Realsozialismus).

Der Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und wachsendem Ressourcenverbrauch wird auch nicht durch den scheinbaren Wandel zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ in Frage gestellt. Zum einen sind viele Dienstleistungen selbst energieintensiv, wie z. B. Urlaubsflüge oder das Verlagern des Rohstoff- und Energieverbrauchs ins Ausland (Hotelbauten und Ferienanlagen). Die Verlagerung von Ressourcenverbrauch wird besonders signifikant bei **Produktionsverlagerungen** ins Ausland: China ist inzwischen die Werkbank der Welt; deshalb sind alle Ressourcen, welche in China für die exportierten Produkte aufgewendet werden, dem **Verbrauch der importierenden Länder** zuzurechnen.

Lässt man die Verschiebungen des Ressourcenverbrauchs durch Im- und Exporte außer Betracht, so ist grundsätzlich Folgendes festzuhalten: Jeder Teil einer Volkswirtschaft ist auf die sogenannte Primärproduktion angewiesen. Jede Person, die ihr Einkommen aus der Verrichtung von Dienstleistungen bezieht (Haarschnitt, Schuldnerberatung, Altenpflege, Wirtschaftsprüfung, Vermögensberatung, Gesundheitsvorsorge usw.), verwendet dieses Einkommen zumindest teilweise wieder für Konsum im weitesten Sinn: Ernährung, Gebrauchsgüter, Wohnung, Reisen.

Wenn also jemand auf den Kauf eines Konsumprodukts, z. B. Auto, Flugreise, oder iPod verzichtet und stattdessen eine Dienstleistung bucht, z. B. Musikunterricht, Haushaltshilfe oder Handwerker, dann konsumiert nur eine andere Person. **Solange das Geld im Konsumentenbereich bleibt**, wird der Ressourcenkonsum nur verlagert. Für den Ressourcenverbrauch ist nicht die Aufteilung des BIP auf verschiedene Branchen ausschlaggebend, sondern die Höhe der individuellen Einkommen und der sich daraus ergebende individuelle und kollektive Lebensstil.

Es ist daher illusorisch, allein durch das Anwachsen des Dienstleistungssektors Wirtschaftswachstum erreichen zu wollen und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch zu senken.

These 5: Das Gesundschrumpfen der Wirtschaft und die deutliche Verringerung des Konsums sind mindestens in den reichen Ländern unvermeidlich.

Eine Ökonomie, die zu deutlichem „Gesundschrumpfen“ gezwungen sein wird, um letztendlich einen nachhaltigen Gleichgewichtszustand zu erreichen, stellt Wirtschaftssystem und Politik vor nie gekannte Herausforderungen. Dieser Wandel der Ökonomie wird politisch nur dann durchsetzbar sein, wenn Reichtum umverteilt und soziale Gerechtigkeit hergestellt wird.

Bereits ein Blick auf die Müllhalden der Welt zeigt, dass wir derzeit eine reine Verschwendungswirtschaft zelebrieren, die zwingend zum globalen Kollaps führen muss.

Durch die drohenden Ressourcenengpässe werden wir wahrscheinlich schon in den nächsten Dekaden gezwungen werden, mit deutlich weniger Energie- und Rohstoffverbrauch auszukommen als bisher.⁷ Das bedeutet ein deutliches Schrumpfen der Realökonomie und damit des materiell definierten Lebensstandards gegenüber dem heutigen Niveau - zumindest in der „Ersten Welt“. Eine schrumpfende Ökonomie wird keine Spielräume mehr haben, wie in der Vergangenheit soziale Benachteiligung über ein höheres Wirtschaftswachstum auszugleichen und soziale Konflikte zu entschärfen. Im Gegenteil, jede Verringerung des Konsums verstärkt die Bedeutung der Verteilungsfrage: Wer darf wie viel in Anspruch nehmen und warum? Daraus ergibt sich, dass wirksame Begrenzung nur mit einer als gerecht empfundenen Verteilung gelingt. Falls diese gerechte Verteilung nicht gelingt, dann werden sich die sozialen Kämpfe in einer kaum vorstellbaren Weise zuspitzen.

In unserem Wirtschaftssystem haben sich inzwischen wenige, transnationale Unternehmen die Energie- und Rohstoffressourcen gesichert; die Verteilung wird über den Markt bestimmt.

Es stellt sich nun die Frage: Kann ein allein vom Markt geprägtes Wirtschaftssystem eine gerecht empfundene Verteilung sichern?

Wir stehen wahrscheinlich vor folgenden Alternativen: Eine gegen die Bevölkerungsmehrheit durchgesetzte postkapitalistische Raubtierökonomie in einer „refeudalisierten“ Gesellschaft („Barbarei“) **oder** ein halbwegs geordnetes Schrumpfen durch volkswirtschaftliche Pläne bei starker Zurücknahme des Rechts Einzelner, sich natürliche und gesellschaftliche Ressourcen⁸ privat unbegrenzt anzueignen.⁹

⁷ Die Energy Watch Group (<http://www.energywatchgroup.org/>) geht davon aus, dass bis zum Jahr 2050 nur noch ein Drittel der heute jährlich geförderten Erdölmenge zur Verfügung stehen wird. Bei Erdgas sei ab 2035 eine längere Phase der Stagnation des Fördervolumens zu erwarten, bis dann ab 2045 die Fördermenge rapide abnimmt. Und selbst bei der Steinkohle sei ab dem Jahr 2035 mit einem steilen Abfall der Förderung zu rechnen. Das Fördermaximum aller fossilen Energieträger zusammengenommen wird für das Jahr 2025 prognostiziert. Die Rohstoffengpässe betreffen darüber hinaus aber auch wichtige mineralische Rohstoffe und insbesondere seltene Metalle, die eine Schlüsselrolle für bestimmte technische Anwendungen spielen. Dazu zählt etwa auch Lithium, unentbehrlich für die Lithiumionenbatterien des neuen Hoffnungsträgers Elektroauto.

⁸ Unter gesellschaftlichen Ressourcen verstehen wir die Systeme der Daseinsfürsorge wie z. B. die Wasserversorgung der Kommunen, das öffentliche Verkehrssystem, das Bildungssystem oder die öffentlich-rechtlichen Medien, alles Systeme, die heute durch Privatisierung bedroht sind.

⁹ Bei allen heutigen Überlegungen werden wie selbstverständlich die Bedürfnisse späterer Generationen völlig ausgeklammert!

C) Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

These 6: Wir müssen als soziale Bewegung die „Quadratur des Kreises“ bewältigen: Wir brauchen eine Strategie der Nachhaltigkeit mit einem **Weniger** an Produktion und Konsum, aber mit einem **Mehr** an Lebenszufriedenheit und Lebensqualität als heute. Bisherige Ansatzpunkte greifen zu kurz, wenn sie **nur** auf eine gerechtere Verteilung des bestehenden Reichtums zielen, denn dieser Reichtum selbst wird schon nicht nachhaltig erzielt.

Die Begrenzung der Ressourcen sowie die dramatische Biosphärenkrise werden in den nächsten 10 Jahren eine herausragende Bedeutung in der politischen Debatte bekommen. Unsere politischen Konzepte sind allesamt darauf zu prüfen, ob sie mit der von uns postulierten schrumpfenden Wirtschaft vereinbar sind oder ob sie nicht doch direkt oder indirekt den alten Wachstumswahn voraussetzen. Dieses gilt für einen "Green New Deal" ebenso wie etwa für die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Aussagen derart, „Es ist doch genug da, man muss nur Investitionen sinnvoller lenken“ oder „den Reichtum gerechter verteilen“ sind nicht hinreichend. Es braucht systematische Veränderungen für nachhaltiges Wirtschaften.

Die Herausforderung für die sozialen Bewegungen besteht darin, plausible Lösungen für eine „nachhaltige, emanzipatorische Gleichgewichtsökonomie“ zu entwickeln und dafür realisierbare Schritte zu nennen und politisch durchzusetzen. Dabei ist unabdingbar, dass für alle die Grundbedürfnisse befriedigt und die politische Teilhabe gesichert werden. Dies braucht u. a. gesicherte öffentliche Dienstleistungen und entsprechende Einkommenssicherung.

Um ein solches Szenario politisch durchzusetzen, ist eine **positive** Vision nötig. („Mehr Glück und Zeitwohlstand bei weniger materiellem Besitz.“) Verzichtsaufappelle alleine bringen nichts, werden jedoch auch nicht zu vermeiden sein. Die positive Vision muss ein Mehr an Freiheit, an „Zeitwohlstand“ und an Teilhabe an den politischen Weichenstellungen und ein Weniger an Angst um den Arbeitsplatz sowie eine materielle Grundsicherung umfassen. Wir müssen fragen, was Menschen unabhängig von materiellem Wohlstand glücklich macht und was daraus politisch abzuleiten ist. Nur mit den richtigen Antworten kann eine solche Vision die Herzen und Köpfe der Menschen gewinnen.

These 7: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bedeutet größeren Ressourcenverbrauch. (s. These 3). Nicht nur deshalb ist das BIP als Zielgröße des Wirtschaftens ungeeignet.

Wir brauchen andere Indikatoren, um die Wirtschaft zu steuern. Die neuen Zielgrößen müssen dazu führen, dass weniger Energie und Rohstoffe verbraucht und die Bürger zufriedener mit ihren Lebensbedingungen werden („Glückliches Schrumpfen“).

Das Ziel des Wirtschaftens ist das Wohlbefinden der Menschen. Diese eigentlich triviale Aussage ist unter einer immer übermächtiger gewordenen betriebswirtschaftlichen, renditeorientierten Sicht auf Aufwand und Ertrag in den letzten Jahrzehnten immer stärker verschüttet worden. Langfristdenken ist abhanden gekommen. Als wichtigste Zielgröße des Wirtschaftens wird seit einigen Dekaden das Bruttoinlandsprodukt benutzt; es dient als Maßstab für die Größe der Wirtschaftsleistung und den Wohlstand einer Volkswirtschaft. Jedoch sagt das BIP nichts über die Verteilung des so gemessenen Wohlstands aus. Wenn aber die Einkommens- und Vermögensunterschiede innerhalb der Bevölkerung sehr groß sind, ist es als Maßstab für den Wohlstand der Bevölkerung gänzlich ungeeignet. Dazu kommen weitere Defizite dieser Messgröße: es misst es keinerlei „Nachhaltigkeit“, d. h. der Ressourcenverbrauch bleibt völlig unberücksichtigt. Untersuchungen in den letzten Jahren haben außerdem gezeigt, dass in den hochindustrialisierten westlichen Gesellschaften trotz steigenden BIP die Zufriedenheit der Menschen mit ihren Lebensumständen abgenommen hat.

Es werden also andere Indikatoren für das Wohlbefinden der Menschen und deren Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen benötigt. Weiterhin braucht es Messgrößen für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und für den Zustand der natürlichen Lebensgrundlagen („Umwelt“, Naturressourcen), generell für die Nachhaltigkeit. Diese Indikatoren gibt es bereits, wie z. B. der „Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW)“, der „Genuine Progress Indicator (GPI)“ oder der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI). Die Nachhaltigkeit eines Verfahrens oder Produktss lässt sich mit dem sog. „ökologischen Fußabdruck“ abschätzen. Ergänzend haben Glücksmessungen separat zu erfolgen.

Generell können sich aussagekräftige Indikatoren erst aus dem politisch neu zu definierenden Zweck von „Wirtschaft“ ergeben. Dabei wären die Indikatoren für Nachhaltigkeit kein nettes Beiwerk wie heute, sondern die zentralen Leitplanken für konsequentes Gesundschrumpfen, an denen sich Wirtschaftspolitik auszurichten hätte.

These 8: Der **Kapitalzins** erzwingt Wachstum oder Umverteilung von unten nach oben: In einer **schrumpfenden** Wirtschaft sinken die Einkommen der in der Realwirtschaft Beschäftigten, während die Vermögen der Kapitalbesitzer weiterhin steigen.

Deshalb sind Kapitalgewinne rigoros zu begrenzen und die Finanzmärkte streng zu regulieren.¹⁰

Durch den Kapitalzins wachsen Kapitalvermögen ohne besondere Leistungen der Kapitalbesitzer. Im Einzelnen zeigt sich:

- 1) Der Zins- und Zinseszinsmechanismus führt zu einem ständigen sich beschleunigenden Wachstum der Geldvermögen; so sind in Deutschland seit 1950 die Geldvermögen um das 46-Fache, das BIP aber nur um das 8-Fache gewachsen.
- 2) Im Gleichschritt mit den Geldvermögen müssen zur Rückführung dieser Geldansammlungen die Schulden wachsen.
- 3) Mit diesen Überentwicklungen der Geldvermögen und Schulden nehmen die zinsstrombedingten Umverteilungen Kapital und Arbeit zu. (90 % der Haushalte sind Nettoverlierer und 10 % im gleichen Umfang Gewinner!)
- 4) Folge dieser Umverteilungen sind zunehmende soziale Spannungen, die unter den heutigen Gegebenheiten nur durch Wirtschaftswachstum gemildert werden könnten. Bei schrumpfender Volkswirtschaft muss jedoch der Zins von denjenigen, die kein Kapital besitzen und deren Einkommen schon wegen der schrumpfenden Realwirtschaft sinken, aufgebracht werden.

So steigen stetig die Vermögen der Kapitalbesitzer, während die Einkommen der in der Realwirtschaft Beschäftigten drastisch abnehmen.¹¹

These 9: Vieles spricht dafür, dass der Zwang zum Wachstum unvermeidlich aus der kapitalistischen Organisationsweise unserer Wirtschaft folgt. Dann muss Logik der Kapitalverwertung um ihrer selbst willen durchbrochen werden. Das kann nur schrittweise erfolgen.

¹⁰ Eine gründliche Betrachtung muss unterscheiden zwischen Gewinnen aus Investitionen in die Realwirtschaft und Gewinnen aus Spekulationen mit Wechselkursschwankungen, Leerverkäufen und Warentermingeschäften, die volkswirtschaftlich Nullsummenspiele sind. Eine differenziertere geht aber über den Rahmen dieses Thesenpapiers hinaus.

¹¹ Wegen der sozialen Konsequenzen aus dem zinsbedingten, stetigen Kapitalwachstum wurde das Fordern von Zins für verliehenes Geld nicht nur von den monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam ursprünglich verboten, auch griechische Philosophen haben Zinsen als „widernatürlich“ abgelehnt: „So ist der Wucher hassenswert, weil er aus dem Geld selbst den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld da ist. Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich dagegen durch sich selbst. Durch den Zins entsteht Geld aus Geld. Diese Art des Gelderwerbs ist also am meisten gegen die Natur.“ (Aristoteles: Politeia, 1. Buch).

Die kapitalistische Wirtschaft beruht auf dem Konkurrenzprinzip der verschiedenen Marktteilnehmer: Individuen, Unternehmen und Nationalstaaten. Sie stehen unter intensivem Wettbewerbsdruck. Um sich darin zu behaupten, das heißt als Akteur zu überleben, ist jeder Teilnehmende dazu gezwungen, einen erheblichen Teil des Mehrwerts für die Kapitalakkumulation aufzuwenden, um seinen Marktanteil zu sichern und auszuweiten. Unter diesen Konkurrenzbedingungen kann massenhafte Kapitalvernichtung nur dann vermieden werden, wenn die Wirtschaft insgesamt wächst. Ein auf Dauer gestelltes Wachstum ist die Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung dieses Wirtschaftssystems. Auch der in Form der „sozialen Marktwirtschaft“ politisch regulierte Kapitalismus hebt diese Voraussetzung nicht auf, im Gegenteil, ihr Ziel ist es gerade, die Kapitalverwertungsbedingungen durch Verstetigung des Wirtschaftswachstums zu sichern. Die soziale Marktwirtschaft beruht gerade nach Auskunft ihrer klassischen Vertreter auf einer „laufend erzwungenen Produktivitätserhöhung“. Eine Prämisse der sozialen Marktwirtschaft lautet: „Der Wettbewerb muss primär als eine Form, möglichst ungehindert den technischen und ökonomischen Fortschritt zu realisieren, begriffen werden. Seine Rechtfertigung ist daher die stete Produktionssteigerung. Eine Politik der sozialen Marktwirtschaft verlangt eine bewusste Politik wirtschaftlichen Wachstums.“¹²

Mit seiner Verabsolutierung der Marktbeziehungen und dem Konkurrenzdruck macht der Kapitalismus den Zwang zur Profitsteigerung zum Selbstzweck, zu einer Eigendynamik, die sich über den Köpfen der Beteiligten entfaltet und sich in den allseits bekannten „Sachzwängen“ des Wirtschaftsgeschehens entfaltet: Produktionskosten möglichst niedrig halten, technische Innovation um jeden Preis, Erzeugung künstlicher Bedürfnisse etc.

Um sich von den natürlichen Beschränkungen der Kapitalverwertung (z. B. der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Arbeitskraft, aus der man Mehrwert pressen kann) zu befreien, muss sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit ständig zugunsten des Kapitals verschieben. Die Tendenz, menschliche Arbeitskraft zunehmend durch Maschinen zu ersetzen, ist in der Logik des Kapitalismus selbst angelegt. Damit beschleunigt sich aber auch der Verbrauch von Energie und anderen materiellen Ressourcen.

Dazu kommt: Mit der Ausweitung der kapitalistischen Produktion muss auch der Konsum der Bevölkerung entsprechend steigen, damit der Mehrwert überhaupt realisiert werden kann. Da die erzeugten Konsumgüter immer anspruchsvoller werden und Ausdruck der neuesten Technologien sind, wird auch der Konsum immer „kapitalintensiver“ und bedingt einen wachsenden Bedarf an Energie und anderen materiellen Rohstoffen. Dem evangelischen

¹² Armin Müller-Armack, Art.: Soziale Marktwirtschaft, in: Handbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, 390 - 392.

Theologen Helmut Gollwitzer ist deshalb vermutlich zuzustimmen, wenn er sagt: „Wird ... heute angesichts objektiv sichtbar werdender ‚Grenzen des Wachstums‘ eine wirtschaftliche Wachstumsbeschränkung gefordert, so muss gesehen werden, dass dies eine das kapitalistische System aufhebende Forderung ist.“¹³

Angesichts der Knappheit der Ressourcen ist die in Artikel 14 des Grundgesetzes verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu präzisieren.

These 10: Das Thema „Bevölkerungspolitik“ muss neu auf die Agenda kommen und zwar in einer Weise, die mit den Menschenrechten vereinbar ist. Insbesondere muss die Zahl der Menschen mit einem großen ökologischen Fußabdruck abnehmen. Der Rückgang der Bevölkerung in Deutschland ist keine „demographische Katastrophe“, sondern eine positive und förderungswerte Entwicklung.

- 1) **Situation in Deutschland:** In dieser These soll es zunächst **nicht** darum gehen, dass wir **andere Länder** zur stärkeren Geburtenkontrolle auffordern. Es geht um uns! Deutschland hat eine Bevölkerungsdichte von ca. 230 Einwohnern pro km², die EU-27 von ca. 150 und China von etwa 133 Einwohnern pro km². Damit wird deutlich, dass Deutschland zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Welt gehört. Wir müssen uns klar machen, dass 230 Personen nicht auf einem km² nachhaltig leben können - ganz sicher nicht mit unserem Konsumanspruch. Es muss uns bewusst sein: Hunderttausend Millionäre fügen dem Planeten soviel Schaden zu wie 10 Milliarden afrikanischer Bauern.¹⁴
- 2) **Situation weltweit:** Angesichts von absehbar 9 – 10 Milliarden Menschen Weltbevölkerung mit schnell ansteigenden Konsumansprüchen stellt sich die Frage, wie viele Menschen unser Planet überhaupt nachhaltig ernähren kann, auf dramatische Weise: Alleine die in Sachen „westliches Konsumniveau“ rasant aufholenden Staaten China und Indien haben mit 2,5 Mrd. Menschen mehr als **doppelt** so viele Einwohner wie die traditionellen Industrieländer der EU-27, die USA, Kanada, Russland und Japan **zusammen** (1,1 Mrd. Menschen)! Gerade soziale Bewegungen wie wir, die proklamieren, dass alle Menschen weltweit das gleiche Recht auf ein „gutes Leben“ haben, kommen um die Frage, wie vielen Menschen die Erde mit ihren Ressourcen „ein gutes Leben“ bieten kann, nicht herum. Es gibt zwar Modellrechnungen, nach denen auch noch 10 Milliarden Menschen „ernährt“ werden könnten. Aber selbst, wenn das stimmt: Würden wir in dieser Welt, die dann wahrscheinlich kaum noch natürlichen Lebensräume mehr besitzt, leben wollen? Deswegen ist auf dem Weg zu einer

¹³ Helmut Gollwitzer, Die kapitalistische Revolution, München 1974, 40.

¹⁴ George Monbiot, <http://www.monbiot.com/archives/category/climate-change/>.

nachhaltigen Wirtschaftsform eine zentrale Frage, wie Bevölkerungswachstum eingedämmt werden kann oder gar Bevölkerungsschrumpfung gefördert (!) und gemanagt werden kann.

Es sind deshalb sämtliche Möglichkeiten zu prüfen, wie auf eine nicht-repressive Weise die Menschen davon überzeugt werden können, weniger Kinder zu bekommen. Dieses gilt nicht nur für die industriell aufholenden Länder oder andere Länder der „Dritten Welt“, sondern gerade auch für unsere ressourcenintensiven „alten“ Industrieländer. Das wichtigste Instrument einer solchen Bevölkerungspolitik ist die weltweite Emanzipation der Frauen und die Überwindung patriarchaler Strukturen.

D) Alternativen

These 11: Elemente einer möglichen neuen Wirtschaftsordnung existieren bereits, z. B. als Unternehmen und Projekte der „Solidarischen Ökonomie“. Ihre Prinzipien könnten eine fortschreitende demokratische Transformation zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsform begründen, die letztlich ohne ein Wachstum im Sinne des BIP auskäme.

Für eine mögliche Exit-Strategie aus der Wachstumsfalle ziehen wir zwei unterschiedliche Handlungsebenen in Betracht:

- 1) Die Schaffung von Alternativen „von unten“, unabhängig von den bestehenden politischen Vorgaben, als Keimzellen einer neuen Gesellschaft.
- 2) Einschneidende Veränderungen des politischen Rahmens für die Ökonomie.

Zu 1.) Basis-Initiativen

Die Solidarische Ökonomie (SÖ) formuliert Ziele und Grundsätze, die in demokratischen Prozessen umgesetzt werden und in eine solidarisch geprägte Wirtschaftsorganisation münden: Selbstorganisation, Kooperation, Solidarität, Gemeinwesenorientierung und ökologische Orientierung. Ausgehend von zahllosen schon existierenden Projekten könnten auf allen Ebenen und in praktisch sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen weitere Projekte der Daseinsvorsorge entstehen und sich zu einer flächendeckenden Alternative verdichten. Produktion und Konsum von Energie, Wasser, Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Dienstleistungen, Bildung und Wissen usw. könnten auf diese Weise organisiert werden. Ein öffentlicher Sektor und soziale Sicherheit wären wesentlich als Kooperativen, Genossenschaften und Vereine organisiert. Für die Solidarische Ökonomie ist es charakteristisch, dass sie sich nicht an Wachstum und Rendite, also nicht an den Interessen der Kapitalverwertung, sondern am materiellen und kulturellen Bedarf von Menschen orientiert.

Wachstum - ausgedrückt als Wachstum des BIP - hat als statistische Kennzahl für die Verwertung von Kapital aus der Interessenperspektive von Investoren und politischen Eliten keinen Bezug zu ethischen und moralischen Werten oder gesellschaftspolitischen Zielen. Deshalb ist Wachstum des BIP als wesentliches Wirtschaftsziel einer Solidarischen Ökonomie systemfremd. Die in solidarökonomischen Projekten entstehenden Überschüsse verbleiben in den Projekten oder werden, etwa in Form von Rückvergütungen oder Rabatten, Steuern oder Einlagen in Solidaritätsfonds zur Finanzierung weiterer Projekte der Solidarischen Ökonomie verwendet.

Erwähnt sei an dieser Stelle noch die „Transition-Town“-Bewegung. Diese und weitere mögliche Alternativen zu dem jetzigen kapitalistischen Wirtschaften sollen hier nicht weiter erörtert werden. Selbst nach 40 Jahren „Neue Soziale Bewegungen“ stehen wir bei der Diskussion um Alternativen noch ziemlich am Anfang.

Zu 2.) Änderung des politischen Rahmens

Die bewusste Rückführung des Wachstums mit dem Ziel, eine nachhaltige und sozial gerechte Ökonomie des stabilen Gleichgewichts zu schaffen, erfordert eine politische Steuerung, die weit über die bislang erprobten marktkonformen Instrumente hinausgeht. An die Stelle der ökologisch und sozial blinden Marktlogik wird in vielen, aber nicht allen Bereichen demokratisch ausgehandelte, bewusste Planung treten müssen. Nur so kann das Mindestmaß an angemessenen Lebensbedingungen für alle gesichert werden. Das betrifft neben vielen Bereichen der Daseinsvorsorge vor allem die Gesundheitsversorgung.

Selbst überzeugte Verteidiger der Marktmechanismen gestehen ein, dass diese nur unter bestimmten Voraussetzungen funktionieren können; insbesondere müssen alle Marktteilnehmer flexibel auf Preissignale reagieren können. Angesichts knapper werdender Rohstoffe und fossiler Energieträger werden die Preise so stark steigen, dass nur noch kapitalkräftige Käufer sich die knappen Güter leisten können, obwohl die Güter möglicherweise an anderen, lebenswichtigen Stellen dringend gebraucht werden.

Um gravierende Verteilungsungleichgewicht (Fehlallokationen) zu vermeiden, kann die Verteilung von knappen Gütern nicht dem Markt überlassen bleiben. Man muss mit ihnen bewusst haushalten, Mengenverbrauch und Emissionsobergrenzen müssten sinnvoll reguliert werden. Es müssen also gesellschaftliche Prioritäten ausgehandelt werden.¹⁵ Nicht mehr die Kaufkraft darf darüber entscheiden, wohin die knappen Ressourcen fließen, sondern die langfristige Verbrauchsplanung, in die natürlich auch die Wirtschaft und verschiedene relevante Gruppen einbezogen werden müssen.

¹⁵ Eine staatliche Planung **allein** kann keine sinnvolle Planung leisten – wie die Geschichte zeigt.

E) Ausblick

These 12: Wenn die oben skizzierten Maßnahmen¹⁶ nicht konsequent und schnell ergriffen werden – und alle Anzeichen deuten darauf hin – dann ist nicht mehr die Frage, **ob**, sondern nur noch **wann** die westlich geprägten Industriegesellschaften – und nicht nur diese - kollabieren werden.

Wir setzten unsere Hoffnung darauf, dass die Zivilgesellschaft die Notwendigkeit dieser Maßnahmen erkennt und die richtigen Folgerungen zieht.

Dank

In Diskussionen und in schriftlichen Kommentaren haben viele Menschen an der Formulierung dieser Thesen und an deren Begründungen beigetragen. Stellvertretend für manche andere nennen wir insbesondere Götz Brandt; Helmut Creutz; Sancho Dieter Federlein; Michael Frein; Gabriele Gamboa; Franz Groll; Thomas Haberland; Friedel Hütz-Adams; Kris Kunst; Wolfgang Neef; Hans Nollau; Norbert Maak; Alwine Schreiber-Martens. Eckhard Stratmann-Mertens.

Wichtige Anregungen haben wir auch von den Teilnehmern an den Wachstums-Arbeitskreisen auf dem Kapitalismus-Kongress (Berlin, März 2009) und der ATTAC-Sommerakademie (Karlsruhe, August 2009) erhalten.

Allen, die mit uns über diese Thesen diskutiert haben und die uns dadurch bei deren Formulierung geholfen haben, möchten wir an dieser Stelle danken!

¹⁶ Die von uns zusammengestellten Forderungen sind in ähnlicher Form schon von vielen Einzelpersonen und Gruppen erhoben worden. Wir erheben auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben nur die Forderungen, die wir für besonders wichtig halten, in möglichst knapper form zusammengestellt.

4. Presseinformationen

4.1. Was ist linke Umweltpolitik?

Pressemeldung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE, August 2010

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
oekoplattform@die-linke.de

Wie schaffen wir es, zentrale ökologische Probleme zu lösen und die Gesellschaft gleichzeitig zu stärken? Diese und andere Fragen sollen in einer Konferenz am 11.9.2010 im Karl-Liebknecht - Haus in Berlin erörtert werden. Gastgeber sind die Ökologische Plattform und die Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt, Energie und Verkehr der LINKEN.

Der Programmwurf der LINKEN stellt die Zentralität der ökologischen Frage in den Raum und fordert einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Und das zu Recht. Doch das Thema muss noch viel breiter gefasst und konkreter formuliert werden - findet die Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE, die sich seit ihrer Gründung 1994 für ökologische Themen in linker Politik engagiert.

Auf einer Konferenz soll nun gemeinsam mit Referenten aus unterschiedlichen Bereichen diskutiert werden, wodurch sich ökologische Programmatik einer linken Partei auszeichnen muss und wo der aktuelle Programmwurf solchen Vorstellungen bereits gerecht wird. Neben namhaften Mitgliedern der LINKEN, wie Prof. Elmar Altvater, Thies Gleiss und Prof. Wolfgang Methling, konnten auch Axel Kruschat vom BUND Brandenburg und Prof. Holger Rogall von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin gewonnen werden.

Wir wünschen uns eine engagierte Diskussion, nicht nur zwischen den Mitgliedern der LINKEN. Die Konferenz beginnt um 10 Uhr – geplantes Ende ist 16 Uhr.

Das gesamte Programm der Tagung und die Themen der Referate finden Sie im Anhang. Wir freuen uns über eine Vorankündigung in Ihrer Zeitung und auch ein persönliches Erscheinen interessierter JournalistInnen.

Weitere Informationen über die Ökologische Plattform finden Sie unter <http://www.oekologische-plattform.de>

Für Rückfragen steht Ihnen Prof. Götz Brandt, Mitglied im SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform zur Verfügung.

E-Mail: prof.goetz.brandt@t-online.de

Telefon: 03341 475387

4.2. Welche Umweltpolitik braucht DIE LINKE?

Pressemeldung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE, August 2010

Wie schaffen wir es, zentrale ökologische Probleme zu lösen und die Gesellschaft gleichzeitig zu stärken? Diese und andere Fragen sollen in einer Konferenz am 11.9.2010 im Karl-Liebknecht-Haus im Rosa-Luxemburg-Saal in Berlin erörtert werden.

Der Programmentwurf der LINKEN stellt die Zentralität der ökologischen Frage in den Raum und fordert einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Doch, so die Meinung der Ökologischen Plattform, das Thema muss noch breiter gefasst und genauer definiert werden, um diesem Anspruch auch gerecht zu werden. Der SprecherInnenrat der Plattform und die Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt, Energie und Verkehr veranstalten nun eine Konferenz, bei der sich die Anwesenden durch Kurzreferate unterschiedlicher Referenten und einer anschließenden Diskussion ein genaueres Bild machen können. Dieses soll sich dann letztlich in Änderungsanträgen bei dem aktuellen Programmentwurf konkretisieren.

Im ersten Referat erläutert Thies Gleiss die zentrale Frage der Ökologie in einem linken Parteiprogramm. Danach kritisiert Axel Kruschat vom BUND Brandenburg den aktuellen Programmentwurf aus Sicht von Umweltverbänden. Über das große Thema „Wirtschaftswachstum“ referiert Prof. Elmar Altvater. Im Anschluss stellt Prof. Holger Rogall, von der Hochschule von Wirtschaft und Recht in Berlin Strategien zur Überwindung der traditionellen Ökonomie - hin zu einer nachhaltigen Ökonomie - vor. Im Abschlussreferat von Prof. Wolfgang Methling werden die Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik definiert.

Wir erhoffen uns eine engagierte und anregende Diskussion - nicht nur zwischen Mitgliedern der LINKEN - und laden alle Interessierten herzlich ein. Um 10 Uhr geht es los – geplantes Ende ist 16 Uhr.

Annette Butscher, Mitglied im SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform

Die Einladung zur Konferenz als PDF gibt es noch einmal im Anhang.*

* Anmerkung d. Red.: siehe Punkt 2., S. 13.

5. Ökologie als zentrale Frage in einem linken Parteiprogramm

Aus dem Audiomitschnitt übertragener und überarbeiteter Text der Rede von Thies Gleiss, Mitglied im Landesvorstand und stellvertretender Landesprecher der LINKEN in Nordrhein-Westfalen.

Einen wunderschönen guten Morgen. Vielen Dank für die Einladung!

Als Vorbemerkung bin ich von meinem Landesverband Nordrhein-Westfalen verpflichtet worden, Kritik zu üben, dass hier vom Podium nur Männer reden. Eine solche Veranstaltung wäre in meinem Landesverband nicht mehr möglich, da hätten die Frauen rebelliert und gesagt: „Da gehen wir nicht hin, zu so einer Veranstaltung.“

Zum Zweiten - etwas zu meiner Person. Ich bin hier eingereiht in eine Professorenriege. Professor bin ich nicht ich, ich bin ganz normaler Betriebsrat in der Metallindustrie, seit vielen Jahren und bin auch gelernter Werkzeugmacher und Maschinenschlosser. Ich bin sozusagen ein ganz normaler Mensch und - wie soll ich das sagen - ein ganz normaler Teil der Industriegesellschaft und habe sehr hautnah erlebt, welche Probleme entstehen. Ich bin aber seit ihren Anfängen in der Umwelt- und Ökologiebewegung aktiv, ich bin sozusagen ein Kind der Anti-Atom-Bewegung und ein Kind der sozialen Veränderungen, die in den letzten 30 Jahren, 40 Jahren passiert sind, und habe immer versucht, das mit klassischer Gewerkschaftspolitik und linker Arbeit zusammenzubringen. Und von daher meine ich etwas sagen zu können. Ich war auch schon mal von der Ökologischen Plattform eingeladen worden. Das fand ich eine schöne Veranstaltung, die ich in guter Erinnerung habe; wo wir über eine ähnliche Problematik gesprochen haben.*

Ich weiß nicht, wer das Programm gelesen hat. Ich habe jetzt mehrere Veranstaltungen zur Programmdiskussion gemacht. Ich beginne sie meistens mit der Frage: Wer hat diesen Programmentwurf gelesen, damit ich ungefähr weiß, auf was ich mich einlassen kann. Aber ich gehe mal davon aus, ihr seid die hochmotivierteste Strömung in der Partei, Ihr habt das alle brav gelesen und sehr kritisch durchforstet, mit Anmerkungen usw. Ich will auch gar nicht auf diesen Text eingehen außer mit der anerkennenden Bemerkung, dass gegenüber den „Eckpunkten“, die zur Gründung der Partei DIE LINKE vorgelegt wurden, ein wenig oder eigentlich sogar viel mehr versucht wurde, Systematik reinzubringen: Wie funktioniert diese Gesellschaft? Auf welcher Seite in dieser Gesellschaft stehen wir, und welche politischen Ziele leiten wir daraus ab? Das halte ich für grundsätzlich die wichtigste Aufgabe eines Pro-

* Anmerkung d. Red.: Workshop der Ökologischen Plattform „Linke ökologische Gesellschaftsstrategie für das 21. Jahrhundert“ am 26. November 2005 in Berlin mit Winfried Wolf und Thies Gleiss.

gramms. Es gibt dieses wunderschöne Bonmot: „Wer nicht weiß, wo er hin will, der wird sich wundern, wo er ankommt.“ Und von daher ist die erste Aufgabe in einem Programm, dass erklärt wird: Durch was wollen wir die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ablösen? Es ist wichtig für uns als **Mitglieder und Sympathisanten**, als AnhängerInnen, ein Identifizierungsmerkmal oder mehrere **Identifizierungsmerkmale** zu haben. Das ist vielleicht die **wichtigste Funktion**, die ein solches Programm hat. Und da, glaube ich, kann man sagen, dass wir eine ziemlich mutige Entscheidung getroffen haben, indem wir erklären, wir wollen eine sozialistische Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus haben. Das ist insofern mutig, weil der Sozialismus in den letzten Jahrzehnten ein ziemliches „Loser“-Image gehabt hat, wegen der konkreten Erfahrungen, die für die beiden großen Strömungen, die sich im weitesten Sinne auf den Sozialismus bezogen haben - nämlich der Sozialismusversuch in den osteuropäischen Staaten, für Deutschland vor allem in der DDR, und die sozialistischen Bemühungen der Sozialdemokratie - in einem ziemlichen Fiasko geendet sind. Die Linke, die sozialistische Linke nach 1989, ist in ein tiefes Loch reingefallen. Sie muss erst einmal versuchen, dieses „Loser“-Image loszuwerden. Und wenn wir jetzt im Programm schreiben: Wir wollen eine sozialistische Partei aufbauen, wir wollen eine sozialistische Gesellschaft haben, ist das für mich eine deutliche, klarere Feststellung gegenüber den „Eckpunkten“. Darüber bin ich sehr froh, und ich finde es darüber hinaus auch sehr mutig.

Wenn man diese Funktion des Programms mal beiseite lässt, gibt es noch zwei andere Funktionen, die ein Programm erfüllen muss. **Eine Funktion ist: Wir müssen uns als Partei gegenüber den anderen Parteien in irgendeiner Weise abgrenzen.** Es gibt beim Bundeswahlleiter, glaube ich, 104 registrierte Parteien in Deutschland, und wir müssen deutlich sagen, warum haben wir uns als eigenständige Partei gegründet. Sozusagen der Blick von außen auf uns. Wir müssen auch **von außen erkennbar sein**. Und da braucht man sich, glaube ich, gar nicht lange aufhalten, da ist die Partei DIE LINKE mit diesem Programmwurf so was von eindeutig zu verorten, dass wir uns ganz zufrieden zurücklehnen können. Wir sind die Partei der Linken. Es käme kein Unternehmer, wenigstens kein nennenswerter Unternehmer, auf die Idee, diese Partei zu unterstützen, zu fördern oder sich gar in ihr zu organisieren. Wir sind die Partei, die eine andere Art der Produktionsweise und Gesellschaft aufbauen will, das ist unser wichtigstes Alleinstellungsmerkmal: Von den 104 Parteien gibt es vielleicht noch zwei oder drei andere, die sich auch darum bemühen, aber der Rest hat sich eigentlich organisiert, den Kapitalismus und die herrschende Produktionsweise zu lobpreisen, zu verteidigen und irgendwie schönzureden. Wir sind auf der anderen Seite. Das wird in dem Programm ganz deutlich. Deswegen kann man sich meiner Ansicht nach fast schenken, darüber groß zu rasonieren. Ich sage das deshalb, weil wir in

der Partei teilweise von Strömungskämpfen gebeutelt sind. Die einen wollen, dass wir nach links, die anderen wollen, dass wir uns nicht mehr nach links wagen. Wenn man nur diese Sicht von außen auf uns nimmt, dann sind die ganzen Strömungskämpfe, die die Partei sich leistet, eigentlich völlig überflüssig. In der öffentlichen Wahrnehmung wird überhaupt nicht differenziert. Unsere WählerInnenschaft und AnhängerInnenschaft weiß schon, wer wir sind, und in den konkreten Auseinandersetzungen wissen auch die Menschen jeweils, wo der Mensch, der sich als Linker outet, herkommt. Das ist ganz eindeutig, aber es ist trotzdem wichtig, das mal zu sagen, weil, wenn man sich die Programmdiskussion anschaut, die in den letzten Wochen losgegangen ist, dann gibt es merkwürdigerweise eine Differenz oder einen Wunsch von bestimmten Teilen auch aus unserer Partei, dass man den Kapitalismus in irgendeiner Weise als fortschrittliche und zivilisatorische Kraft mehr loben muss. Ich kann das nicht verstehen. Also erstens gibt es genügend Parteien, die das machen, deswegen wäre es verzeihlich, wenn wir da ein bisschen nachlässig sind. Aber es wundert mich an der gegenwärtig ablaufenden Debatte zusätzlich, dass aus Teilen der Partei dem Programmwurf vorgeworfen wird, er wäre zu schwarz-weiß, zu kapitalismuskritisch und die Errungenschaften des Kapitalismus würden dort nicht genügend gewürdigt werden. Das, glaube ich, ist eine Auffassung, die, wenn man sich die Realität des weltweiten kapitalistischen Systems anschaut, einfach nicht nachzuvollziehen ist. Wir haben eine Weltordnung, die es sich leistet, dass eine Milliarde Menschen an Hunger leidet, d. h. der tägliche Überlebenskampf ist für die jeden Tag nicht entschieden. Wir haben eine Weltordnung, die es sich leistet, dass eine weitere Milliarde Menschen, die aufgrund historischer Entwicklungen nichts anderes hat, als die Arbeitskraft zu verkaufen, um zu überleben, dass die keine Beschäftigung oder keine ausreichende Beschäftigung findet. Wir haben eine Weltordnung, wo zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer gesicherten Abwasserentsorgung haben. Wir haben eine Weltordnung, wo drei Milliarden Menschen, fast die Hälfte, ökonomisch an der Armutsgrenze oder darunter lebt und somit nicht genügend materielles Einkommen hat, um sich das tägliche Überleben zu organisieren. Und gleichzeitig haben wir eine Weltordnung, die es sich leistet, dass eine Billion Euro jedes Jahr für Waffen ausgegeben wird, d. h. für Instrumente, sich gegenseitig abzuschlachten. Diese Zahlen, die sind ja relativ übersichtlich und wer sich die anschaut, der wird feststellen, das kapitalistische Weltsystem ist allenfalls ein Minderheitenregime, das Vorteile und Fortschritte und stetige Steigerung des Wohlergehens nur für eine Minderheit in der Gesellschaft bringt. Und das zu loben, wie gesagt, das zu loben, das fällt mir außerordentlich schwer! Und dieses Urteil wird noch deutlicher, wenn man sich dem Thema zuwendet, das wir heute hier diskutieren, die umweltzerstörerischen Potenziale dieses Gesellschaftssystems.

Wir haben – ein bisschen philosophisch oder ein bisschen von der Zielsetzungsfrage her betrachtet – ungefähr vier große Themen, vier große Fragestellungen, die die Menschen beschäftigen, und wo Utopien entwickelt werden, wie eine Gesellschaft aussehen soll, in der es sich zu leben lohnt. Und von diesen vier großen Fragen beantwortet der Kapitalismus nicht eine einzige ausreichend! Die drei ersten sind relativ simpel: Es wird deutlich an den Fakten, die ich eben kurz aufgelistet habe. Das kapitalistische System ist nicht in der Lage, das simple Überleben der Menschen zu organisieren. In dem Ausmaß, in dem Hunger existiert, kann man davon ausgehen, ist es nicht in der Lage, das Überleben des Menschen als Individuum sicherzustellen. Es ist auch nicht in der Lage, ein kollektives Überleben sicherzustellen. Der Kapitalismus rottet den Krieg nicht etwa aus, er zivilisiert den Umgang mit Konflikten nicht etwa, sondern der Kapitalismus hat, wie wir in unserer Programmdiskussion ein paar Mal zitiert haben, den Krieg in sich wie die Wolke den Regen. Der Kapitalismus ist auch nicht in der Lage, die dritte große Frage, das dritte große Thema der Menschheit zu lösen, nämlich eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, die von demokratischer und politischer Selbstverwaltung und politischer Freiheit geprägt ist. Wir haben keinen einzigen Staat in dieser Welt, wo man sagen kann, dass die Demokratie umgesetzt ist. Das wird deutlich in den Berichten, die von entsprechenden Menschenrechtsorganisationen kommen. Der Kapitalismus ist ein Sammelsurium von Unterdrückungsmechanismen mit den entsprechenden Ideologien. Und jetzt haben wir als vierte große Frage, dass wir eine Gesellschaftsordnung brauchen, die die natürlichen Ressourcen und die natürliche Umwelt, in der die Menschen leben, einigermaßen intakt hält und nicht rücksichtslos ausbeutet. Und auf diese Frage gibt der Kapitalismus genauso wenig wie auf die anderen eine befriedigende Antwort und ist selbst kein System, das eine Lösung vorantreibt. Das ist die Ursache dafür, dass man sagen kann, dass das **Thema Umwelt und Umweltzerstörung zu einem weiteren sogenannten Jahrhundertthema geworden ist wie die anderen sozialen Fragen Krieg und Frieden, soziale Demokratie und kulturelle Entwicklung gegen Unwissen und Aberglauben**. Und wenn man die Frage beantworten will, welchen Stellenwert hat dieses Thema in einem Programm einer linken Partei, da muss man ganz einfach nur antworten: Das hat genau diesen Platz wie die anderen drei großen Themen auch. Wenn es fehlt, gibt es in dem Programm eine riesig große Lücke.

Dieses Jahrhundertthema ist meiner Ansicht nach ein Thema, wo wir feststellen können, dass mehr noch als bei den anderen Themen – die jetzt schon als ständige, normale Begleiterscheinungen des Kapitalismus wahrgenommen werden, die Menschen tief verunsichert sind. Listigerweise wird das daran deutlich, dass es in der Umweltdiskussion fast eine Inflation des Wortes „Revolution“ gibt. Wir haben gerade dem Schauspiel eines Prozesses beige-

wohnt, der das Funktionieren des Kapitalismus sehr anschaulich demonstriert: Dass die Atomenergie sich durchgesetzt hat bei der Bundesregierung zur Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Und diesen Anlass nimmt sich Angela Merkel, die Bundeskanzlerin, um zu sagen, sie hätten eine Revolution ausgelöst. (*Heiterkeit*) Bei Berichten von Umweltinstituten, internationalen und auch deutschen, auch selbst Instituten, die von CDUlern geführt werden, da wundert man sich, wie häufig das Wort Revolution drauf steht, eine Effizienzrevolution, eine Reduktionsrevolution, überall muss eine Revolution ausgeführt werden, um das Problem angeblich zu lösen. Die haben auch keine Scheu. Wenn man sagt, soziale Gerechtigkeit braucht eine Revolution, dann wird man sofort ausgegrenzt und ausgesondert als linksradikales Dinosaurierwesen. Aber in der Ökologiefrage ist es offensichtlich ein ganz Leichtes. Das sollte sich die Linke zu Herzen nehmen, um ebenfalls zu sagen, ja wohl, wir brauchen diese Revolution. Das wird hoffentlich in den anderen Beiträgen deutlich, dass in der Umweltfrage diese Radikalität ein unerlässliches Attribut sein muss in der Analyse des Kapitalismus. Ich finde es nur auffällig, dass es die herrschenden Verhältnisse in dieser Frage noch relativ leicht machen. Man sollte deshalb nicht abwarten, bis das Thema wieder durch so Integrationsmaschinen gelaufen ist und dann irgendjemand sagt, dass geht alles ganz langsam und gemächlich und wir müssen hier abwarten, dass sich automatisch die Selbstkorrekturen entwickeln. Nein, nein, wir brauchen eine Revolution, und das wollen wir im Weiteren ja heute auch diskutieren.

Alle diese großen Themen, die ich aufgelistet habe - auch das Umweltthema - sind Auslöser und das Fundament für reale soziale Bewegungen, die berühmten Klassenkämpfe, die die Geschichte machen. Und diese sozialen Bewegungen, die sind meiner Ansicht nach der politische Adressat und auch das Milieu, auf das sich eine linke Partei beziehen und in dem sie sich aufbauen muss. Das ist der Hinweis auf eine **dritte Funktion**, die ein Programm haben muss. Also neben Wiedererkennung von außen, Identifizierungsmöglichkeiten von innen ist die wichtigste dritte Funktion, eine **strategische Handlungsanweisung für konkrete Politik** zu geben. Und wenn man mit dieser Fragestellung das Programm überprüft, kommen, glaube ich, die größten Leerstellen zu Tage - auch die größten Widerstände oder Widersprüche. Und wahrscheinlich, ich sage es mal voraus, wird sich die meiste Diskussion in der Partei um diese strategische Orientierung drehen, und ich denke, zu recht. Es ist meiner Ansicht nach zunächst ganz einfach, sich zu positionieren als linke Partei. Man müsste eigentlich nur von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, von der Frauenbewegung, von der Bewegung für Bürgerrechte, für Demokratie, also die, die gerade heute in Berlin demonstrieren und die hier nicht teilnehmen können, von der Bewegung gegen nationale Unterdrückung und Besatzungsmächte - von all diesen Bewegungen die fortgeschrittensten und radikalsten Forderungen zusammenschreiben, und man

hätte schon ein sehr vorzügliches Programm. Das ist zum Teil nicht geschehen, sondern es wird zuweilen versucht, bestimmte Dinge zu bremsen. Aber ein politisches Programm, was den Anspruch hat zu bremsen, ist für eine linke Partei, glaube ich, nicht ein angemessenes Programm. Und das gleiche gilt dann auch für die Umweltbewegung. Wenn man sich an die Umweltbewegung wendet und nach den radikalsten Forderungen sucht, dann kommt man ganz schnell zu der Feststellung: Da muss eine Revolution her! Wir können die gravierenden Veränderungen, die nötig sind, nicht ohne revolutionäre Maßnahmen herbeiführen. Aber leider haben wir in unserer strategischen Bestimmung diesen Ansatzpunkt nicht entschieden genug gewählt. **Sich an die Spitze von realen Bewegungen zu stellen, um deren Forderungen aufzugreifen, sie zu bündeln und sie weiterzuentwickeln, das wäre die vornehmste Aufgabe einer linken Partei.** Dann wäre es in der Diskussion auch noch deutlich spannender geworden. *(Beifall)* Aber nicht nur in der Umweltbewegung sind wir nach meiner Ansicht im Rückstand. Wenn wir die Diskussion der Frauenbewegung anschauen, dann hat die genauso viel Anlass, die Nase zu rümpfen über das, was die Partei DIE LINKE bisher macht und fordert. In der Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Abschaffung von Ausbeutungsmechanismen, der Frage von Krieg und Frieden ist DIE LINKE eindeutig positioniert, da gibt es überhaupt nichts dran zu rütteln - aber die anderen Bewegungen sind ihr noch ein bisschen suspekt.

Das Programm bemüht sich, zu verorten, in was für einer Gesellschaft wir leben. Auch dort hat der Programmtext einen mutigen Schritt nach vorne gemacht, indem er ziemlich sang- und klanglos und ohne großes Brimborium herum sagt: Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft. Meistens fehlen sogar irgendwelche Beiworte wie finanzmarktgetrieben oder Raubtierkapitalismus. Es heißt schlicht und einfach kapitalistische Gesellschaft, die geprägt ist durch eine spezifische Eigentumsordnung, in der die einen Produktionsmittel besitzen und die anderen, die große Mehrheit auf der Welt, die Produktionsmittel nicht besitzt, sondern die einzige Produktionskraft, die sie hat, ihre Arbeitskraft, als Ware auf einem Markt verkaufen muss. Eine solche Gesellschaftsordnung, in der alle Produkte als Waren auf einem Markt auftauchen, hat für eine linke Positionierung einen zentralen Angriffspunkt: **Diese Eigentums- und Machtverhältnisse müssen aufgehoben werden.** Das finde ich, ist eine sehr einfache und richtige, aber sehr sprengende Feststellung, und jeder, der das Programm im Grunde aufweichen will, wird versuchen, da den Ansatzpunkt zu finden, um zu sagen, wir müssen irgendwelche Formen von privatem Eigentum an Produktionsmitteln gut finden. Ich habe bisher noch nichts gesehen, was daran gut sein sollte, aber die Diskussion wird darüber noch lange anhalten. Diese Feststellung, dass wir im Kapitalismus leben, zwingt uns, wenn wir das Ziel Erhaltung der Umwelt aufgreifen, ein bisschen zu vertiefen, was das bedeutet. Und da können wir meiner An-

sicht nach relativ schnell feststellen, **die kapitalistische Produktionsweise zerstört in ihrem systemischen Funktionieren die Umwelt in einem rasanten Maßstab**. Sie hat kein ökologisches Gewissen. Sie kann es auch nicht entwickeln. Ich vermute mal, der Professor des Marxismus, Elmar Altva-ter, wird das viel deutlicher und noch viel klarer sagen, er hat ja auch Bücher geschrieben, die das viel klarer herausarbeiten; aber es ist Tatsache, dass in der kapitalistischen Wirtschaftsweise alles zunächst mal in eine Ware ver-wandelt werden muss, die auf einen Markt getragen werden muss und dort verkauft werden kann, damit sich der erwünschte Gewinn verwirklicht. Diese Tatsache setzt voraus, dass die Ware, um Ware zu werden, einer ökonomi-schen Zurichtung unterzogen wird. D. h. sie muss befreit werden von allen möglichen Begleiterscheinungen, die müssen externalisiert werden. Als Ge-schäftsgrundlage muss deutlich werden, was ich produziere, was ich auf den Markt bringe. Und möglichst wenige andere sollten das gleiche produzieren, damit ich viel verkaufe und einen möglichst hohen Gewinn erziele. Diese ökonomische Zurichtung zur marktkompatiblen Ware hat eine Entwicklung herbeigeführt, einen Prozess der zunehmenden Parzellierung. Heute ist es so, dass buchstäblich mit einzelnen Atomen oder mit Genen, also wirklich den kleinsten Bausteinen, die wir in der Natur vorfinden, Geschäfte gemacht werden, unabhängig von all den Dingen, Zusammenhängen, wie sie entste-hen. Die Geschäftsgrundlage der einzelnen auf dem Markt auftretenden Ak-teure muss **immer mehr die vorgefundenen Kreisläufe und Prozesse ig-norieren und parzellieren**. Sie unterliegt einer Arbeitsteilung und all den Dingen, von denen die ökonomische Zurichtung zur Ware abhängt, um dann mit derart geformten Waren auf dem Markt auftreten zu können. Diese zu-nehmende Parzellierung steht allerdings in einem schreienden Widerspruch zu einer zweiten weltweit und historisch fortlaufenden Tendenz. Nämlich ei-ner **wachsenden Zentralisierung**, - d. h. das genaue Gegenteil von Parzel-lierung – einer Zentralisierung der **Besitz und Eigentumsverhältnisse**. Das ist der große, prägende **Gegensatz** im Kapitalismus. Der Gegensatz aus zu-nehmender Parzellierung auf der einen Seite und zunehmender Zentralisie-rung auf der anderen Seite. Das führt dazu, dass das Kapital auf viele andere Dinge Rücksicht nehmen kann, aber nicht auf die Natur. Große zentralisierte Kräfte, wie in Deutschland beispielsweise die Atomindustrie, große zentrali-sierte Mächte und Verwalter von zentralisiertem Eigentum sind erkonserva-tiv. Sie blenden alles aus, was die Geschäftsgrundlage ihres Erfolgs und ihrer Macht gefährden könnte. Und deswegen ist die erste ökologische Antwort auf den Kapitalismus: Man muss an diesen beiden Tendenzen einen radikalen Bruch organisieren. **Die zentralisierten Eigentumsverhältnisse stehen im Wege, Revolution ist angesagt, und die Parzellierung steht im Wege: Man muss zurück zu Kleinräumigkeit und zur Ganzheitlichkeit. Das muss im Mittelpunkt einer gesellschaftlichen Vision einer Alternative zum Kapitalismus stehen.**

Die ökonomische Zurichtung, die der Kapitalismus der Natur aufzwingt, die hört natürlich nicht da auf, was ich eben beschrieben habe, bei der einzelnen Verwandlung in Waren, um sie auf den Markt zu bringen. Die ökonomische Zurichtung des kapitalistischen Weltsystems ist ebenso offenkundig. Das kapitalistische Weltsystem hat sich die gesamten, vorgefundenen natürlichen Ressourcen, historische Prozesse und geographische Realitäten unterworfen. Es hat die Welt nur nach ökonomischen Kriterien aufgeteilt: In Funktionsgebiete des Tourismus, Handels, des Rohstoffabbaus sowie Ballungszentren, in denen die große Masse an Arbeitskräften und Konsumenten der Massenprodukte lebt; und das Ganze wird durchzogen von zentralisierten Verkehrsadern. Diese ökonomische Zurichtung der Welt kann ebenso wenig Rücksicht nehmen auf historische Entwicklungen, auf Interessen von indigenen Völkern, auf biologische und geologische Kreisläufe. Diese ökonomische Zielrichtung wird der Welt aufgepfropft, auch da gibt es eben kein ökologisches Gewissen. Dieser Prozess der kapitalistischen Ökonomie basiert - das wird Elmar als geschulter Marxist auch viel besser sagen können, als einer wie ich, der Elmars Bücher nur liest - basiert letztendlich auf einem Zeitregime, das die einzelnen Waren miteinander austauschbar macht. Vermittelt über Geld, die allgemeingültige Ware, sind die Waren auf dem Markt auf Basis der Zeit austauschbar, die nötig war, diese Ware zu produzieren. Es ist ein rein quantitatives Maß- und Mess- und Ausgleichssystem. Ein solches Zeitregime steht in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den zeitlichen Prozessen und Kreisläufen, die die Natur vorgibt. Und von daher ist es eben kein Wunder, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung insgesamt viel mehr als alle vorherigen Gesellschaftsordnungen dazu beigetragen hat, dass die vorgefundene geordnete Ungleichverteilung von Rohstoffen und von natürlichen Vorbedingungen einer Produktion durch die kapitalistische Warenproduktion immer mehr zu einer ungeordneten Gleichverteilung verwandelt wird. Das beste Beispiel ist der Eingriff des Menschen in den Kohlenstoffkreislauf. Es ist in der Klimadebatte völlig unstrittig, dass **die kapitalistische Produktionsweise in immer rasanterem Tempo den auf der Welt vorhandenen und in fossilen Rohstoffen gebundenen Kohlenstoff durch Verbrennungsprozesse weltweit immer mehr in der Atmosphäre verteilt. Das ist die zentrale Ursache für die Klimazerstörung.** Aber dieser Mechanismus gilt für jedes andere Produkt, das sich in eine Ware verwandelt, auch. Wenn man die Erde als ein geschlossenes System betrachten würde, was sie natürlich nicht ist, weil Energiezufluss und auch Energieabsonderung passieren, wenn man sie aber modellartig als ein geschlossenes System betrachten würde, dann würden in ihr gnadenlos die thermodynamischen Gesetze gelten. Man würde feststellen, **der Kapitalismus ist die Wirtschaftsordnung, die am rasantesten die Entropie vorantreibt.** D. h. diesen Prozess, dass alle Stoffe und Energieträger gleichmäßig verteilt werden, und damit die strukturierte Ungleichverteilung, die die eigentliche Grundlage für

wirtschaftliches Handeln und überhaupt Leben ist, einer unstrukturierten Gleichverteilung weicht. Diese grundlegenden Funktionsweisen des Kapitalismus führen dazu, dass sich ein Zeit- und Raumregime durchsetzt, was mit den ökologischen, biologischen Wirklichkeiten eben nicht kompatibel ist. Deswegen kann man sagen, **der Kapitalismus ist nicht in der Lage, ökologisch zu wirtschaften**. Oberflächlich betrachtet wird die vielleicht schrecklichste Wirklichkeit dieser Warenwirtschaft dann deutlich, wenn man feststellt, dass es ein Wirtschaftssystem ist, was nur auf den Markt verkaufbare Waren und eben keine Gebrauchswerte produziert, also das, was von den Menschen gewollt oder nützlich ist. Eine solche Wirtschaftsweise baut auch alle Grenzen ab, die begrenzen würden, was gut oder nützlich oder was schädlich ist. Das spielt überhaupt keine Rolle. Der Kapitalismus produziert eine gewaltige, komplett synthetische Welt von Produkten und Dienstleistungen, die absolut überflüssig sind im Sinne eines Fortkommens der Zivilisation oder des menschlichen Lebens, nur Waren, die verkaufbar sind, aber sonst nichts. Angefangen bei solchen Dingen wie Werbung, über Drogen, über viele völlig unnütze und überflüssige Produkte bis zu Rüstungsprodukten und Waffen, die ausschließlich wegen ihres zerstörerischen Gebrauchswerts produziert und verkauft werden. Diese Umkehrung der Sinnhaftigkeit, das ist der Grundcharakterzug der kapitalistischen Produktionsweise. Sie schafft Werte, aber keine Gebrauchswerte. Und daher kann man feststellen, dass jeder einzelne Akteur in diesem Gesellschaftssystem gezwungen ist, extrem rational planwirtschaftlich zu handeln, aber dass das Gesamtsystem extrem irrational ist. Und das hat zur Folge, dass **das kapitalistische System, das System ist mit der größten Verschwendung und Vergeudung an Rohstoffen und an Energie**. Periodische Krisen und langanhaltende Strukturkrisen sind unvermeidlich, und diese Krise ist verbunden mit einer gewaltigen Vergeudung von Energie, von Rohstoffen und ist nur aufzuheben, wenn dieser Mechanismus der Warenproduktion durchbrochen wird.

Ich muss jetzt einen rasanten Schlussbogen finden, weil meine Zeit begrenzt ist. Das eigentlich Interessante an der strategischen Diskussion, die ich aus der grundsätzlichen Funktionsweise des Kapitalismus ableite, ist im Programm ganz gut formuliert. **Der Kapitalismus ist ein Prozess der permanenten Enteignung**. Die arbeitenden Menschen, die werden ihrer Produktionsmittel enteignet, den heute arbeitenden Menschen wird regelmäßig ein Teil ihres Lohnes enteignet als Basis für Kapitalbildung und für Profit. **Diesem Prozess der Enteignung muss ein Kampf um einen langen Prozess der Wiederaneignung entgegengesetzt werden**. Das ist meiner Ansicht nach die erste zentrale Botschaft, und das bedeutet, um auf die Ökologie zurückzukommen, **eine Umweltpolitik, die diese radikale Wiederaneignung zum Programm erhebt**. Man muss zwei Dinge machen: **Erstens: Die großen Akteure müssen vergesellschaftet werden**. Es gibt keine Zukunft für große

private Elektrizitätskonzerne, Automobilkonzerne, Chemiekonzerne. Es ist völlig abwegig, sich vorzustellen, dass eine Chemieindustrie, die seit Jahrzehnten mit halogenisierten Kohlenwasserstoffen Geschäfte macht und sie auf dem Markt verkauft - wobei jedes einzelne dieser Produkte zerstörerisch ist - , dass die davon Abkehr nimmt. Es ist nicht vorstellbar, dass ein Elektrizitätskonzern systematisch zum Stromsparen aufrufen kann oder einer Umstellung seiner Geschäftsgrundlage zustimmen wird. Wir haben das gerade sehr anschaulich demonstriert bekommen - d. h. Enteignung der großen Akteure und Vergesellschaftung der großen Akteure ist nötig. **Zweitens ist eine ökologische Strategie für diejenigen erforderlich, die sich dem Kapitalismus entgegensetzen bzw. potenziell entgegensetzen können.** Es gibt sehr radikale Umweltbewegungen, weltweit. Sie blockieren, sie besetzen Bauplätze, sie sagen einfach nur nein – sie sind im positiven Sinne konstruktive Verweigerungsbewegungen. Eine linke Partei muss an der Spitze dieser Verweigerungsbewegung stehen - und selbst dann, wenn diese Verweigerungsbewegung in einen Konflikt gerät mit anderen Interessen. Der klassische Konflikt ist, dass wir neue Kohlekraftwerke verhindern und mit den Menschen, die das verhindern wollen, sehr aktiv in einer Bewegung stehen - auf der anderen Seite gibt es aber Beschäftigte, die genau das Gegenteil wollen. Und trotzdem muss eine linke Partei strategisch beides machen. Sie muss die Bevölkerung unterstützen in der Verhinderung von neuen Großkraftwerken, und sie muss die Beschäftigten unterstützen in der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. Das ist ein nur im gemeinsamen Kampf aufhebbarer Widerspruch. Wir verteidigen Einkommen und Lebensqualität. Niemand darf Verluste erleiden. Und die Verbindung, die Aufhebung dieses Widerspruchs liegt in einem Prozess der Wiederaneignung und Änderung der Eigentumsverhältnisse. Erst dann ist die Grundlage geschaffen für eine Debatte und eine demokratische Entscheidung über Konversion von Produktionen, neue Produkte usw. Diese beiden Pole darf die linke Partei nicht vergessen. Wir müssen gleichzeitig dahin kommen, dass die klassischen Kämpfe, mit denen ich groß geworden bin, Gewerkschaftsbewegung, Arbeiterbewegung, dass die in sich ökologisiert werden. Es ist mir nicht begreifbar, warum die Gewerkschaft, die viele Dinge tariflich regelt, nicht auch die Frage, was und wie etwas produziert wird, aufgreift und tariflich zu regeln versucht. Der stoffliche Charakter der Produktion, wie es so schön marxistisch heißt, wird leider ausgeblendet. Es gibt ganz wenige Tarifverträge, ich kenne ein paar von der Gartenbaugewerkschaft, die versucht hat, bestimmte Sachen in dieser Richtung zu regeln. Alles andere ist noch ein ganz weites, ungelöstes Feld, ist auch machtpolitisch ungelöst, weil solche ökologischen Fragen offiziell nicht zu den Aufgaben von Betriebsräten zählen. Das sollte es aber. Wir müssen Vetorechte für Betriebsräte ausbauen, die einfach sagen können müssten: Ihr zerstört die Umwelt; wir verweigern die weitere Produktion, ohne dass ihr uns rausschmeißen dürft. Wir müssen zu etwas kommen, was ich für eine ganz radikale Forderung halte,

weil sie auf dem ersten Blick so harmlos ist: Nämlich dass die Fahrt zur Arbeit als Arbeitszeit bezahlt wird. Das ist die einzige Antwort auf die Zersiedelung und diese fürchterliche, vom Automobil geprägte Gesellschaftsordnung. Die Bezahlung der Fahrtzeit als Arbeitszeit. Das ist die einzige Alternative zu der fälschlicherweise auch von der LINKEN unterstützten Entfernungspauschale. Es gibt einen einzigen Tarifvertrag von ver.di, die das für große Krankenhäuser geregelt hat, dass die Arbeitszeit am Tor beginnt. Die Zeit zu den Stationen ist dann schon die Arbeitszeit. Das kann man auf alle Arbeitswege ausdehnen. Das würde einen Effekt in die richtige Richtung auslösen, der ähnliche Größenordnung hätte wie der Effekt der Kilometerpauschale bei der Entwicklung zur Automobilisierung in dieser Gesellschaft mit all ihren verheerenden ökologischen Folgen.

Wenn man all diese Dinge zusammenfasst und zurückkommt zum Anfang, auf die Frage, wie wollen wir das „Loser“-Image des Sozialismus beseitigen, was heißt, moderne Sozialistinnen und Sozialisten zu sein, dann ist es meiner Ansicht nach opportun zu sagen, wir lassen es uns nicht nehmen, eine kleine Vorsilbe zu verlangen: **Nennen wir uns also Ökosozialistinnen und Ökosozialisten!** Dann wird deutlich, dass das neue Jahrhundertthema von uns ernster genommen und programmatisch verankert wird! (*Beifall*)

6. **Müssen die Industriestaaten das Wirtschaftswachstum bereits heute einstellen und den Rohstoff- und Energieverbrauch drastisch senken?**

Aus dem Audiomitschnitt übertragener, überarbeiteter und leicht gekürzter Text der Rede von Prof. Dr. Elmar Altvater, Freie Universität Berlin

Wenn wir über Ökologie reden, reden wir tatsächlich über etwas, was mit dem Ganzen des Planeten Erde und des Lebens auf ihm zu tun hat. Daher ist die Ökologie auch in der Programmdiskussion der Partei DIE LINKE nichts Spezielles, sondern ein Querschnittsthema. Wir leben in der Natur, wir leben mit der Natur, wir leben unter den von Thies Gleiss schon vermerkten thermodynamischen Gesetzen der Material- und Energietransformation, und wir leben auch mit den Gesetzen der Evolution allen Lebens, die wir nicht verletzen können, nicht verletzen dürfen bei Strafe des Untergangs der Menschheit. So dramatisch ist das Ganze. Also alle sind Ökologen, und wenn sie nicht Ökologen sind, dann sind sie zum Aussterben verurteilt, wie es den Dinosauriern passiert ist. Infolgedessen müssen alle Ökosozialisten sein, wenn sie Sozialisten sind. Ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist ein ökologischer Sozialismus, oder er ist kein Sozialismus. Wir können nicht auf der Natur so herumtrampeln, wie es in der Vergangenheit der kapitalistischen Entwicklung geschehen ist, wenn wir denn überhaupt eine Zukunft haben wollen, wenn wir also in Raum und Zeit weiter leben wollen. Thies Gleiss hat vom Raum- und Zeitregime gesprochen, aber nur von dem kapitalistischen, und wir müssen sehen, dass wir unser eigenes Raum- und Zeitregime entwickeln, das unserer Natur angemessen ist - unserer menschlichen Natur in der Natur insgesamt.

I.

Das Thema, das mir vorgegeben worden ist, ist eine Frage: Müssen die Industriestaaten das Wirtschaftswachstum bereits heute einstellen und den Rohstoff- und Energieverbrauch drastisch senken. **Darauf könnte man mit einem simplen Ja antworten**, und ich könnte mich hinsetzen und Deiner Bitte, sich möglichst an die Zeit zu halten, hundertprozentig entsprechen. So einfach will ich's mir und vor allem Euch nicht machen, auch wenn eine Lockerungsübung mit etwas Diskussion usw. angebracht wäre.

Wir leben in einer widersprüchlichen Welt. Diese ist erstens von einem verbreiteten **Wachstumsfetischismus** gekennzeichnet. Das haben unsere famose Bundeskanzlerin und ihre Koalition vor etwa einem Jahr mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz bestätigt - und sie lachen noch nicht einmal darüber, wenn dieser Begriff benutzt wird. Denn das ist gang und gäbe,

die OECD gibt eine Serie als „Flagship Publication“ heraus, und zwar unter dem Titel „Going for growth“. Also mit dem Wachstum weitermachen und die Bedingungen eruieren, wie Wachstum auch dauerhaft hergestellt werden kann. Wenn wir die Weltbankpublikationen, die des Internationalen Währungsfonds, oder jene des amerikanischen Council of Economic Advisors des US-Präsidenten anschauen, werden wir belehrt, dass Wachstum gut ist – für alles: „Growth is good for the poor“ – Wachstum ist gut für die Armen, Wachstum ist gut für den Budgetausgleich, Wachstum ist gut für die Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum ist gut für die Arbeitsplätze. Das sagen auch die meisten Gewerkschafter, die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und selbst die linke Regierung unter Präsident Lula in Brasilien hat 2007 ein „Programm der Wachstumsbeschleunigung“ erlassen. Wir haben also ein riesiges Problem auch innerhalb der Partei DIE LINKE: Der Zeitgeist, und davon ist niemand ganz frei, ist mehr als wachstumsfreundlich, er ist wachstumstrunken.

Auch innerhalb der Programmkommission, an der ich mitgewirkt habe, war es gar nicht einfach, sich mit der Frage des Wachstums auseinanderzusetzen. Es gibt ganz unterschiedliche Positionen, die nicht ohne Weiteres geglättet werden können. Damit müssen wir leben. Wenn Thies Gleiss also die mangelnde Konsistenz des Programmentwurfs in manchen Fragen herausgestellt hat, so kann ich dem zustimmen. Es stimmt vollkommen. Aber es waren bestimmte Kompromisse notwendig, und manche Kompromisse sind nicht so, dass dann hinterher etwas Konsistentes herauskommt. Das Wort vom „faulen Kompromiss“ kommt ja nicht von ungefähr. Wir müssen mit diesem Widerspruch irgendwie umgehen. Denn eine Partei, die Einfluss gewinnen will, die hegemonial werden möchte, muss sich innerhalb der Widersprüchlichkeit von Konsistenz auf der einen Seite – die man natürlich anstreben muss – und der Pluralität verschiedenster Positionen und Strömungen auf der anderen Seite entfalten. In diesem Widerspruch existieren wir, mit dem müssen wir umgehen, da müssen wir Lösungen erarbeiten, die tragfähig sind und dem gemeinsamen Ziel, eben hegemonial zu werden, nicht widersprechen.

Also haben wir auf der einen Seite den Wachstumsfetischismus, von dem auch DIE LINKE nicht ganz frei ist. Wie sollte sie auch, angesichts des Zustands der ökonomischen Theoriebildung an den Universitäten oder in den Wirtschaftsforschungsinstituten, im Sachverständigenrat usw., die ja fast ausnahmslos dem Fetischismus des Wachstums verfallen sind? Wir dürfen aber nicht vergessen oder übersehen, dass es inzwischen auch **eine wachsende (!) Wachstumskritik** gibt. Viele von Euch werden vor einigen Wochen mitbekommen haben, dass laut einer Emnid-Umfrage, die breit kommentiert worden ist, 88 % der Befragten, also $\frac{9}{10}$ der deutschen Bevölkerung, eher wachstumskritisch eingestellt sind.

(Einwurf: 90 % fordern allerdings weiteres Wachstum!)

Zunächst einmal sind sie wachstumskritisch. Natürlich ist damit der Wachstumsfetischismus, auf den ich hingewiesen habe, nicht überwunden. Diese Widersprüchlichkeit geht manchmal durch jeden Einzelnen hindurch: auf der einen Seite wird Wachstum gewünscht, auf der anderen Seite aber sieht man doch erschrocken, was für Schäden im Zuge des Wachstums angerichtet werden, und dass die Versprechen des Wachstums, nämlich ein Ausgleich von Einkommen innerhalb der Gesellschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen etc. nicht zu halten sind. Das nährt die Wachstumskritik, und daran muss man anknüpfen. Denn das sind die Anknüpfungspunkte für eine linke Politik, für eine linke Strategie im beginnenden 21. Jahrhundert.

II.

Wachstum und zwanghafter Wachstumsfetischismus einerseits und Wachstumskritik andererseits haben eine historische Dimension. Seit wann gibt es den Wachstumsfetischismus überhaupt? Der ist uns doch nicht angeboren, der ist nicht genetisch bedingt. Während 99,9 % der Menschheitsgeschichte (vielleicht sogar noch ein bisschen mehr) hat es keinerlei Wachstumsdiskurs gegeben – weil es kein oder nur geringfügiges Wachstum gegeben hat. Die konkrete Wachstumsrate summiert sich aus Bevölkerungszunahme und Produktivitätsentwicklung. Das Bevölkerungswachstum betrug im Durchschnitt aller Kontinente seit Christi Geburt etwa 0,2 % pro Jahr, rechnet der Statistiker Angus Maddison (für die OECD zum Millenniumswechsel im Jahr 2000) aus. Die Produktivitätsentwicklung war über Jahrhunderte hinweg zu vernachlässigen. Das Bevölkerungswachstum war daher bis zur industriellen Revolution die wichtigste Quelle des Wachstums, und die hing von der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ab. Das ist der rationale Kern der Bevölkerungslehre von Robert Malthus, die er um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert verfasste. Wachstum und die Beschleunigung des Wachstums, das hat ja nicht erst Angela Merkel erfunden, ist eine kapitalistische Großtat, wenn man so will. **Seit der industriellen Revolution wächst die Wirtschaft realiter pro Kopf in den Industrieländern mit durchschnittlich 2,2 % pro Jahr - trotz aller Wirtschaftskrisen, trotz aller kriegerischen Katastrophen.** Das bedeutet, dass von einer Generation zur nächsten Generation der Lebensstandard (gemessen als reales Pro Kopf-Einkommen) sich verdoppelt. Es ist nicht nur quantitativ viel mehr da, sondern es findet auch eine qualitative Veränderung statt. Das ist **etwas ganz Außerordentliches in der Menschheitsgeschichte**, denn nur in den vergangenen 200 Jahren der Hunderttausend Jahre zählenden Menschheitsgeschichte hat es das gegeben.

Was ist da eigentlich passiert? Diese Frage bringt uns wieder zurück zum Kapitalismus, denn diese Wende der industriellen Revolution war eine kapitalistische Revolution. Das, was Marx als den Übergang von der absoluten zur relativen Mehrwertproduktion oder von der formellen zur reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital bezeichnet - und wir müssen heute natürlich hinzufügen: nicht nur die **reelle Subsumtion der Arbeit, sondern auch der Natur unter das Kapital** - ist etwas, was zuvor noch nicht passiert ist. Nicht das Bevölkerungswachstum bestimmt nun die Höhe der ökonomischen Wachstumsrate, sondern die Zunahme der Produktivität der Arbeit. Die große Industrie entsteht, Wissenschaft und Forschung werden in Dienst genommen, der Marktmechanismus ermöglicht die Nutzung der Potenzen der Arbeitsteilung, selbst mit internationaler Reichweite. All das verlangt aber auch, dass nun Energien genutzt werden, die zuvor als Arbeitsenergien keine Rolle spielten, nämlich die Kraft der fossilen Energieträger. Die industrielle Revolution war eine **industrielle, technologische Revolution, die aufsetzte auf der Nutzung von fossilen Energieträgern**.

Das ist etwas Revolutionäres im wirklichen Sinne des Wortes. Es ist revolutionär, denn das Energiesystem, das bis dato in der gesamten Menschheits- und Erdgeschichte galt, war ein offenes Energieregime: Die Energie kam als Strahlung von der Sonne, sie wurde durch Energiewandlungssysteme der Natur des Planeten Erde z. B. in Biomasse umgesetzt. Das Leben konnte auf diese Weise dann mit Energie, vor allem mit Nahrung, versorgt werden und sich langsam und langfristig entfalten. Mit der industriellen und fossilen Revolution werden jedoch die Energieträger, die in der Kruste der Erde zu finden sind, nämlich die fossilen Energieträger, genutzt. Das Energiesystem der Erde verwandelt sich in ein geschlossenes Energiesystem. **Man holte Energie aus der Erde selbst, nicht von einer äußeren Quelle, der Sonne. Die Produkte der Wandlung der Energie, die Verbrennungsprodukte bleiben auch auf der Erde, sie werden als Treibhausgase in der Atmosphäre abgelagert.**

Die Effekten kennen wir. Ungewöhnliche Wetterereignisse, bei denen man nicht immer genau weiß, ist das schon der Klimawandel oder ist das wirklich nur ein ungewöhnliches Wetterereignis, häufen sich. Die Klimawissenschaftler haben immer vorausgesagt, dass der Klimawandel nicht als messbarer Anstieg der Durchschnittstemperatur graduell erscheint, sondern sich als außergewöhnliche Wetterereignisse äußert. Das ist sozusagen die natürliche Reaktion auf die Anreicherung der Atmosphäre mit Treibhausgasen. Wir stecken also mitten im Klimawandel drin, es dürfte schon zu spät sein, die Dynamik noch wirksam zu beeinflussen. Wir müssen einfach begreifen, in welcher Bredouille wir uns bereits befinden, um strategische Auswege erarbeiten zu können. Die sind notwendiger denn je, und sie müssen radikaler sein denn je.

III.

Nun habe ich nicht viel Zeit, und will deswegen einen großen Sprung machen. Es ist von ausschlaggebender Wichtigkeit zu **begreifen, dass Wachstum unter kapitalistischen Verhältnissen notwendigerweise Akkumulation des Kapitals ist** - mit allen Widersprüchen, die im Akkumulationsprozess enthalten sind, auch mit den Widersprüchen, die Thies Gleiss hervorgehoben hat. Ich kann das nur unterstreichen: Die **Aneignung von Natur erfolgt als Transformation von Energien und Stoffen**. Dabei kommt immer etwas Gewünschtes, Erwartetes, Gewolltes, Absichtsvolles heraus. Das sind die **Gebrauchswerte**, mit denen wir unser Leben immer schöner und angenehmer (jedenfalls bis zu einer bestimmten Grenze) gestalten können. Aber es gibt auch Resultate des Mensch-Natur-Stoffwechsels, die uns das Leben schwer machen. Das sind **Abluft, Abwasser, Abfall**, d. h. all das, was uns inzwischen gewaltige Probleme bereitet. Doch Akkumulation des Kapitals ist nicht nur Naturaneignung, sondern auch Aneignung von Werten durch Ausbeutung von Arbeit. Hier haben wir es mit dem Klassenwiderspruch zu tun. Der ist in einer nicht überzeugenden Arbeitsteilung Thema der Ökonomen unter den Sozialisten und die Naturauseinandersetzung ist für die Ökologen unter den Sozialisten reserviert. Doch es handelt sich um einen einzigen, aber doppelseitigen Prozess, nämlich um die Akkumulation von Kapital. Dazu brauchen wir einen theoretischen, sozial-ökologischen Zugang. Wenn wir politisch zur Orientierung beitragen wollen, brauchen wir aber nicht nur eine gute Analyse, sondern auch eine gute Strategie. Wir müssen also wissen, mit wem und unter welchen historischen Umständen wir die in der Analyse ausgemachten Handlungsnotwendigkeiten praktisch-politisch realisieren.

Dabei kommt uns zugute, dass nicht nur in der Bevölkerung Wachstumskritik zunimmt, sondern auch innerhalb der „Scientific Community“, also unter den Wissenschaftlern und den sozialen Bewegungen sehr verbreitet ist. ATTAC bereitet einen Kongress gegen Wachstum vor. Viele Ökologen in vielen Ländern knüpfen an der Degrowth-Bewegung an. Vor drei Jahren in Paris, im letzten Jahr in Barcelona und im nächsten Jahr in Bremen und Oldenburg werden die Argumente für Degrowth und die Auswege aus der Wachstumsgesellschaft und die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, erörtert. Es gibt noch viele andere Initiativen, von den Naturfreunden beispielsweise. Angelika Zahrt hat gerade ein Buch über Postwachstum herausgegeben mit interessanten und wichtigen Beiträgen. Dass heißt, das Thema ist sozusagen „in“, weil **Wachstum im Kapitalismus inzwischen an seinen Grenzen im doppelten Sinn angelangt ist. Wenn wir mit Marx vom Doppelcharakter allen Wirtschaftens, also allen Produzierens, Konsumierens, Zirkulierens, Distributierens ausgehen, sind sowohl Grenzen auf der Wertseite, Grenzen der Verwertbarkeit, Grenzen der Profitabilität, auch Grenzen der finanziellen Stabilität erreicht, wie die Finanzkrise ja in aller Klarheit zeigt.**

Die Grenzen zeigen sich jedoch auch auf der anderen Seite des Wirtschaftens, auf der stofflich-materiellen und energetischen Seite. Die Natur setzt Grenzen, und die sind möglicherweise fester als die Grenzen der Verwertung von Kapital, vor allem weil anders als in Wirtschaft und Gesellschaft nichts in der Natur reversibel ist.

Der doppelte Charakter erscheint überall. Auf der Ressourcenseite sprechen wir von **Peak Oil**, also dem absehbaren Ende der billigen Ölversorgung. Das hat sofort Auswirkungen auf die Verwertungsseite, weil nämlich das Öl nicht einfach verschwindet, sondern zunächst einmal teurer wird. Einer der wichtigsten Inputfaktoren des Produktionsprozesses wird teurer. Die Proportionen des Produktions- und Reproduktionsprozesses verändern sich. Dieser Prozess ist längst im Gange, das kommt nicht erst in Zukunft. Selbst die Internationale Energieagentur sagt, dass Peak Oil spätestens in zehn Jahren 2020 erreicht sein wird, nachdem sie jahrelang überhaupt den Gedanken an ein Ende des billigen Öls für absurd erklärt hatte. Die Ökologen oder Energieforscher von der „Association for the Study of Peak Oil“ (ASPO), die sehr wichtige und zukunftsweisende Forschungen seit Jahren betreiben, sagen, der Peak sei bereits überschritten. Auch die Bundeswehr, das ist durch die Presse gegangen, hat gerade eine Studie über Peak Oil herausgebracht mit der Botschaft, Peak Oil sei erreicht. Das bedeutet eine völlige Veränderung der Versorgungssituation der Ökonomie. Die politischen und militärischen Auswirkungen können wir noch gar nicht alle abschätzen, die Konsequenzen für den Frieden in der Welt sind möglicherweise dramatisch. Denn wenn die Ressourcen ausgehen, in diesem Fall das Öl, dann ist die Neigung naheliegend, auch mit militärischer Gewalt Zugriff darauf zu nehmen. Und diejenigen, die die Gewalt am besten beherrschen, weil sie die entwickeltsten Apparate haben, weil sie auch das meiste Geld haben und sich auch die Energien leisten können, um sie militärisch einzusetzen, das sind dann die Industriestaaten, vor allem die USA, aber auch Westeuropa. Man muss wissen, dass die amerikanische Armee soviel Öl nur für militärische Zwecke verbraucht wie die ganze griechische Volkswirtschaft mit etwa 20 Millionen Einwohnern. Der Kampf um Rohstoffe wird sich zuspitzen. Das ist die Auffassung der Bundeswehr. Meine ist es auch, das haben wir schon früher analysiert, als die Bundeswehrwissenschaftler das getan haben. Aber die Schlussfolgerungen sind gegensätzlich. „Wir“ müssen die Rohstoffversorgung auch militärisch sichern, das ist inzwischen auch NATO-Doktrin. Wir müssen weg vom exzessiven Rohstoffverbrauch und vor allem weg vom Öl in Richtung einer nachhaltigen Versorgung mit erneuerbarer Energie, wäre das friedens- und ressourcenpolitische Kontrastprogramm.

Allerdings ist der Übergang zu erneuerbaren Energieträgern nicht ohne Probleme. Die Zentralisierung der Energiesysteme stammt aus dem fossilen Zeitalter, sie ist eine Erbschaft der großen Energiekonzerne. Wenn in die

energetischen Distributionssysteme am Anfang der Energiekette statt fossilen Stroms und Atomstroms erneuerbare Energien eingespeist werden, werden wir nicht viel gewinnen. Denn der Vorzug der solaren Strahlenenergie, die dezentrale Verfügbarkeit, wird nicht genutzt, und statt dessen entstehen Großprojekte wie Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee, Wellenkraftwerke im indischen Ozean oder DESERTEC in der Sahara und riesige Monokulturen zur Biomasseerzeugung in Lateinamerika oder Südasien. Da wird ökologisch nichts Positives herauskommen. Wir müssen schon das gesamte Energiesystem von der Erzeugung bis zu den Abfällen umbauen und dann auch den Verbrauch, also die Lebensweise ins Auge fassen. Es geht also darum, das geschlossene Energiesystem der fossilen Jahrhunderte wieder zu öffnen. Das wird aber nur gelingen, wenn wir die Produktions- und Lebensweise anpassen.

IV.

Damit bin ich beim letzten Punkt, den ich noch kurz andeuten wollte. Ich fand heute früh, bevor ich zu dieser Veranstaltung fuhr, eine E-Mail des Deutschen Naturschutzrings mit einem Artikel von Niko Paech, der im September in „Le Monde Diplomatique“ erscheinen wird. Dieser Artikel ist sehr wachstumskritisch, aber es wird nicht ein einziges Mal der Begriff Kapitalismus verwendet. Hier wird also **Wachstumskritik betrieben ohne Akkumulationskritik, und das geht einfach nicht**, wie sich an den Schlussfolgerungen aus den Ausführungen zeigen lässt. Denn der Autor will Null- oder Negativwachstum durch Verzicht erreichen. Postmaterialistisch könnte man sagen, wir haben schon von allem genug, und noch mehr von der gleichen Chose ist nicht unbedingt die Erhöhung der Lebensqualität. Ein bisschen weniger ist dann häufig mehr, also verzichten wir doch. Das wäre die positive Interpretation. Es gibt aber noch eine andere Interpretation, die in Rechnung stellt, dass es in einer kapitalistischen Klassengesellschaft sehr unterschiedliche Lebensmuster gibt. Für manche findet der Verzicht bereits statt, nämlich für diejenigen, denen die Einkommen manchmal – wie Hartz-IV-Empfängern – extrem beschnitten werden. Wenn wir Wachstum als Akkumulation von Kapital begreifen, wissen wir, dass Akkumulation nur dann zustande kommt, wenn die Profitrate positiv ist. Die Profitrate ist abhängig von Kapitaleinsatz, von der Produktivität der Arbeit, aber auch von der Verteilung, von der Höhe der Individuallöhne ebenso wie von dem staatlich umverteilten Beitrag des Sozialstaats für die Lebenshaltung der Menschen. Hier Verzicht zu leisten, ist die Linie, die die Kapitaleseite, aber auch die Regierung und sehr viele andere politische und soziale Kräfte einschließlich des ökonomischen „Sachverstands“ fordern. Der **Verzicht wird gefordert oder durch die Hartz-IV-Sätze verordnet, nicht um auf diesem Wege eine Postwachstums- oder gar post-**

kapitalistische Ökonomie zu schaffen, sondern um den Kapitalismus aus seiner Krise herauszuholen dadurch, dass **durch Umverteilung von unten nach oben**, um es mal etwas einfach auszudrücken, die Profitrate und mit der Profitrate die Wachstumsrate angehoben werden. So kommt durch Verzicht entgegen den wohlmeinenden Absichten der Postwachstumsbefürworter eine Wachstumsbeschleunigung heraus, Die Wachstumsfetischisten werden nichts gegen den Verzicht einzuwenden haben. Sie erhoffen sich ja davon zusätzliche Arbeitsplätze, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, die Überwindung der Finanzkrise, die aus sich herauswachsen kann, und auch ein Ende der Staatsverschuldung, die auch nur nach herrschender Lehre abgebaut werden kann, wenn die Wirtschaft wächst. Diese Art von Verzicht also ist eine außerordentliche Gefahr. Sie stabilisiert das System der Kapitalakkumulation und wird es also in keiner Weise auch nur an einer einzigen Stelle ankratzen. Von diesem Verzicht also zu erwarten, dass so eine „Postwachstumsgesellschaft“, eine weniger dem Materiellen und mehr dem Ideellen, dem Postmateriellen verbundene Ökonomie und Gesellschaft erblühen könnte, ist eine Fehlannahme.

Noch schlimmer wird es, wenn man **Glücksindikatoren** zum Maßstab des Wachstums nimmt. Sarkozy, der gerade in diesen Tagen die Roma abschieben lässt und damit sehr viel Unglück verbreitet, hat eine hochrangige Kommission mit Amartya Sen, Nobelpreisträger, Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger, Fitoussi, sehr bekannter französischer Ökonom, und anderen eingesetzt, die alternative Maßzahlen für das Glück oder die Zufriedenheit, das Wohlbefinden der Menschen entwickeln soll, **um mit diesen alternativen Maßzahlen dann auch die Orientierung des Wachstums zu verändern**. Damit müssen wir uns tatsächlich sehr intensiv auseinandersetzen. Denn diese Entwicklungstendenz wird auch in der Bundesrepublik eine große Rolle spielen. Die Grünen und die Sozialdemokratie haben grade im Bundestag eine Initiative eingeleitet, um eine Enquetekommission des Bundestags einzusetzen, die sich mit Fragen nach geeigneten Wachstums- und Wohlstandsindikatoren und einer Postwachstumsökonomie beschäftigen soll. Natürlich muss DIE LINKE an einer solchen Enquetekommission teilnehmen, wenn sie denn vom Deutschen Bundestag eingerichtet wird. Sie hat dann auch das Recht, ihre eigenen Leute in eine solche Enquetekommission zu schicken, auch Sachverständige außerhalb des Bundestags zu berufen, und das muss wohlüberlegt werden. Es muss auch wohlüberlegt werden, welchen Forschungs- und Enqueteauftrag gibt man denn einer solchen Kommission auf den Weg gibt. Soll die sich **über Indikatorenfragen die Köpfe zerbrechen, oder sollen nicht auch die Grundfragen von Kapitalismus, Kapitalakkumulation und Wachstum aufgegriffen werden?**

Wenn wir der sozial-ökologischen Frage und dem Auftrag, der darin steckt, gerecht werden wollen, müssen wir zweierlei leisten. Tatsächlich müssen wir

weg vom Wachstum, weil dieses anders als die klassischen Ökonomen versprochen, nicht mehr den „Wohlstand der Nationen“ mehrt, sondern eher, und das wird die Enquete-Kommissionen wohl herausbekommen, den Missstand der Nationen vergrößert. Aus den Wachstumszwängen befreit man sich aber nicht, indem einige Stellschrauben gedreht werden und Verzicht geleistet wird. Wachstum ist Akkumulation von Kapital und daher muss der Akkumulationsprozess insgesamt ins Auge gefasst werden. Er muss auf der einen Seite solidarisch, d. h. genossenschaftlich, bürgerschaftlich in Stadtteilen, auf dem Land, aber auch mit staatlicher Unterstützung und Planung organisiert werden, und er muss solar sein, d. h. die erneuerbaren Energien, die alle eine Quelle haben, nämlich die Sonne, nutzen. Das ist schon heute möglich, aber nicht nur die technischen Transformationsmechanismen müssen dem angepasst werden, sondern auch die sozialen und ökonomischen Verhältnisse.

Das ist ein Auftrag, den wir alle aufgreifen und weitertreiben müssen, wenn wir denn auf die Frage, die mir in diesem Referat gestellt worden ist - was brauchen wir für ein Energiesystem? - nicht nur mit ja oder nein sondern etwas differenzierter antworten wollen. *(Beifall)*

7. **Überwindung der traditionellen Ökonomie durch eine nachhaltige Ökonomie als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung**

Aus dem Audiomitschnitt übertragener und überarbeiteter Text der Rede von Prof. Dr. Holger Rogall, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin¹

Erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen: Erstens: Bei meinem Gang auf die Toilette habe ich wieder gespürt, dass ich – wie wir alle - ein ganz normaler Mensch bin. Wie jeder von uns bestehe ich zu 70 % aus Wasser. Das heißt, ich stelle Ihnen meine Erkenntnisse dar, ob Sie sie als richtig erachten, müssen Sie selbst entscheiden.

Zweitens: Ich unterrichte sechs unterschiedliche Fächer, die ich jetzt in zwei Lehrbücher zusammengefasst habe. Das eine ist die „Nachhaltige Ökonomie“ von 2009, und das zweite die „Volkswirtschaftslehre für Studierende des 21. Jahrhunderts“, beide Bücher gehören zusammen. Zukünftig dürfen Umweltökonomie und Volkswirtschaftslehre nicht mehr zwei getrennte Bereiche sein, sondern ein zusammengehöriges Fach. Für diese sechs Semester wurden mir 30 Minuten Redezeit eingeräumt – wenn das keine Effizienzrevolution ist, weiß ich gar nicht, wofür man diesen Begriff noch benutzen kann. (*Heiterkeit*)

Wenn wir uns mit der ökologischen Frage beschäftigen, müssen wir uns fragen, wohin sich die Gesellschaft – so auch die Programme von Parteien – entwickeln soll. Die Herausforderungen des 21. Jh. sind wahrscheinlich singular, jedenfalls sehr bedrohlich, weil tatsächlich die gesamte Zivilisation infrage steht und wir als Weltgemeinschaft zur Lösung der Probleme gefragt sind. Denn die Probleme, die auftreten, hängen zum Teil miteinander zusammen.

Die **größte Herausforderung ist wahrscheinlich die Klimaerwärmung**. In der Vergangenheit hat man geglaubt, dass US-Amerikaner, Deutsche und Chinesen pro Kopf und Jahr ca. zwei Tonnen Treibhausgase emittieren dürfen, um unser System stabil zu halten. Das war wahrscheinlich ein Irrtum, denn Treibhausgase bleiben etwa 2000 Jahre in der Atmosphäre. Deshalb kann die Menschheit nicht bis in alle Ewigkeit 2 Tonnen pro Kopf und Jahr emittieren. Vielmehr müssen wir von einem weltweiten Gesamtbudget der noch zulässigen Emissionen für alle Menschen ausgehen. Wenn wir uns damit nicht begnügen, sind die eintretenden Klimaveränderungen für Jahrhunderte nicht umkehrbar.

¹ Der Vortrag wurde für die schriftliche Veröffentlichung überarbeitet, er basiert auf den Veröffentlichungen von Holger Rogall (2009): Nachhaltige Ökonomie. Marburg und (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre. Volkswirtschaftslehre für die Studierenden des 21. Jahrhunderts. Marburg.

Die **zweite große Herausforderung** ist der **Verbrauch nichterneuerbarer Ressourcen**. Denken wir an den unverzichtbaren Rohstoff Öl für die Chemie- und Stahlindustrie oder seltene Erden, deren Generierung in 30 Jahren fraglich ist, da die vorhandenen Reserven begrenzt sind.

Dazu kommt **drittens die Übernutzung der erneuerbaren Ressourcen**, die wir ja über Jahrmillionen nutzen könnten, wenn wir denn nur bereit wären, die Regenerationsrate einzuhalten. Das tun wir aber nicht! Als ich zehn Jahre alt war, sah ich einen Film, in dem angenommen wurde, dass wenn die Menschheit erst mal die Meere zu nutzen wüsste, es keinen Hunger mehr gäbe. Aber schon heute kann davon keine Rede mehr sein, da wir von den 17 großen Fischgründen der Weltmeere bereits 15 überfischen. D. h. der „Peak Fish“ ist lange überschritten. Mit all den Folgen für die armen Menschen unserer Erde.

Diese Entwicklungen werden noch in diesem Jahrhundert zu **extremen Veränderungen in der Ökonomie führen**. So werden wir in den nächsten vier Jahrzehnten extreme Preissteigerungen für fast sämtliche natürliche Ressourcen erleben. Das wird zu einer deutlichen Senkung der kaufkräftigen Nachfrage in Deutschland führen, mit all den wirtschaftlichen Folgen für die Reallöhne und Arbeitslosigkeit. Dabei geht es bei uns nur um den Lebensstandard, in anderen Kontinenten geht es um das nackte Überleben. So werden die Menschen in der Dritten Welt ihr Öl für die Pumpen nicht mehr bezahlen können. Dazu kommen die instabilen Währungs- und Finanzmärkte. Wir wissen, dass wir in der letzten Krise – so sie bereits vorüber sein sollte - nur durch einen unfassbar umfangreichen Einsatz des Staates vor dem Abgrund bewahrt worden sind. Wie oft die Staaten - bei der heutigen Verschuldung – dazu noch in der Lage sein werden, ist unsicher. Wir stehen also vor einem Kartenhaus, und kein Mensch kann sagen, wann die erste Karte umfällt.

Diese globalen Probleme könnten sich zunehmen verschärfen und schließlich zu **gewalttätigen Konflikten** führen. Den ersten Klimakrieg hatten wir bereits, mit mehreren Millionen Toten in Afrika. Die Chinesen investieren heute einen großen Teil ihrer Exportüberschüsse in den Aufkauf aller neuen Ressourcen, die irgendwo auf der Erde gefunden werden. Das wird auch den USA und in Europa gesehen, so fordern die Wirtschaftsverbände neuerdings eine „voraussehende Rohstoffpolitik“. Niemand kann sagen, wie lange diese Entwicklung noch friedlich verläuft.

Und so stehen wir nicht vor der Frage „Weiter so oder nachhaltige Entwicklung“, sondern „Abgrund oder nachhaltige Entwicklung“. Das ist eine Weggabelung, die in diesen Jahren, Monaten, Wochen, Tagen und Momenten entschieden wird. Zusammengefasst stehen wir vor der Entscheidung: **Nachhaltigkeit oder entsetzliche Klima- und Ressourcenkriege**.

Welche Konsequenzen zieht die Ökonomie aus dieser dramatischen Entwicklung, ändert sie die Lehrinhalte und Prüfungsfragen? Nein, sie lehrt weiter den Stoff der vergangenen Jahrhunderte. Wir haben in der Ökonomie, ich weiß nicht wie viele hundert Schulen und Unterschulen, aber nehmen wir mal drei, die heute als Mainstream angesehen werden können. Das ist **einmal die klassische Ökonomie** aus dem 18., 19. Jahrhundert mit Smith und Ricardo. Bei Adam Smith finden sich Sätze, bei denen – denkt man – er müsste eine Zeitreise in die Gegenwart erlebt haben. Er hat viele heutige Probleme bereits im 18. Jh. erkannt. Zum Beispiel, dass der Markt niemals ausreichend viel Infrastruktur produzieren kann. Er erkannte weiterhin, dass künftige Generationen das gleiche Recht auf die natürlichen Ressourcen haben wie die heutigen, eine der Grundideen der Nachhaltigkeit. Nur seine Schüler sprechen nicht darüber. Ich werde in meinem neuen VWL-Buch den ganzen Smith darstellen. Insofern sage ich manchmal ein bisschen ironisch: Adam Smith ist der erste nachhaltige Ökonom, und seine Schüler haben ihn zu einem radikalen Wirtschaftsliberalisten gemacht, sie bewundern nur noch den Torso. So verkürzt dargestellt bietet die Klassik nichts zur Nachhaltigkeit. **Zweitens** wurde im 19., 20. Jahrhundert von Walras, Pareto und anderen die **neoklassische Ökonomie** entwickelt, die heutige Mainstream-Ökonomie. Sie bietet noch weniger Erkenntnisse über die Bedeutung natürlicher Ressourcen und ihrem nachhaltigen Umgang. Selbst heute, im 21. Jahrhundert, wird von den globalen Problemen und dem nachhaltigen Umbau der Volkswirtschaften nichts gelehrt. Die zehn Millionen Ökonomiestudierenden auf der Erde erfahren davon fast nichts. Ich unterrichte ein Wahlpflichtfach „Nachhaltiges Wirtschaften“, da kommen die Studierenden aus dem 7. Semester nach der ersten Stunde zu mir und sagen: „Herr Rogall, davon haben wir in der Hochschule noch nie etwas gehört.“ Stellen Sie sich das bitte vor! Unsere zukünftige Elite kommt heute aus den Hochschulen und weiß nichts über die Probleme der Gegenwart. Sondern sie lernen eine Ökonomie des 19. Jahrhunderts - die Neoklassik, die eigentlich eine mittelalterliche Wirtschaft beschreibt, nämlich eine Tauschwirtschaft. Produktion ist in der Neoklassik relativ unwichtig. Überspitzt lässt sich formulieren: Mit mittelalterlichen Ökonomen sollen die Probleme dieses Jahrtausends gelöst werden. Ironisch möchte ich fordern: Bitte beruft keine traditionellen Ökonomen in die Beiräte der Bundesregierung. Denn trotz ihrer realitätsfernen Modelle gilt die Ökonomie als eine besonders wichtige Disziplin und beeinflusst damit tagtäglich die Politiker.

Einen wesentlichen Fortschritt brachte die neoklassische Umweltökonomie. Sie erklärt uns, warum der Homo sapiens, der denkende Mensch, auf einer Baumkrone sitzend an dem Ast sägt, auf dem er sitzt und die Mehrzahl der anderen Menschen, auf dem gleichen Ast sitzend, ruft ihm zu: „Schneller!“ (*Beifall*) So ist es doch!

Was ist nun ein erstes **Zwischenfazit: Die traditionelle Ökonomie verfügt weder über eine Erklärung noch über Lösungen für die Probleme des 21. Jahrhunderts.** Aber Jahr für Jahr kommen Millionen junger Menschen aus den Hochschulen mit ihrem Nichtwissen und sollen dann unser aller Probleme lösen. Ich befürchte, dass alle guten Ideen über eine nachhaltige Entwicklung scheitern werden. Heute müssen wir die mangelhaft ausgebildeten Absolventen unter hohem Aufwand umschulen. Wenn wir es künftig nicht schaffen, in der Bildung andere Ziele und Erklärungsansätze zu implementieren, wird der nachhaltige Umbau der Volkswirtschaften nicht gelingen.

Ich möchte Ihnen jetzt die **zentralen Kernaussagen der nachhaltigen Ökonomie** zusammenfassen:

Die **erste Kernaussage** ist: **Wir benötigen eine starke und keine schwache Nachhaltigkeit, d. h. wir müssen akzeptieren, dass die Natur, dass die Erde, absolute Grenzen hat.** Wir wissen zwar nicht an jeder Stelle, wo das millimetergenau ist, aber wir wissen, dass sich diese absolute Grenze letztlich nicht verschieben lässt. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Menschen bereit ist, einer asketischen Philosophie zu folgen. Daher formuliere ich das **Ziel der nachhaltigen Ökonomie** wie folgt: Sie strebt ausreichende ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit an.

Ich komme zur **zweiten Kernaussage: Eine nachhaltige Ökonomie muss einen pluralistischen Ansatz verfolgen.** Sie nimmt viel von dem auf, was die Denker des 19. Jahrhunderts gedacht haben, z. B. von den Klassikern, Marx und der Genossenschaftsbewegung. Aber ebenso Gedanken des Linkskeynesianismus, und Teile der neoklassischen Umweltökonomie, weiterhin die Erkenntnisse der Sustainable Science. Hervorheben möchte ich die Erkenntnisse der neoklassischen Umweltökonomie, die uns erklärt, warum der Mensch in der Regel nicht nachhaltig handelt, übrigens auch Menschen mit hohem Umweltbewusstsein nicht. In zwei Studien wurde nachgewiesen, dass umso umweltbewusster sich Menschen fühlen, desto - statistisch gesehen - schlechter ihre eigene Ökobilanz ist. (*Unruhe*) Das ist doch nicht zu glauben, sagt jeder von uns, der das hört. Aber die nachfolgenden Untersuchungen zeigten, dass umweltbewusstere Menschen statistisch über einen höheren Bildungsstand verfügen. Wer aber eine höhere Bildung hat, verfügt in Deutschland meistens über ein überdurchschnittliches Einkommen. Diese Menschen nutzen Mehrwegflaschen und trennen ihren Müll. Sie verfügen aber über eine größere Wohnung, ein größeres Auto und fliegen häufiger in den Urlaub als Menschen mit niedrigem Einkommen. Jemand, der von Ökologie gar nichts wissen will und für jeden Einkauf eine Plastiktüte nutzt, wie viele Jahre kann er das wohl tun, bis er soviel Erdöläquivalente verbraucht hat, wie durch einen Flug nach New York entstehen? Das heißt nicht, dass

der Umweltbewusste ein Heuchler ist, denn innerhalb der Gruppe der überdurchschnittlich Verdienenden weist er eine bessere Ökobilanz auf. Vertreter der nachhaltigen Ökonomie ziehen daraus die Konsequenz, dass Umweltbewusstsein allein nicht ausreicht. Ich komme darauf zurück.

Die **dritte Kernaussage** lautet: **Wir müssen das Lehrgebäude der Ökonomie fundamental reformieren.** Das beginnt schon bei den ersten Begrifflichkeiten, geht über ein neues Menschenbild bis zu der Tatsache, dass es die Selbstheilungskräfte der Märkte ganz oft nicht gibt, sondern, dass wir eine nachhaltige Marktwirtschaft benötigen **mit einem Ordnungsrahmen und einem angemessenen Maß.** Zugegeben steht hier die Diskussion am Anfang, denn was ist angemessen? Relativ einfach zu formulieren ist, was nicht angemessen ist. So kann eine 25%ige Rendite pro Jahr auf keinen Fall dauerhaft durchgehalten werden, weil man in der realen Ökonomie so viele Werte nicht erzeugen kann. Die Geldmengen, die durch die Kredite der Geschäftsbanken und die Spekulationen entstanden sind, sind nach Aussage einiger Ökonomen zwei Millionen Mal soviel wie das gesamte Zentralbankgeld der Welt. Wenn man also für das gesamte auf der Welt zirkulierende Geld Güter kaufen wollte, ginge das gar nicht. Als **Zwischenfazit** dieser Kernaussage möchte ich festhalten, dass die Nachhaltige Ökonomie eine fundamentale Reform oder einen völligen Neuaufbau des ökonomischen Lehrgebäudes fordert.

Die vierte Kernaussage: Wir benötigen ein Nachhaltigkeitsparadigma statt des heutigen Wachstumsparadigmas. Im Zentrum steht hierbei die Frage, wie wir es schaffen, dass trotz wirtschaftlicher Entwicklung der Ressourcenverbrauch in den Industriestaaten drastisch gesenkt wird. Die ökologische Linke - hier im weitesten Sinne gemeint - sollte einen Lösungsansatz entwickeln, wie ausreichende Standards im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit zu erreichen wären. Dies geht aus meiner Sicht nur, wenn wir die Volkswirtschaften nachhaltig umbauen. Das heißt einzelne Sektoren deutlich stärken - zum Beispiel die erneuerbaren Energien und die Bildung - und andere Sektoren – fossile und atomare Energien sowie andere ressourcenintensive Branchen - deutlich zurückführen. Diesen Prozess der Transformation könnte man auch „selektives Wachstum“ oder „wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit“ nennen. Der Ressourcenverbrauch muss Jahr für Jahr reduziert werden, das geht auch, wenn die Volkswirtschaften die **Formel des nachhaltigen Wirtschaftens** – „Weltformel der Nachhaltigkeit“ genannt - einhalten. Diese Formel lautet: Δ **Ressourcenproduktivität immer größer Δ BIP.** Schon heute wächst die Ressourcenproduktivität – zum Beispiel kann die deutsche Volkswirtschaft bei geringem wirtschaftlichem Wachstum trotzdem den absoluten Energieverbrauch vermindern. Das hat sie seit 1990 in einer Vielzahl von Jahren getan. Hierbei muss der **absolute Ressourcenverbrauch reduziert werden, nicht allein der relative.**

Das funktioniert, wenn wir die Formel dauerhaft einhalten. Dafür müssen wir die drei Strategiepfade Effizienz, Konsistenz und Suffizienz konsequent angehen. Ich bin ein bisschen betrübt, dass die Vertreter einzelner Pfade oft nicht produktiv miteinander umgehen. Es muss jedem klar sein, dass - bei dem Ziel der Transformation des fossilen Zeitalters in das Solarzeitalter, d. h. der 100%igen Energieversorgung durch erneuerbare Energien - eine Zusammenführung aller drei Strategien unabdingbar ist! Keine einzelne Strategie kann die Transformation alleine bewältigen. Und deshalb ist hier der Begriff „Neue Industrielle Revolution“ angesagt. Vor der Industriellen Revolution lebten 90 % der Menschen von der Landwirtschaft, heute im Übrigen nur noch 2 %. Damals haben die Menschen gehungert, heute erzeugen die 2 % der Erwerbstätigen innerhalb der Landwirtschaft soviel Nahrungsmittel, dass Deutschland Nahrungsmittel exportiert. Das zeigt, wie stark sich Gesellschaften und ihre Produktion verändern können. Die Weltformel der Nachhaltigkeit kann relativ schlicht umgesetzt werden, indem wir einen Automatismus einführen. Immer dann, wenn die Formel nicht eingehalten wird, wird auf die - zu viel verbrauchten - Ressourcen, eine Abgabe erhoben, die kontinuierlich steigt, solange, bis die Formel wieder eingehalten und die vorherigen Verluste quasi kompensiert sind.

Die **fünfte Kernaussage** behandelt die **ethischen Grundlagen**. Die Nachhaltige Ökonomie basiert - anders als andere Wirtschaftsschulen - auf ethischen Grundlagen. **Das gesamte Wirtschaften muss sich künftig** an diesen **ethischen Prinzipien orientieren**. Hierzu gehört **erstens** die **inter- und intragenerative Gerechtigkeit**, d. h. die Nachhaltige Ökonomie beschäftigt sich nicht nur mit Effizienz, sondern auch mit Verteilungsfragen. Wir können sonst die Probleme der dramatischen Armut in der Dritten Welt und des teilweisen Überflusses in unseren Regionen nicht in den Griff bekommen. **Zweitens** geht es um **Verantwortung und Solidarität**, d. h. auch um persönliche Handlungen. **Drittens** geht's um das **Vorsorgeprinzip** und das **Prinzip der Harmonie mit der Mitwelt**. **Viertens** die **Suche nach dem angemessenen Maß**. **Fünftens** **Demokratie und Rechtsstaatsprinzipien**. Demokratie kommt in der Nachhaltigkeitsliteratur kaum vor. Das darf natürlich nicht sein. Wie kann denn ein dauerhaftes System ohne Demokratie funktionieren?

Die **sechste Kernaussage** behandelt die Notwendigkeit der **transdisziplinären Zusammenarbeit**. Oft reicht es, die Ökonomen einfach nur reden zu lassen. Im Laufe ihrer Rede demaskieren sie sich meist selbst, und es wird deutlich, dass es aus der Sicht der Ökonomen nur eine Wissenschaft gibt, nämlich die Ökonomie: Sie kann alles erklären, alles lösen. Alle anderen Disziplinen sind in den Augen vieler Ökonomen nur Hilfswissenschaften. Dazu zählen auch die Ingenieure und Juristen usw., die Politologen übrigens natürlich auch (*Heiterkeit*). Wir können Nachhaltigkeit nicht erreichen und die Probleme nicht lösen, wenn wir nicht zu einer gemeinsamen Arbeit kommen. Wir

brauchen einen interdisziplinären Ansatz, so wie wir Antworten für alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen (Ökologie, Ökonomie, sozial-kulturell) benötigen. Nachhaltigkeit ist entstanden aus der ökologischen Bewegung. Und sie hat wichtige Prinzipien erarbeitet. Diese Prinzipien – z. B. der Gerechtigkeit – müssen wir jetzt in alle drei Dimensionen einführen, nicht nur in der Ökologie. D. h. die ökologische Linke muss sich immer auch zu Worte melden, wenn es um ökonomische und sozial-kulturelle Fragen geht, und dazu gehört natürlich auch die Technikgestaltung. Technik ist nicht wertneutral, sondern sie zementiert Machtverhältnisse, sie zementiert Strukturen. Daher bedeutet Nachhaltigkeit tendenziell auch einen eher dezentralen Ansatz, dezentrale Techniken.

Siebente Kernaussage: Ohne eine Änderung der politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen wird es keine Nachhaltigkeit geben. Ich habe die empirischen Untersuchungsergebnisse bereits unter der zweiten Kernaussage wiedergegeben: Umso höher das Umweltbewusstsein, desto schlechter - also größer - der ökologische Rucksack. Wir wissen heute, dass das Konsumentenverhalten durch verschiedene Faktoren bestimmt wird: Ökonomische Faktoren wie Einkommen und Preise, sozial-kulturelle Einflüsse – wie die Schichtzugehörigkeit, das Image der Produkte - aber auch psychologische und idealistische Faktoren. Aber auch der umweltfreundliche Idealismus ist nur **ein** Faktor. Wir können uns nicht nachhaltig verhalten, weil nachhaltig verhalten bedeutet, Null Treibhausgase. Und selbst wenn wir im Winter unsere Heizung abschalten, reicht das nicht, kann es gar nicht reichen. Ich hatte einen Kollegen im Abgeordnetenhaus, der hat immer gesagt: „Bei mir gibt’s im Winter keine Heizung.“ Und dann ist mir aufgefallen, alle zwei Jahre brauchte der eine neue Partnerin. Also dass ist ja auch ganz klar nicht sozial-kulturell nachhaltig. (*Heiterkeit*) Es reicht nicht, wenn wir allein versuchen, uns in einzelnen Bereichen „umweltfreundlich“ zu verhalten. Wir benötigen zusätzlich neue Rahmenbedingungen. Und die Instrumente dafür haben wir auch, sie müssten nur konsequent eingeführt und umgesetzt werden. Wenn ich denke, dass die ökologische Steuerreform in dem Augenblick, als sie wirksam wurde, in ihren Steigerungsraten ausgesetzt wurde, zeigt das das Dilemma, vor dem wir stehen.

Achtens Operationalisierung. Die Menschheit hat 1992 in Rio als Leitprinzip „Nachhaltigkeit“ beschlossen, was das konkret bedeutet, ist aber nicht ausformuliert worden. Das wird bei meinen Studierenden schon in der ersten Stunde durch folgende Aussage deutlich: „Wir verstehen nicht so richtig, was das ist.“ Daraus ziehe ich die Konsequenz, dass es möglich werden muss, nachhaltige Entwicklung zu **operationalisieren, z. B. durch Ziel- und neue Messsysteme**. Ich habe in der Enquetekommission des Abgeordnetenhauses mitgearbeitet, und wir haben 2006 die „Lokale Agenda Berlin“ beschlossen. Aber ich habe schnell gespürt, wie schwer sich die Politik tut, wirklich

ambitionierte Ziele zu verfassen oder gar in die Realität umzusetzen. Es geht ja nicht darum, 20 % des Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien zu denken, sondern es geht um den vollständigen Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter bis zum Jahr 2050. Ähnlich ist es mit der nachhaltigen Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen.

Neuntens: Globale Verantwortung. Wir benötigen einen globalen Ordnungsrahmen, d. h. nachhaltige Mindeststandards, Finanztransaktionssteuern, Abgaben auf globale Umweltgüter, ein neues Weltwährungssystem und vieles andere mehr. Das wird nicht gerade einfach sein, weil nicht nur wichtige Machtblöcke in unseren Staaten das nicht wollen, die Schwellenländer wollen das auch nicht. Deshalb wird es sehr schwierig sein, aber ich sehe keinen Weg daran vorbei. Meine Aufgabe als Wissenschaftler ist es zu zeigen, was möglich wäre, wenn man den Mut hat. Und ich behaupte, wir könnten die Probleme immer noch - trotz aller Probleme – lösen, zumindest deutlich mindern.

Zehntens: Nachhaltige Marktwirtschaft: Die Industriestaaten benötigen hierzu als Leitidee die nachhaltige Marktwirtschaft.

Zu diesem Thema kann ich mir hier eine Fußnote nicht verkneifen: Die Sowjetunion war kein kapitalistischer Staat, wie war es dann möglich, dass dieser Staat die höchsten Treibhausgasemissionen der Welt hatte? Nicht etwa die USA. D. h. es ist nicht allein eine Frage des Kapitalismus. Eins ist jedenfalls klar: Das eine System ist untergegangen, und das andere kann die Probleme auch nicht lösen. Wir wollen keine Systeme – egal welche – schönreden, wenn diese die natürlichen Lebensgrundlagen systematisch zerstören. Wir müssen von dem, was wir jetzt haben, ausgehen und dem Raubtierkapitalismus Gitterstäbe geben. Ich benutze hierzu gerne ein schöneres Bild: Wer gerne ein bisschen flotter in den Serpentina an der Adria entlang fährt, sieht überall Dellen in den Leitplanken. Wären diese Leitplanken nicht gewesen, wären die Fahrer jetzt tot. Das Bild zeigt eindrücklich, dass politisch-rechtliche Instrumente z. B. der Umweltpolitik eben nicht freiheitsfeindlich sind, sondern lebenserhaltend! Leitplanken haben nichts mit einer Begrenzung der Freiheit zu tun, sondern mit Sicherheit. **Wir brauchen ökologische Leitplanken für die Wirtschaft, weil wir sonst in den Abgrund abstürzen.** Das gilt es, überall zu vermitteln.

Strategisch sollte der nachhaltige Umbau in ausgewählten Handlungsfeldern, in denen man besonders plastisch zeigen kann, dass Ökonomie und Ökologie, wenn man es nachhaltig zusammenbringt, auch für die Beschäftigten gut ist, anfangen. Bei Energie und Klimaschutz, Mobilität, Ressourcenschonung, Landwirtschaft usw. gibt es große Chancen, die es zu nutzen gilt. In den wenigen Jahren, seit das Erneuerbare-Energien-Gesetz verabschiedet wurde,

sind 340 000 Arbeitsplätze in Deutschland entstanden mit einem Umsatz von über 33 Mrd. €.

Ich will folgende **Zusammenfassung meines Vortrags** bieten: Sie können heute nach Hause gehen und sagen: Ich habe heute drei Semester Volkswirtschaftslehre vermittelt bekommen und noch mal drei in der nachhaltigen Ökonomie. Für dreißig Minuten ist das schon ein großer Erfolg. Meine Zusammenfassung lautet:

- 1. Weder die traditionelle Ökonomie noch das traditionelle Wirtschaften sind zukunftsfähig.**
- 2. Die Grundlagen für eine Nachhaltige Ökonomie sind vorhanden, wir müssen sie nur in der Lehre, Wirtschaft und Politik einsetzen.**

Welche Konsequenz ziehen wir daraus für unsere Zukunft? In der Hochschule läuft das meistens so ab: Nachdem ich meine Studierenden 15 Minuten über die globalen Probleme informiert habe, sagen diese oft: „O Gott! Das ist ja alles so furchtbar, können sie nicht mal etwas Mutmachendes sagen?“ (*Heiterkeit*) Dann sage ich den Zuhörern: Zu einem blinden Zukunftsglauben besteht kein Anlass, aber wo die Gefahr wächst, wächst das Retten auch. An dieser Erkenntnis von Hölderlin ist viel Richtiges dran, weil die Menschheitsgeschichte eins zeigt, dass sie bei zu nehmenden Gefahren oft die nötigen Konsequenzen zieht! Wir sind doch in einer ähnlichen Situation wie das alte Rom! Draußen brandet die Völkerwanderung an den Limes. Die Eliten sitzen in warmen Sälen, trinken Rotwein - heute Champagner – und diskutieren darüber, welche Konferenz jetzt angesagt wäre, um die Völkerwanderung aufzuhalten. Ich sage: Die Zeit für Diskussionen ist abgelaufen, jetzt geht es um das Handeln! Die Römer haben es damals übrigens nicht geschafft, zur Handlung zu kommen. Für sie waren „Brot und Spiele“, das heißt ihre Art der Lebensführung, wichtiger als die Verhinderung der Katastrophe. Die Parallelität der Realitätsverweigerung unserer Eliten aber auch vieler Bürger gestern und heute ist erschreckend.

Wo ist die Hoffnung zu sehen? Ich habe sehr lange auf die Politik gesetzt. Auf diese Akteursgruppe setze ich nach vier Legislaturperioden im Parlament nicht mehr allein. Heute hoffe ich auf Bündnisse zwischen der Bürgergesellschaft und der Politik. Der Druck der Zivilgesellschaft auf die Politik muss deutlich erhöht werden (*Beifall*), sonst werden wir es nicht schaffen.

Fazit: Ich behaupte: Eine nachhaltige Welt ist trotz alledem möglich. Dazu benötigen wir neue ökonomische Grundlagen, weitere politisch-rechtliche Instrumente und eins ist ja wohl ganz klar – das Engagement von uns allen.

Herzlichen Dank, dass sie solange zugehört haben! *(Beifall)*

Dr. Holger Rogall ist Professor für Nachhaltige Ökonomie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR), Vorsitzender der GfN - Gesellschaft für Nachhaltige Entwicklung sowie Koordinator des Netzwerks Nachhaltige Ökonomie (www.nachhaltige-oekonomie.de) und Autor diverser Lehrbücher zur Nachhaltigen Ökonomie.

Kontakt: Rogall@HWR-Berlin.de, www.Holger-Rogall.de

8. Die Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik

Aus dem Audiomitschnitt übertragener und überarbeiteter Text der Rede von Prof. Dr. Wolfgang Methling, Mitglied des Parteivorstands der LINKEN und Sprecher der BAG Umwelt – Energie - Verkehr

Ich bedanke mich für die Einladung und möchte zunächst Wert darauf legen, dass diese Konferenz eine gemeinsame Veranstaltung der Ökologischen Plattform und der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt - Energie - Verkehr ist. Für letztere spreche ich hier.

Wir haben uns im Frühjahr in einer Beratung einer gemeinsamen Programmgruppe darauf verständigt, unsere ökologischen Positionen zum Programm-entwurf aufzuschreiben, an den Parteivorstand zu schicken und im Herbst als unseren Beitrag zur Programmdiskussion unter anderem diese Konferenz durchzuführen. Ich hoffe, dass wir uns auch in die bevorstehenden Regional-konferenzen einbringen und uns als ökologisch Engagierte an den Debatten beteiligen.

Unser Programmentwurf wird bekanntermaßen unterschiedlich bewertet. Bei der Veröffentlichung des Entwurfes kommentierte einer unserer damaligen Parteivorsitzenden, dass es aus seiner Sicht allenfalls sprachliche Veränderungen geben müsse, eine Einschätzung, die ich überhaupt nicht geteilt habe und teile. Ich habe dem Entwurf im Parteivorstand zugestimmt, weil ich ihn für eine gute Grundlage halte. Aber ich sehe durchaus wesentlichen Änderungsbedarf. Es gibt jedoch auch Genossen, die häufig Leserbriefe schreiben und die Auffassung des Vorsitzenden teilen. Das ist ihr gutes Recht. Dass sie jedoch meinen, dass vor allem Funktionsträger Änderungsbedarf sehen, halte ich für eine erstaunliche Fehleinschätzung. Nach meinem Erleben sind es keineswegs in erster Linie Funktionsträger, die Änderungen aus verschiedener Sicht für erforderlich halten, sondern viele Genossinnen und Genossen, die sich intensiv mit dem Programm beschäftigen. Das ist auch gut so.

Ich habe im letzten „Disput“^{*} stellvertretend für viele ökologisch Engagierte einen Beitrag geschrieben, der vor allem darauf hinweist, dass die im Programmentwurf postulierte **Zentralität der ökologischen Frage** auch eine Zentralität der ökologischen Antwort erfordert. Diese ist aus meiner Sicht im Programmentwurf nicht ausreichend beschrieben, trotz aller Fortschritte, die wir ebenfalls festgestellt haben.

Interessanterweise hat es sowohl im „Neuen Deutschland“ als auch im „Disput“ und Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine intensive Debatte

^{*} Anmerkung d. Red.: Ausgabe 8/2010, S. 20 – 21. Siehe Punkt 1. in dieser Broschüre.

zum Ökologischen in der Programmatik der LINKEN gegeben. Das wir in früheren Programmdebatten nicht der Fall. Die Beiträge beschreiben Positionen aus verschiedener Sicht: rein ökologisch zur Wachstumsfrage, Eigentumsfrage, Daseinsvorsorge u. a. Wichtige Autoren waren z. B. Mario Candeias, Dieter Klein, Klaus Müller und natürlich Elmar Altvater. Überraschenderweise hat ausgerechnet Michael Brie in seinem Auftaktbeitrag, der zentrale Fragen und Herausforderungen formuliert hatte, die ökologische Frage nicht benannt und auch die Wachstumsproblematik nicht thematisiert. Er hatte sechs Fragen herausgearbeitet: die Kapitalismusfrage, die Eigentumsfrage, die Klassenfrage, den Parlamentarismus und die Regierungsbeteiligung, Militär- und Sicherheitsfragen und die Frage der politischen Kultur. Ich war erstaunt, dass er die formulierte Zentralität der ökologischen Frage nicht berücksichtigt hatte. Möglicherweise sind die vielen Reaktionen auf seinen Aufschlag auch auf dieses Defizit zurückzuführen. Aber Dieter Klein hatte bald nachgelegt und sich intensiv mit dieser Frage beschäftigt.

Ich habe in den letzten Wochen verschiedene Programmdebatten erlebt und selber dazu beigetragen, in dieser Woche eine Veranstaltung mit „Rotfuchs“ in Rostock mit vielen Sympathisanten und Kritikern, auch vielen Mitgliedern der LINKEN. Das war eine interessante Diskussion, auch zur ökologischen und Wachstumsfrage. Vor zwei Tagen fand in Rostock eine Tagung zur Energieversorgung der Zukunft statt. Dort sprach der Sekretär des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung, Dr. Hey, über das vom Sachverständigenrat entwickelte Konzept einer 100-prozentigen Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2050 und über die aktuelle Energiepolitik der Bundesregierung, insbesondere zum Deal der Bundesregierung mit den Energiekonzernen über die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Er kritisierte das Energiekonzept, fragte nach dessen wissenschaftlichen Grundlagen. Er kenne andere wissenschaftliche Grundlagen, die auch der Bundesregierung bekannt sind, aber nicht in ihrem Konzept berücksichtigt wurden. Er sagte, es sei ihm schleierhaft, wie dieses Konzept als Energierevolution bezeichnet werden kann. Aus seiner Sicht ist das Konzept der Bundesregierung eine Konterrevolution.

Auf unserer zweiten großen Energie- und Klimaschutzkonferenz in Hamburg hielt Hermann Scheer eine flammende Rede für ein anderes Energiesystem. Über ein anderes gesellschaftliches System sprach er nicht, obwohl das konsequent gewesen wäre. Aber wir, die LINKEN, diskutieren nicht nur über das Energiesystem, sondern wir kritisieren auch das gesellschaftliche System.

Mir wurde für heute ein Vortragsthema benannt, das mich zunächst verwundert hat und das ich so nicht annehmen wollte, weil es schwierig ist, Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik und Politik zu formulieren. Das haben wir bisher auch nicht getan, aber ich will es versuchen. Man-

che meiner Positionen zu Alleinstellungsmerkmalen wird zu diskutieren sein. Vielleicht ist es auch vermessen, für uns Alleinstellungsmerkmale zu formulieren. Andererseits ist es zweckmäßig oder sogar erforderlich, der Gesellschaft, insbesondere ökologisch engagierten Menschen zu erklären, warum sie ausgerechnet DIE LINKE wählen sollen, mit und wegen ihrer ökologischen Positionen. Denn es muss uns klar sein, dass, wenn wir Mehrheiten für unsere Programmatik und Politik erreichen wollen, wir den Menschen sagen müssen, warum man uns auch oder gerade wegen unserer ökologischen Positionen wählen soll.

Ich denke, unsere Alleinstellungsmerkmale bestehen weniger in den ökologischen Positionen, sondern mehr in der Verbindung mit den anderen Politikbereichen, die für das Gelingen des sozial-ökologischen Umbaus entscheidend sind. Wir vertreten eine komplexe, ressortübergreifende Politik, in der das Ökologische eine zentrale Stellung hat. Das Beschreiten eines Entwicklungspfad in eine neue Gesellschaft wird nur gelingen, wenn auf den entscheidenden Politikfeldern neue Wege gegangen werden. Das ökologische Feld des Umwelt-, Natur-, Klima- und Ressourcenschutzes muss mit den Politikbereichen verknüpft werden, die unverzichtbar für die Umsetzung der ökologischen Positionen sind. Wenn wir Bündnispartner für den Übergang zu einem ökologischen Entwicklungsweg für einen Systembruch finden wollen, müssen wir klar sagen, wie - mit welchen Maßnahmen und Instrumenten - wir den sozial-ökologischen Umbau gestalten wollen. Deshalb ist die Fest- und Herausstellung von Alleinstellungsmerkmalen linker ökologischer Politik richtig und wichtig. Es sind Verknüpfungen, die wir bereits vornehmen oder die wir erreichen wollen, um konsequent Gesellschaftspolitik, insbesondere Umweltpolitik, zu betreiben. Das ist nicht nur eine Herausforderung für ökologisch engagierte Genossen, sondern auch für diejenigen, die auf anderen Politikfeldern tätig sind. Beispielsweise müssen sich auch Bildungspolitiker mit der ökologischen Frage beschäftigen, denn der Wechsel des Entwicklungsweges beginnt im Kopf.

Ich möchte im Folgenden neun Politikbereiche benennen, die aus meiner Sicht besonders wichtig für die Lösung der ökologischen Frage sind, und dazu jeweils ein paar Anmerkungen machen.

1. Kritik und Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung

Mit der konsequenten Kritik und der Ablehnung des Kapitalismus wird die Systemfrage gestellt und beantwortet. Der allen bekannte Sozialdemokrat Hermann Scheer kritisiert auf das Schärfste das vorherrschende Energiewirtschaftssystem, stellt jedoch nicht das gesellschaftliche Gesamtsystem in Frage. Er übt fundamentale Kritik an den Energiekonzernen und der zentralen

fossilen Energiewirtschaft, die von einer dezentralen solaren Energieversorgung abgelöst werden muss. Sozialdemokraten wie Hermann Scheer sind sicherlich potenzielle Partner für die LINKE. Er und andere treten ja auch nicht selten bei Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und unserer Partei bzw. Fraktion auf. Ende September/Anfang Oktober wird Hermann Scheer als Impulsgeber auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung auftreten^{**}. Ich soll seinen Vortrag kommentieren. Dabei wird es sicherlich auch um die Kapitalismuskritik als Alleinstellungsmerkmal der LINKEN gehen.

2. Konsequente Verbindung der ökologischen mit der sozialen Frage

Es gibt keine andere Partei, die die ökologische Frage so konsequent mit der sozialen Frage verbindet. Das bedeutet, dass einerseits ökologisch engagierte Linke die sozialen Wirkungen ökologischer Politik beachten müssen, andererseits Sozialpolitiker die kurz- und langfristig eintretenden Folgen sozialpolitischer Rahmenbedingungen berücksichtigen müssen, dass letztlich auch die sozialen Möglichkeiten durch die begrenzten natürlichen Ressourcen eingeschränkt und begrenzt werden. Die Konsequenz daraus ist, dass auch Sozialpolitik nicht nur Tagespolitik, sondern auch Zukunftspolitik sein muss. Die Verbindung von ökologischer und sozialer Frage ist eine große, hin und wieder schwer zu lösende Herausforderung für Umwelt- und Sozialpolitiker.

3. Verbindung der ökologischen Politik mit der Eigentumsfrage

Es gibt keine andere Partei mit bundespolitischer Bedeutung, die die Eigentumsfrage als wichtige Bedingung zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung so konsequent stellt und beantwortet wie DIE LINKE. Allerdings muss man in der Debatte über die Bedeutung verschiedener Eigentumsformen sehr differenziert vorgehen. Gesellschaftliches Eigentum (Staat, Kommune) und Gemeinschaftseigentum (Genossenschaft, Mitarbeiterbeteiligung) sind vor allem in den Bereichen der Sicherung der Daseinsvorsorge (Energie, Wasser/Abwasser, Mobilität, Gesundheit) eine wichtige Voraussetzung für den sozial-ökologischen Umbau. Allerdings kommt es entscheidend darauf an, dass diese Eigentumsformen genutzt werden, um einen Politikwechsel durchzuführen. Die Eigentumsform allein gewährleistet keine nachhaltige Politik. Negativbeispiele sind die Deutsche Bahn AG und der Vattenfall-Energiekonzern, die sich in Staatseigentum befinden. Zu nennen sind auch die Erfahrungen mit dem Volkseigentum in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern, das keine Gewähr für ökologisch nachhaltige Entwicklung

^{**} Anmerkung d. Red.: Diesen – leider letzten großen Vortrag (weil er unerwartet kurz danach verstarb) hat die Ökologische Plattform für die Tarantel Nr. 53 (Veröffentlichung Juni 2011) in die Schriftform übertragen.

waren. Die Umwandlung von Privateigentum in Staatseigentum bewirkt noch nichts, wenn es nicht tatsächlich unter gesellschaftliche Kontrolle kommt, wenn es keine demokratische Kontrolle gibt.

4. Verbindung des ökologischen Umbaus mit dem Wirtschaftssystem

Der Übergang zu neuen ökologischen Entwicklungspfaden wird nur gelingen, wenn das Wirtschaftssystem in wichtigen Bereichen grundsätzlich auf regionale Kreisläufe und Dezentralität anstelle von Zentralität umgestellt wird. Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch schon in vergangenen Jahrhunderten Ökonomen gegeben hat, die nachhaltig gedacht und gewirkt haben. Aus Mecklenburg-Vorpommern will ich beispielhaft Johann Heinrich von Thünen* nennen, ein Landwirt, Agrarökonom mit sozialer und ökologischer Verantwortung. Thünen hat das Konzept der Organisation der Landwirtschaft in Kreisen um Zentren (Städte) herum (Thünen'sche Kreise) entwickelt und hat Renten für seine leibeigenen Bauern eingeführt, wofür ihn seine Gutsbesitzerkollegen heftig kritisiert haben. Thünen war mit seinem Konzept wirtschaftlich erfolgreich. Sein Erbe wird nicht nur wissenschaftlich gepflegt, sondern gilt heute wieder als beachtenswertes Modell für die zukünftige Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums.

5. Verbindung der ökologischen Frage mit der Wachstumsfrage

Bei allen kontroversen Debatten in der Partei DIE LINKE ist klar, dass die ökologische Nachhaltigkeit der Entwicklung nicht von der Lösung des Problems des ressourcenverbrauchenden Wachstums getrennt werden kann. Die ökologische Frage kann nicht gelöst werden, wenn es nicht zu einer radikalen Senkung des Verbrauchs an Energie und Rohstoffen sowie zu einem völlig neuen Niveau des Recyclings von verbrauchten Rohstoffen kommt.

Ressourcenverbrauchende Produktion muss schrumpfen, um zukunftsfähige Entwicklung zu sichern. Die wissenschaftlich diskutierten Reduktionsfaktoren 4, 5 und 10 müssen tatsächlich erreicht werden. Der im Programmentwurf benutzte Begriff des selektiven Wachstums wird sehr kritisch bewertet, weil er die große Herausforderung der Senkung des Ressourcenverbrauchs nur unzureichend beschreibt. Auf jeden Fall muss DIE LINKE sich eindeutig bekennen und klarer sagen, welches Wachstum sie haben und nicht haben will. Der bisher zur Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung herangezogene Begriff Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ungeeignet, um nachhaltiges ressourcensparendes Wachstum bewerten zu können. Die Diskussion und Beschlussfas-

* Anmerkung d. Red.: Johann Heinrich von Thünen (1783 – 1850):

sung des Programms muss deutlich machen, dass die Linkspartei kapitalismus- und wachstumskritisch ist.

6. Verbindung der ökologischen Frage mit umfassender Demokratie

Für die LINKE ist nicht nur der Sozialismus, sondern auch die Demokratie Ziel, Weg und Wertesystem. Das bedeutet, dass auch die ökologischen Fragen auf demokratischem Weg diskutiert und beantwortet werden müssen: parlamentarisch, außerparlamentarisch, im Zusammenwirken mit Umweltverbänden, durch Wirtschaftsdemokratie, durch mehr direkte Demokratie. Ich bin davon überzeugt, dass Bewegungen, Verbände und Initiativen nicht daran interessiert sind, dass wir uns an die Spitze der Bewegung setzen. Sie erwarten von uns, dass wir mit ihnen zusammenarbeiten, dass es eine zielorientierte Rollenverteilung von Parteien und Bewegungen gibt. Parteien müssen diesbezüglich sehr sensibel sein. Wichtig ist, dass wir uns als Personen einbringen, nicht unbedingt, dass wir Führungspositionen erobern. Das versuchen immer wieder die Grünen, was ihnen nicht immer Lob einbringt.

Führungspositionen werden wir nur dort haben können, wo die handelnden Personen sich durch ihr Engagement große Achtung und Vertrauen erworben haben.

Wenn wir Mehrheiten in der Gesellschaft für unsere Politikvorstellungen erreichen wollen, ist die Einführung einer echten Wirtschaftsdemokratie außerordentlich wichtig. Nur wenn die Beschäftigten an wesentlichen Entscheidungen in und für die Zukunft von Unternehmen beteiligt sind, werden sie zu selbstbewussten Akteuren der wirtschaftlichen Entwicklung. Aber auch für diesen Bereich gilt, dass die Beteiligung an Entscheidungen noch nicht gewährleistet, dass betriebs- und volkswirtschaftlich nachhaltige Entscheidungen getroffen werden. Es kommt darauf an, wie dieses Recht genutzt wird.

7. Verbindung der ökologischen mit der Friedensfrage

Aus meiner Sicht ist es für LINKE unabdingbar, die Friedensfrage mit der ökologischen Frage (und umgekehrt) zu verbinden. Krieg tötet und verletzt nicht nur Menschen, sondern zerstört Natur und Umwelt, vernichtet natürliche Ressourcen. Und der Kampf um abnehmende Ressourcen (fossile Energieträger, metallische und mineralische Bodenschätze, Wasser u. a.) birgt die Gefahr politischer und militärischer Konflikte. Diese oftmals eigentlichen Ursachen von Interventionen und Kriege werden nur selten benannt. Häufiger sind religiöse, menschenrechtliche und andere Begründungen. DIE LINKE ist auch aus ökologischen Gründen eine konsequente Friedenspartei.

8. Verbindung der ökologischen Frage mit der Bildungspolitik

Die Bildung ist ein Politikbereich, der wesentlich über Wertvorstellungen der Gesellschaft und des Einzelnen entscheidet. Bildung prägt Haltungen für das Leben, bestimmt den Platz in der Gesellschaft, beeinflusst Lebensstile. Nachhaltiges Leben und Wirtschaften beginnen im Kopf. Aus meiner Sicht gibt es erhebliche Defizite bei der Bildung für Nachhaltigkeit in den Schulen und Berufsschulen, aber auch und vielleicht noch mehr an den Universitäten und Hochschulen. Das ist auch eine Erkenntnis meiner Tätigkeit als Hochschullehrer bis 1998. Auch deshalb halte ich Vorträge zu ökologischen Erfordernissen für die Hochschullausbildung und für die Wissenschaft. Nicht nur die Wirtschaft muss sich ökologisch hinterfragen, sondern ebenso die Wissenschaft. Die Ökologie muss ein fester Bestandteil der Bildung sein. Bildung muss vermitteln, wie die Menschheit im Einklang mit der Natur leben und wirtschaften kann, was man von der Natur als dem besten Lehrmeister für Konstruktion, Prozessgestaltung und Design, für die Technologie- und Wirtschaftsentwicklung lernen kann.

9. Politikstil als Merkmal linker ökologischer Politik

Aus meiner Sicht sind der Stil und die Kultur der Politik überaus wichtig für das Erreichen gesellschaftlicher Mehrheiten für linke Vorstellungen der alternativen Entwicklung der Gesellschaft. Denn der Umgang mit Kritikern und potenziellen Partnern für den Übergang zu alternativen Entwicklungswegen ist wesentlich für die eigene Ausstrahlung und Überzeugungskraft. Überhebliche Besserwisser stoßen selbst grundsätzlich gleichgesinnte Partner ab. Man muss offen sein für die Beratung und den Disput. Das gilt natürlich auch und in besonderem Maße für unsere Partei selbst. Es gilt aber ebenso für die gesamte Gesellschaft, für unser Verhalten zu Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden, Vereinen, Initiativen u. a. Ich denke, dass DIE LINKE diesbezüglich gegenwärtig erhebliche Defizite aufweist. Demokratischer, kooperativer, gewinnender Politikstil sollte jedoch ein Merkmal, Alleinstellungsmerkmal, der LINKEN sein. Das muss auch beachtet werden, wenn man Leitplanken oder Haltelinien für rote und grüne Politik formuliert. Ich bin sehr für solche Leitplanken. Sie dürfen aber im Interesse der Gewinnung gesellschaftsverändernden Mehrheiten kein Korsett sein. Wichtig ist, in die richtige Richtung zu gehen. Das gilt übrigens nicht nur für Regierungsbeteiligungen, sondern ebenso für das Agieren in der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition, auch und besonders in der Kommunalpolitik.

Abschließend möchte ich nochmals herausstellen, dass die Verbindung der ökologischen Frage mit den für die ökologische Antwort entscheidenden Poli-

tikfeldern die eigentliche politische Innovation der LINKEN sein kann und muss. Das betrifft die Herstellung der Zusammenhänge und das komplexe Denken und Handeln. Eine herausragende Rolle bei der Verbreitung dieser innerparteilichen und die Gesellschaft erreichenden Botschaft spielt das Führungspersonal der LINKEN. Dieses muss das grundsätzliche Verständnis verinnerlichen und nicht nur nach innen, sondern auch nach außen tragen. Die Verbindung der sozialen und anderen Fragen mit der ökologischen Frage muss Chefsache sein, programmatisch und in der praktischen Politik. Und dabei gibt es auf allen Ebenen noch viel zu tun. (*Beifall*)

9. Thesen

Zur Konferenz wurden von zwei Referenten Thesen zu ihrem Vortrag vorgelegt, die an dieser Stelle abgedruckt werden.

9.1. **Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus. Für eine gemeinsame Strategie der ArbeiterInnen- und Umweltbewegung**

Thies Gleiss, Stellvertretender Landessprecher DIE LINKE Nordrhein-Westfalen

1.

Die LINKE will sich bis Ende 2011 ein erstes Grundsatzprogramm geben und diskutiert seit März dieses Jahres einen ersten Entwurf dazu. Deutlicher noch als im Parteigründungsdokument „Eckpunkte einer programmatischen Erklärung“ von 2007 erhält die ökologische Frage im Programmentwurf einen zentralen und durchgängig in die einzelnen Kapitel integrierten Stellenwert. Gleichzeitig sind die Mitglieder und AnhängerInnen der LINKEN überall im Land an konkreten Aktivitäten der Umweltbewegung in vorderster Linie beteiligt: Gegen Atom- und Kohlekraftwerke, gegen den Braunkohlenabbau, gegen zerstörerische Verkehrsprojekte wie Stuttgart 21 oder die Fehmarnbelt-Brücke, gegen die Klimagefährdung und für zahllose konkrete Umweltschutzprojekte. Bei einer tabufreien Bewertung von Programm und Politik der LINKEN, zu der immer mehr der großen Umweltschutzverbände gelangen, ist das Urteil eindeutig: Auch in Umweltfragen ist die LINKE heute die konsequenteste und fortschrittlichste Kraft, sie ist die eigentliche Umweltpartei. Aber es gibt immer wieder auch umweltpolitisch bedenkliche Positionen und Verhalten von bekannten Einzelpersonen oder Kreis- und Landesverbänden der LINKEN. Die Haltung der brandenburgischen LINKEN zum Braunkohletagebau und zur Kohlendioxideinlagerung gehört dazu, aber auch die unkritische Verteidigung der „Entfernungspauschale“ im Steuerrecht durch viele Parteikräfte, oder die Lobpreisung der „Abwrackprämie“ zur Krisenminderung.

Der LINKEN fehlt es immer noch an einer systematischen Analyse einer radikalen, antikapitalistischen Umweltpolitik. Der Programmentwurf öffnet dafür einige Türen, ist aber noch längst nicht bei einem befriedigenden Ergebnis angelangt.

2.

Seit nunmehr 40 Jahren ist das Thema „Umwelt“ und Zerstörung der natürlichen Grundlagen jeglichen menschlichen Lebens ein weiteres „Jahrhundertthema“, das politisches Denken und Handeln bestimmt und das politische Bewusstsein fast aller Menschen beeinflusst und im wachsendem Maße prägt. Es reiht sich damit als fünftes großes Thema in eine Reihe ein, neben dem Kampf um das individuelle Überleben, den Kampf gegen Hunger und Krankheit; dem Kampf um das kollektive Überleben, gegen den Krieg und Waffengewalt; dem Kampf um soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, gegen Ausbeutung und Klassenherrschaft; dem Kampf um politische und demokratische Freiheit, gegen Unterdrückung, Diktatur und Besatzung und dem Kampf um kulturelle Emanzipation und Bildung, gegen Unwissenheit, religiösen Aberglauben, Rassismus und Sexismus. Jedes dieser großen Themen hat reale soziale Bewegungen geschaffen, die das konkrete Bild der gesellschaftlichen Klassenkämpfe bestimmen, so auch die weltweite Umweltbewegung. In ihnen schlummern die immer wieder lebendigen und durch keine Irrtümer und keine Repression vollständig zu erstickenden Potenzen der faszinierendsten sozialen Idee der Menschheit: Die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, mit gleichen Chancen und Rechten für alle, ohne Ausbeutung, gewaltsame Konfliktlösung und Krieg, mit sozialer Gerechtigkeit und politisch-kultureller Partizipation aller und mit einem demokratisch weltweit legitimierten, rationalen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Eine linke Partei, die sich dieser Utopie verpflichtet fühlt und sie mit konkreten Perspektiven, Hoffnungen und Handlungen in politische Praxis umsetzen will, muss in allen diesen Bewegungen mitspielen, ihre radikalsten Kräfte bündeln und miteinander verzahnen und inhaltlich die wegweisenden Vorschläge machen.

3.

Eine Milliarde Menschen, ein Sechstel der Weltbevölkerung, leidet an Hunger; drei Milliarden Menschen leben in akuter Armut; fast eine Milliarde Menschen können nicht lesen und schreiben; zwei Milliarden fehlt der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Abwasserentsorgung; fast eine Milliarde ArbeiterInnen ist ohne oder hat nicht ausreichende Erwerbsbeschäftigung, der einzigen Quelle zur Sicherstellung des Lebensunterhalts; eine Billion Euro wird jedes Jahr für Waffen ausgegeben und für eine ununterbrochene Kette von Massenmorden in Kriegen genutzt. Unter den Opfern dieser Tatsachen sind mehrheitlich und besonders die Frauen betroffen. In den jährlichen Berichten von Amnesty International und ähnlichen Einrichtungen wird die Mehrheit der

Staaten wegen politischer Unterdrückung, Folter, willkürlicher Justiz, Minderheitenverfolgung und sexistischer und rassistischer Diskriminierung angeprangert. Diese Fakten beweisen in aller Kürze: Die weltweit dominierende und bis in den letzten Winkel des Erdballs vorgedrungene kapitalistische Produktionsweise ist nicht in der Lage, die großen Forderungen und Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und produziert gleichermaßen zerstörerische Kräfte. Die vielgepriesene – und jetzt auch in der Programmdebatte der LINKEN behauptete – fortschrittliche, emanzipatorische, kulturell-zivilisatorische Kraft des Kapitalismus ist in Wahrheit nur ein Minderheitenregime. Soziale Ungleichheit bis zum tiefsten Elend, Krieg, Unwissen und Aberglauben, politische Unterdrückung und gesellschaftliche Polarisierung sind konstituierende Elemente dieser Produktionsweise – sie können nur aufgehoben werden, wenn der Kapitalismus verschwindet. Wer diese Gesamtheit der kapitalistischen Realität ausblendet und nur auf einige reale oder auch beschönigte Glanzpunkte in den reichsten Zonen der Welt blickt, hat die wichtigste Grundlage eines linken Programms ebenso wenig begriffen, wie das zentrale Motiv für soziale Bewegungen, die zu realen Veränderungen führen.

4.

Auch für das Jahrhundertthema „Umweltzerstörung“ ist nach vier Jahrhunderten sich stets weiter global ausdehnender, kapitalistischer Produktion offenkundig: Es ist diese Produktionsweise selbst, die natürliche Ressourcen vergeudet sowie beschleunigt und unwiederbringlich verbraucht. Sechs und mehr Milliarden Menschen auf der Welt sind unter jeglichen sozialen Verhältnissen, auch in einem idealtypischen Sozialismus der feinsten Sorte, eine gigantische Herausforderung für das Ökosystem. Ebenso richtig ist die geophysikalische Erkenntnis, dass die Erde und die auf ihr heute herrschenden klimatischen und energetischen Zustände, die ein menschliches Leben ermöglichen, endlich sind. Aber betrachtet man die Erde als ein geschlossenes System (was sie natürlich durch die Energiezufuhr durch die Sonne nicht ist, aber die Dynamik wird dadurch nur abgebremst), in dem die Gesetze der Thermodynamik gelten, so ist unbestreitbar, dass die kapitalistische Produktionsweise und ihre Gesellschafts- und Eigentumsordnung gegenüber allen anderen Produktionsweisen die größte Steigerung der Entropie verursacht haben, das heißt die Umwandlung eines Zustands der geordneten Ungleichverteilung von Energie und Rohstoffen – was die Grundlage für wirtschaftliches Produzieren und gesellschaftliches Leben ist – in einen Zustand der ungeordneten Gleichverteilung.

Der menschliche Eingriff in den Kohlenstoffkreislauf, die Verbrennung von fossilen Kohlenstoffverbindungen und Verteilung in Form von Kohlenstoffoxiden sind die Hauptursache für die gravierenden Auswirkungen auf das Klima,

die drohen, die Lebensverhältnisse von Millionen von Menschen drastisch zu verschlechtern.

Die Zerstörung der Wälder, die Vergiftung und übermäßiger Verbrauch der Gewässer, die Beschleunigung des Artensterbens, die Überdüngung und spätere Auslaugung und Erosion der Böden, die endgültige Vernutzung von Rohstoffvorkommen, die Produktion einer ganzen Kunstwelt an neuen, in der Natur nicht vorkommenden Verbindungen und Produkten, am bekanntesten vielleicht die Produktion von halogenisierten Kohlenwasserstoffen; die Anhäufung eines ununterbrochen wachsenden Müllbergs; die Erzeugung einer weiteren Welt von völlig überflüssigen Produkten (von der Werbung, über die Drogen bis zur Waffenproduktion) – all das sind die Grundlagen und zugleich Folgen der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Neben der fürchterlichen Gefahr einer kollektiven Selbstausrottung durch nukleare und sonstige Massenvernichtungswaffen, neben der Barbarei des täglichen und immer auswegloseren Kampfes um das nackte Überleben, gegen Hunger und Krankheit bei Millionen Menschen, schafft der Kapitalismus die zusätzliche, schleichende, aber immer häufiger auch als viele Menschenleben kostende „Naturkatastrophe“ auftretende ökologische Barbarei.

5.

Das systemische Funktionieren des Kapitalismus schließt eine ökologische Selbstkorrektur aus.

- Die kapitalistische Produktionsweise beruht auf der Produktion von Waren für einen anonymen Markt, auf dem das Kapital erst nachträglich und nach Behauptung in einem gnadenlosen Konkurrenzkampf mit anderen Marktteilnehmern als sinnvoll investiert erscheint, weil es einen Profit realisiert hat.
- Die Verwandlung aller Dinge in eine verwertbare Ware hat eine ökonomische Zurichtung zur Voraussetzung, deren Endresultat in einer wachsenden Parzellierung liegt. Heute wird buchstäblich mit dem heraus gelösten einzelnen Atom ein Geschäft gemacht. Alles nicht ökonomisch verwertbare wird entweder „Abfall“ oder von anderen Unternehmen in Waren verwandelt. Eine ganzheitliche Perspektive wird systematisch verhindert.
- Die weltweite Konkurrenz führt im krassen Gegensatz zu dieser Parzellierung zu immer mehr zentralisierten Besitz- und Machtverhältnissen, die zäh an einmal etablierten Warenproduktionen festhalten, solange der Profit stimmt.

- Der Kampf um Märkte und Rohstoffe hat eine ökonomische Zurichtung der gesamten Welt zur Folge, eine Aufteilung in Rohstofflieferanten, Produktionsstätten, Transportzentren, Dienstleistungszentren, Ballungsräume des Konsums, durchzogen von zentralisierten Verkehrsadern. Rücksicht auf Naturreserve, ökologische, kulturelle und historische Zusammenhänge kann nicht genommen werden. Intakte Gemeinschaften werden zerstört und dem Weltmarkt gemäß zugerichtet, regionale Ökonomien werden aufgerieben und aufgesaugt. Die Menschen werden in immer größer und zerstörerischer werdenden Megaballungszentren zusammengetrieben, weil ökonomisches Überleben und Konsumieren nur dort möglich ist.
- Die Warenwirtschaft hat als einzige Basis ihrer Austauschbeziehungen die Zeit, die zur jeweiligen Produktion der Ware erforderlich ist. Der Kampf um die beste Marktposition prägt deshalb ein systemtypisches Zeitregime. Investiertes Kapital muss sich in immer kürzeren Kreisläufen über Produktion und Verkauf auf dem Markt in Profit und neu investierbares Kapital verwandeln. Diese Kapitalzyklen stehen in keinem Verhältnis zu biologischen und ökologischen Kreisläufen. Die Produktionszeit der Waren als Messlatte der Austauschbeziehungen ist ein ausschließlich quantitatives System. Qualitative, „unvergleichbare“ Kriterien – können nicht einbezogen werden. Geld kann eben nur mehr, aber nicht schöner oder gesünder werden.
- Um einen größtmöglichen Profit zu realisieren, müssen mit aller wissenschaftlichen Sorgfalt und geplant sämtliche Faktoren, die nicht zur unmittelbaren Warenproduktion gehören, als lästige Kosten externalisiert werden, damit sie vom Konkurrenten oder von der Allgemeinheit getragen werden. Das Kapital kann und darf sich kein soziales oder ökologisches Gewissen leisten.
- Die Produktion für einen kapitalistischen Markt schafft keine Gebrauchswerte, die einem tatsächlichen Bedarf entsprechen, sondern nur Werte für den Austausch am Markt, vermittelt über die allgemeine Ware Geld. Ob die Produktion und die darin investierte lebendige und tote Arbeit sinnvoll waren, entscheidet sich erst nachträglich am Markt. Die Arbeit im Kapitalismus ist nicht unmittelbar, sondern nur über den Markt vermittelt gesellschaftlich. Dies ist die Quelle für im Kapitalismus zwangsläufig regelmäßig auftretende Überproduktionskrisen. Gigantische Warenmengen werden nicht verkauft, Kapital wird zerstört, Rohstoffe und Energien werden vergeudet. So wie der einzelne Kapitalist mit äußerster Rationalität seine Investitionen und seine Produktion plant, so hat das vom Markt und Konkurrenz gesteuerte Gesamtsystem eine nicht aufhebbare Irrationalität. Der Kapitalismus ist eine Wirtschaftsordnung der größten Verschwendung von Rohstoffen und Energie.

- Es werden Werte, nicht Gebrauchswerte produziert. Das ist die Aufhebung jeder Grenze für unsinnige, gefährliche, süchtig- und krankmachende Produkte und Dienstleistungen. Was zählt, ist, was verkauft werden kann. Gleichzeitig werden wichtige Qualitätsmerkmale wie Langlebigkeit, Reparierbarkeit der Produkte und Sparsamkeit im Ressourcenverbrauch unterdrückt und verhindert, weil sie die Verkaufbarkeit eher senken, auch wenn die Werbeideologie monoton das Gegenteil behauptet.
- Die Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware, das heißt die erste und grundlegende Enteignung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln, ist die Grundlage eines komplexen Entfremdungsprozesses. Konsument und Produzent treten sich nur vermittelt über Geld- und Marktbeziehungen gegenüber. Die Produktion schafft den Konsumenten. Die Ware Arbeitskraft und damit der Mensch, der an ihr dranhängt, wird dem gleichen ökonomischen Zurichtungsprozess und Zeitregime unterworfen, wie jede andere Ware auch. Die Akzeptanz des Schicksals als Arbeitskraftverkäufer erzeugt die Gleichgültigkeit der Menschen vor der Natur, vor ihrer eigenen Gesundheit, vor ihren Mitmenschen, die auf der anderen Seite als Konsument stets als schrecklich, falsch und belastend empfunden wird. Die bürgerliche Ideologie – immer mehr unerlässlich zum Erhalt des Gesamtsystems – ist falsches Bewusstsein, dass seinen Ursprung und seine Tiefenwirkung in diesem Entfremdungsprozess hat.

6.

Es gibt deshalb keinen ökologischen Kapitalismus. Eine rationale gesellschaftliche Gesamtplanung ist objektiv nicht möglich. Ressourcenschonung, Stoffflüsse und ihre Überwachung, Wiederverwertung, demokratischer Technologie- und Wissensaustausch scheitern an der Konkurrenz und ihren Geschäftsgeheimnissen, Intrigen und Betrügereien, und der Zwang zum Profit verhindert und verschleppt den Prozess der Überwindung ökologisch bedenklicher Produkte und der Durchsetzung neuer Ideen und Produkte. Je höher die Profitrate, desto hartnäckiger klebt das Kapital in den entsprechenden Sektoren, obwohl beispielsweise die Erdöl-, Chemie- und Autoindustrie genau wissen, was sie letztlich anrichten.

Der Kapitalismus verwandelt auch die Umwelt und selbst deren Zerstörung in Waren – sofern es ihm gelingt. Das ist die einzig gewährte Voraussetzung einer immanenten Selbstkorrektur der umweltschädigenden Kräfte des Kapitalismus. Trotz jahrzehntelanger Versprechen und Bemühungen ist aber nicht viel mehr als die „End-of-the-pipe“-Technologie entstanden. Sie beschäftigt zwar kontinuierlich mehr Arbeitskräfte, verdrängt aber nicht die mächtigen Kapitalinteressen, die „am Anfang vom Rohr“ stehen. Die erneuerbare Ener-

gie ist zwar ein wachsender Markt, aber er wird in den Strukturen der Zentralisierung und privaten Profitaneignung erschlossen – die weder die konservativen Energieproduzenten schnell genug oder überhaupt beiseite schieben, noch die Energieeinsparung als Ziel integrieren können.

Die kapitalismuskonforme Umweltpolitik versucht mit marktwirtschaftlichen Mitteln – Zertifikatswirtschaft, die das Recht zur Umweltschädigung und Ressourcenverschwendung zur Ware machen soll – eine Umsteuerung zu erreichen. Mehr als eine neue Börsenspielerei für die bekannten Akteure ist aber nicht herausgekommen. Am Anfang solcher Versuche, die Natur und ihre Vernutzung in Waren zu verwandeln, stehen politisch festgelegte „Preise“, deren Umfang aber von den bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen begrenzt wird. Auch die sonstigen Steuerungsmittel – Ökosteuern, Zwangsabgaben, Produktverbote, Grenzwertfestlegungen für Gifte und Emissionen – scheitern an den bestehenden Kräfteverhältnissen und sind – sofern sie in Form von indirekten Steuern auftreten – gleichzeitig ein permanenter Angriff auf die Einkommen der Endverbraucher, der Arbeiterklasse also, die fast ihr gesamtes Einkommen für den Konsum ausgibt.

7.

Bereits in den achtziger Jahren und heute wieder wird ein grüner Kapitalismus versprochen, der mittels eines „Green New Deals“ forciert eingeleitet werden soll. Waren es damals die Sozialdemokraten, die schon die Ökologiebewegung und die damals noch relativ linken Grünen im Nacken spürten, mit ihrem Versprechen des Umweltschutzes als weltweiten neuen Riesemarkt, der eine neue Epoche des Kapitalismus einleiten sollte (z. B. Brundlandt-Report, der von vielen Regierungen als Programm übernommen wurde), so sind es heute die Grünen selbst, die einen neuen Aufschwung mit ökologischen Dienstleistungen und Produktionssteuerung nach ökologischen Kriterien versprechen. Ohne radikale Eingriffe in die kapitalistischen Strukturen und Entmachtung der gesellschaftlichen Kräfte hinter ihnen wird aber auch diese neue Variante eines ökologischen Reformismus scheitern.

Schon gar nicht wird dadurch der heute von allen Experten und Fachtagungen unstrittig als notwendig erachtete Umfang der ökologischen Maßnahmen erreicht. Eine Reduzierung der CO₂-Emissionen der Industriestaaten um 90 Prozent – von anderem Ressourcenverbrauch ganz zu schweigen – ist ohne eine radikale Politik gegen die heute aktiven Großunternehmen und die gesamte nach ihren Interessen zugerichtete Volkswirtschaft nicht zu verwirklichen.

8.

Eine linke Umweltpolitik muss deshalb radikal antikapitalistisch sein. Sie besteht aus verschiedenen, gleichzeitigen und miteinander verzahnten Aktionsperspektiven:

- Unterstützung der radikalen Umweltbewegung bei der Verhinderung und Blockade von neuen umweltschädigenden Projekten – gegen neue Atom- und Kohlekraftwerke; gegen Verkehrsgroßprojekte; gegen die Ausdehnung der umwelt-, klima- und ressourcenschädigenden Industrieproduktion in Chemie-, Automobil- und bestimmten Metallindustrien. Unterstützung der Umweltbewegung in ihrem Kampf gegen Agrarmultis, gegen Gentechnik, gegen Wasserprivatisierung und gegen Rohstoffausbeutung ohne Rücksicht auf lokale Ökonomien und natürliche Ressourcen.
- Vergesellschaftung aller großen Konzerne der Energie-, Chemie-, Erdöl- und Automobilindustrie. Unterstützung des Kampfes um Wiederaneignung der Produktionsmittel durch die unmittelbaren Produzenten. Garantie der Einkommen aller Beschäftigten als Voraussetzung einer demokratischen Diskussion um Produktionsumstellung. Radikale Arbeitszeitverkürzung.
- Aufbau eines weltweiten Programms für gleiche soziale und ökologische Rechte. Für internationale Abkommen mit radikalen Reduktionszielen bei CO₂ und anderen schädlichen Emissionen. Für Wissens- und Technologietransfer von den reichen in die armen Länder, für Entschuldung der armen Länder. Für die Förderung regionaler und lokaler Ökonomien und dezentraler Energieversorgung gegen das Diktat der „Freihandelsabkommen“. Für Verbot der Rüstungsproduktion und ihres Exports. Verbot des Giftmüllhandels.
- Entfaltung einer breiten Debatte über Dezentralisierung und Entschleunigung als zentrale Ziele eines ökologisch-sozialen Umbaus der Gesellschaft. Ausbau kollektiver Verkehrssysteme, regionaler Energieversorgung, regionaler, ökologischer Landwirtschaft. Radikale Reduzierung der Abfallproduktion und dezentrale Entsorgung.
- Entwicklung eines politischen Programms von Reduzierungszielen, Abgaben mit dem kurzfristigen Ziel, die Belastung der Umwelt zu reduzieren. Gegen indirekte Steuern und gegen die Vermarktung der Umweltzerstörung durch Emissionshandel. Ausbau und umfassende Überwachung von Grenzwerten bei allen bedenklichen Stoffen.
- „Ökologisierung“ der Strukturen, Forderungen und Kampfformen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Für den Ausbau von Vetorechten der Belegschaftsvertreter gegen ökologisch bedenkliche Verfahren und Produktion. Unabhängig kontrollierte Stoffflussprotokolle und Ressourcen-

kreisläufe. Für eine Kampagne zur Bezahlung der Fahrtzeit zur Arbeit als Arbeitszeit durch die Unternehmen und gegen die Entfernungspauschale. Ökologisierung auch der Tarifpolitik mit Forderungen und Stufenplänen zur Produktionskonversion, zum Verbot von bestimmten Verfahren und Produkten.

9.

Die LINKE formuliert als Alternative zum Kapitalismus eine sozialistische, demokratisch geplante und verfasste Gesellschaftsordnung. Ein treffenderes Wort als Ökosozialismus gibt es dafür nicht.

9.2. Die Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik (und Politik)

Prof. Dr. Wolfgang Methling

- Es scheint vermessen zu sein, über Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik (und Politik) zu sprechen.
- Andererseits ist es nicht nur zweckmäßig, sondern auch erforderlich, der Gesellschaft, insbesondere ökologisch engagierten Menschen zu erklären, warum sie DIE LINKE wegen ihrer ökologischen Positionen wählen oder sich in der LINKEN engagieren sollten.
- Ich denke, dass die Alleinstellungsmerkmale weniger auf dem Feld der Ökologie, des Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzes liegen, sondern mehr in der Verknüpfung der ökologischen mit anderen Politikfeldern, die für die Umsetzung der ökologischen Positionen, für die Überwindung des kapitalistischen Systems, für das Beschreiten eines neuen, auch ökologischen Entwicklungspfadens unverzichtbar bzw. sehr wichtig sind.
- Aus meiner Sicht können, sollten oder müssen Alleinstellungsmerkmale der LINKEN gegenüber den anderen Parteien in der Verbindung der ökologischen Positionen mit folgenden Politikfeldern (und umgekehrt) bestehen:

1. Konsequente Kritik und Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung

- Überwindung des Systems
- Transformation/Revolution

2. Soziale Frage

- Soziale Wirkungen des sozial-ökologischen Umbaus
- Ökologische Wirkungen von sozialen Maßnahmen
- Ungelöste ökologische Fragen haben langfristig soziale Wirkungen.

3. Eigentumsfrage

- Verstaatlichung, Re(Kommunalisierung)
- Genossenschaftliches Eigentum
- Vergesellschaftung
- Nutzung der Eigentümerposition für ökologischen Fortschritt

4. Wirtschaftssystem

- Dezentralisierung
- Regionalität
- Energiesystem
- Technologieentwicklung nach dem Vorbild der Natur (Bionik)

5. Wachstumsfrage

- Ressourcenschutz (Energie, Mineralien, Metalle, Wasser)
- Klimaschutz, Umweltschutz, Biodiversität
- Effizienz
- Akkumulationskritik (Akkumulation des Kapitals)

6. Demokratie

- Als Ziel, Weg und Wertesystem
- Parlamentarische
- Außerparlamentarische

- Direkte
- Wirtschaftsdemokratie

7. Friedenspolitik

- Krieg zerstört Umwelt
- Intakte Umwelt und Verfügbarkeit über Ressourcen tragen zum Erhalt des Friedens bei.
- Geringer werdende Ressourcen können Ursachen von Konflikten und Kriegen sein.

8. Bildung

- Nachhaltiges Leben und Wirtschaften beginnen im Kopf.
- Bildung für nachhaltige Entwicklung von der Kita bis zur Seniorenakademie

9. Politikstil/politische Kultur

- Politik der Teilhabe, des Ermöglichens
- Einladung und Ermutigung zum Mitmachen
- Wissenschaftliche Beratung und Fundierung der Politik vor der
- Entscheidung und nicht als Alibi für bereits getroffene Entscheidungen.

10. (Hoffentlich) Verinnerlichung und Außenvertretung des komplexen Politikverständnisses mit Zentralität der ökologischen Antwort durch das Führungspersonal der LINKEN in Partei und Fraktionen (Chefsache)

10. Konferenzauswertung

10.1. Weiterer Schritt der Verständigung über Grundsatzfragen des Programmmentwurfs

Götz Brandt, Manfred Wolf

(Erstveröffentlichung in „Tarantel“ Nr. 50, Heft III(September)/2010, S. 1 - 2)

Die Konferenz der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt, Energie, Verkehr zur „Linken ökologischen Programmatik“ am 11.9. im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin konnte als voller Erfolg verbucht werden.

Die ca. 70 Teilnehmer erlebten eine Beratung zum Programmmentwurf der Partei DIE LINKE auf hohem wissenschaftlichen und politischen Niveau. - Die Referate und Diskussionsergebnisse wird die Plattform veröffentlichen.

Die Auswertung hingegen wird durch die Teilnehmer sicher sofort beginnen.

In diesem Beitrag soll nun zunächst auf einige wichtige Aussagen der Konferenz verwiesen werden.

In einer Frage zog sich Einmütigkeit durch alle Vorträge sowie die Debatte: Das war die im Programmmentwurf postulierte Zentralität der ökologischen Frage. Sie wurde mit Anerkennung als ein wichtiger Fortschritt gegenüber bisherigen Programmen der Partei vermerkt. Aus ihr ergibt sich jedoch sowohl für die Referenten als auch die Diskussionsredner die Forderung, dass einige Fragen des Programmmentwurfs radikaler gestellt und andere neu hinzugefügt werden müssen. Die Notwendigkeit ergibt sich nicht nur aus dem Zustand unserer Umwelt, sondern auch daraus, dass uns die kapitalistische Wachstumspolitik, wie Prof. Altvater meint, an das Ende der Ressourcen und an die Grenzen der Verwertbarkeit der menschlichen Arbeitskraft geführt hat. Daraus ergebe sich u. a. die Gefahr neuer Rohstoffkriege.

Vor der menschlichen Zivilisation stehe deshalb, wie Prof. Rogall darlegte, nicht die Alternative nachhaltige Entwicklung oder weiter so, sondern nachhaltige Entwicklung oder Abgrund. Diese Situation verlange ein völlig neues Herangehen an die Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, denn die traditionelle Ökonomie ist nicht mehr zukunftsfähig.

Thies Gleiss plädierte für eine Revolution in der Umweltpolitik, wofür nur die radikalsten Forderungen geeignet sind. Daraus müssten strategische Handlungsanleitungen für konkrete Politik abgeleitet werden. Da die zunehmende Zentralisierung der Eigentums- und Besitzverhältnisse einer ökologischen Politik im Wege steht, muss das eine dringend zu lösende Frage sozialistischer ökologischer Politik wie jeder ökologischer Politik sein. Daraus müsse u. a. die Forderung nach Enteignung der großen Konzerne abgeleitet werden.

Prof. Altvater pflichtete dem mit der Feststellung bei, dass Wachstumskritik vor allem Kritik der Akkumulation des Kapitals sein muss. Die Zentralisierung der Eigentumsverhältnisse sei z. B. auch auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie eine große Gefahr.

Die Referenten machten klar, dass die Kritik des Wirtschaftswachstums natürlich auch viele politische, für die Bündnispolitik wichtige Facetten hat. So machte Altvater, der alle, die heute noch der Psychologie des Wachstums verfallen sind, als kranke Menschen bezeichnete, auf Widersprüche aufmerksam, mit denen wir umgehen müssen. So z. B. betrachten Gewerkschaften Wirtschaftswachstum als wichtig für die Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Rogall, der entschieden für selektives Wachstum eintrat, dies aber nicht als Planwirtschaft bezeichnen wollte, sondern als nachhaltige Marktwirtschaft, ließ dabei die Frage offen, wer selektieren soll. Er verwies darauf, dass in Deutschland in den letzten 20 Jahren der absolute Ressourcenverbrauch aufgrund von Effizienz und Produktivitätssteigerung gesunken sei.

Der Eindruck entstand, dass die Mehrheit auf der Konferenz den Begriff Wachstum nicht im Programm sehen will, wenngleich sich niemand der Tatsache verschließt, dass nachhaltiges Wirtschaften natürlich auch Wachstum bestimmter umweltschonender oder ressourcenneutraler Teile der Wirtschaft einschließt.

Prof. Methling hat mit seinem Referat eine wichtige Grundlage für unsere weiteren Überlegungen zum Programmentwurf gegeben. Er legte dar, dass sich das Programm der Partei DIE LINKE im Unterschied zu den Programmen der anderen Parteien dadurch auszeichnen muss, dass es die Verbindung zwischen Ökologie und den anderen Politikfeldern herstellt. Erst dadurch könnte die Zentralität der ökologischen Frage sichtbar gemacht und für die Politik erschlossen werden. Er verwies dabei auf die Verbindung der Ökologie zu 9 Politikfeldern von der Ablehnung der kapitalistischen Ordnung und der sozialen Frage bis hin zur Bildungspolitik, dem Politikstil und der politischen Kultur.

Man kann als erstes Resümee der Konferenz also durchaus feststellen, dass sie uns für die weitere Debatte viele nützliche Hinweise gegeben hat.

10.2. Sozialismus muss solar sein. Ökolinke Debatte über Zusammenarbeit und Alleinstellungsmerkmale von Parteien

Marko Ferst

(Erstveröffentlichung in „Neues Deutschland“ vom 14.09.2011, S. 6)

Zwischen Erkenntnis und vernünftigem Handeln liegen oft Welten. Die Ökologie kann davon Lieder singen. Das fängt schon bei der Mühe an, als richtig erkannte ökologische Grundsätze zu Handlungsgrundsätzen von Parteien zu machen.

Eine Tagung, organisiert von der Ökologischen Plattform bei der LINKEN, beschäftigte sich am Wochenende mit linker ökologischer Programmatik. Im vollen Rosa-Luxemburg-Saal in der Berliner Parteizentrale wurde rege diskutiert über ökologische Leitplanken für Gesellschaft und Wirtschaft. So reiche es nicht, von Energierevolution zu reden oder von Effizienzrevolution, meinte Thies Gleiss. Beim Jahrhundertthema Ökologie gehe es vielmehr um eine Revolution im Handeln. Dem Kapitalismus fehle das ökologische Gewissen, er verursache einen Prozess der Enteignung und Verschwendung. Eine Milliarde Menschen leiden an Hunger, drei Milliarden leben in Armut, Waffenausgaben dagegen erreichen astronomische Summen. Eine Wiederaneignung des Eigentums müsse stattfinden, radikale Arbeitszeitverkürzung und ökologischere Gewerkschaften seien nötig.

Besorgte Erinnerung ans alte Rom

Solaren Sozialismus favorisierte Elmar Altvater, emeritierter Professor für Politikwissenschaft. Man müsse komplett Abschied nehmen vom fossilen Energiesystem. Sogar eine Bundeswehrstudie hat kürzlich festgestellt, dass sich mit dem Erreichen des „Peak Oil“, des Zeitpunkts, da etwa die Hälfte der nutzbaren weltweiten Reserven gefördert wurde, die Kriegsgefahr enorm erhöht hat. Nur ein ökosozialistisches Profil sei für das 21. Jahrhundert angemessen. Die Periode der letzten 200 Jahre, in denen – alle Krisen eingerechnet – ein durchschnittliches Wachstum von 2,2 % stattfand, gehe unwiderruflich zu Ende. Laut einer Emnid-Studie seien 88 % der Menschen wachstumskritisch eingestellt.

Holger Rogall, Professor an der Hochschule für Recht und Wirtschaft in Berlin, wandte ein, dass die Umfrageergebnisse anders aussähen, wenn man außer nach Nullwachstum auch nach der Zustimmung zu stagnierenden Einkommen fragen würde. In diesem Widerspruch befinde sich die jetzige Zivilisation und stelle sich damit selbst in Frage. Rogall wies darauf hin, dass die sich abzeichnenden klimatischen Brüche für Jahrtausende wirksam bleiben

dürften. Wir leben in einem Kartenhaus und niemand weiß, wo die erste Karte gezogen wird. Alle 15 großen Fischgründe der Erde seien überfischt. Extreme Preissteigerungen und soziale Abstürze seien vorhersehbar. Es werde um das nackte Überleben gehen. Rogall fühlt sich an das alte Rom erinnert. Gegen die gigantischen Flüchtlingswellen, die auf Europa zurollen, werde niemand sich wappnen können.

Rogall, selbst SPD-Mitglied, warb für ein Zusammenwirken aller Ökolinken, über Parteigrenzen hinweg. Ökologische Steuern sollten der Wirtschaft auferlegt und schrittweise so lange erhöht werden, bis die Umweltbalance wieder erreicht wird. Hier freilich meldete Wolfgang Methling, Sprecher der Bundes-AG Umwelt – Energie – Verkehr der LINKEN, für seine Partei eine Forderung als Alleinstellungsmerkmal an: Aufkommensneutral und sozialpolitisch ausgewogen müssen ökologische Steuern an anderer Stelle den Bürgern zurückgegeben werden.

Noch fehlen ökologische Leitplanken im Programm

Methling, plädierte für eine ressortübergreifende Politik, in allen Bereichen müsse ökologische Kompetenz zur Anwendung gelangen. Umweltwissen, vermittelt vom Kindergarten bis zur Hochschule, wäre eine zentrale Bildungsaufgabe. Das Führungspersonal der LINKEN sollte ökologische Aussagen glaubhaft in den Medien vertreten können. Ökologie müsse Chefsache auf der Bundesebene und in allen Gliederungen der Partei werden.

Gemessen an der im Programmentwurf geforderten Zentralität der ökologischen Frage fehlen Methling zufolge noch die politischen Antworten. Zugeleich dürfe ökologischer Anspruch nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müsse politische Praxis werden. So fehlen im Programmentwurf die ökologischen Leitplanken für eine Regierungsbeteiligung, Vorgaben, die auch bei oppositionellem Handeln bindend sein sollten.

Aus Sicht des Autors bleibt zum derzeitigen Programmentwurf der Linkspartei anzumerken, dass die Umweltaussagen im Grundsatzprogramm der Grünen noch um ganze Klassen professioneller sind als die Umwelteinsprengsel im linken Programmentwurf. Der Drang, das kürzeste Programm aller Parteien vorzulegen, führte zu inhaltlichen Defiziten nicht nur in der Umweltpolitik.

Unser Autor ist Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform der LINKEN.